Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt:

Dr. Oswald A. Kohut, MdB
Keine Wiedervereinigung durch Abwarten

Präses D. Ernst Wilm
Prager Christliche Friedenskonferenz und Evangelische Kirche in Deutschland

William Borm, MdA
Eine Stimme aus Berlin

Dr. jur. Hermann Etzel
Katalysator de Gaulle

2,50 DM **IX. Jahrgang** **Juni 6/64**

Postverlagsort Köln G 1800 E

INHALT

Chronik des Monats Mai 1964 S. 427

Berichte und Kommentare
Jawaharlal Nehru
Ägypten nach Chrustschows Besuch
Legaler Verfassungsbruch? S. 430

Die Lage
Dr. Achim v. Borries
Die neue Rechte – eine Herausforderung S. 440

Dr. Oswald A. Kohut, MdB
Keine Wiedervereinigung durch Abwarten S. 447

Präses D. Ernst Wilm
Prager Christliche Friedenskonferenz und Evangelische Kirche in Deutschland S. 457

William Borm, MdA
Eine Stimme aus Berlin S. 462

Prof. Dr. jur. Harold Rasch
Zur Neuwahl des Bundespräsidenten S. 468

Dr. jur. Hermann Etzel
Katalysator de Gaulle S. 470

Jürgen Menningen
Auschwitz und die deutsche Industrie S. 478

Günther Kastenmeyer
Gespräche in Moskau S. 487

Aus der Wirtschaft S. 491

Fernsehspalte
Narrenfreiheit für Mainz? S. 494

Rudolf Rolfs
Was ich noch sagen wollte . . . S. 495

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften
Ein Engel wurde abgesägt S. 496

Bücher
Auschwitz
Neuerscheinungen S. 497

Dokumente zum Zeitgeschehen
Grundsätze einer neuen deutschen Außenpolitik
DGB gegen Zivilschutz-Gesetzentwürfe
Die „Welt der Arbeit" warnt vor Notstandspaket
Lübke in Südamerika
Der Umsturz in Brasilien
Auschwitz-Prozeß und Hoggan in amerikanischer Sicht
Die „Washington Post" zu Seebohm
Lübkes „Traditionsbewußtsein" S. 500

Blätter für deutsche und internationale Politik

Herausgeber: Hilde Bentele
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Anton Neuhäusler
Manfred Pahl-Rugenstein
Harold Rasch
Hermann Rauschning
Viktor Renner
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen
Ernst Wolf

IX. Jahrgang | Juni 1964 | Heft 6

Chronik des Monats Mai 1964

1. 5. — Gomulka-Plan. Die Bundesregierung lehnt in einer Note an die polnische Botschaft in Neu Delhi die Vorschläge für ein Einfrieren der nuklearen Rüstungen in Mitteleuropa ab. Der Wortlaut der Note wird nicht veröffentlicht.

2. 5. — Berlin. Die Regierung der UdSSR protestiert gegen die Schließung der mit sowjetischer Kapitalbeteiligung tätigen „Helios-Handelszentrale" in Westberlin. — Am 14. 5. untersagt die westalliierte Kommandantur den Senatsbehörden jede weitere Kontrolle sowjetischer Diplomaten bei der Einfahrt nach Westberlin.

3. 5. — Deutschlandfrage. In einem Interview mit dem Chefredakteur der Münchener Illustrierten „Quick" erklärt Präsident Johnson, er habe Bundeskanzler Erhard bei dessen Besuch nahegelegt, die sowjetischen Bedenken hinsichtlich Deutschlands zu verstehen: „Ich bat Erhard, alles zu versuchen, um mit den Russen ein besseres Verhältnis zu bekommen und vor allem ihre Sorgen zu zerstreuen." — Am 12. 5. werden in einem Kommunique zum Abschluß des einwöchigen Besuches des DDR-Staatsratsvorsitzenden Ulbricht in Budapest die Unterzeichnung eines deutschen Friedensvertrages und die „Umwandlung Westberlins in eine Freie Stadt" gefordert, und der Austausch von Handelsmissionen zwischen der Bundesrepublik und Ungarn begrüßt. — Am 14. 5. bezieht sich US-Senator Pell (Demokrat) auf das Interview des Präsidenten vom 3. 5. und befürwortet „die Herstellung enger Beziehungen zwischen den beiden Nachfolgestaaten des Dritten Reiches und zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR". Für einen gesicherten Landzugang nach Westberlin solle die Anerkennung der DDR und ihrer Grenzen erwogen werden. — Am 15. 5. wendet sich Bürgermeister Brandt in New York gegen eine „Politik des Alles oder Nichts". Man müsse sich fragen, warum nur der französische Staatspräsident auf „seine Weise das Undenkbare denke" und den Spielraum nutze, den die gegenwärtige Entspannungsphase in den Beziehungen zwischen den beiden Weltmächten USA und Sowjetunion biete. Brandt wird am 18. 5. von Präsident Johnson im Weißen Haus empfangen. — Am 27. 5. regt Ulbricht in einem Brief an Bundeskanzler Erhard die Abgabe einer Kernwaffen-Verzichterklärung durch beide deutsche Staaten und die Bildung eines paritätisch aus Abgeordneten des Bundestages und der Volkskammer zusammengesetzten „Deutschen Rates" an. Das Bundeskanzleramt läßt das Schreiben ungeöffnet zurückgehen.

5. 5. — NS-Verbrechen. Der Leiter der Zentralstelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Kriegsverbrechen in Ludwigsburg, Oberstaatsanwalt Schüle, teilt

mit, seine Behörde habe seit Dezember 1958 genau 676 Vorermittlungen wegen mutmaßlicher Verbrechen eingeleitet. Bis zum 20. April 1964 seien in 78 Schwurgerichtsverfahren 136 Angeklagte verurteilt und 25 freigesprochen worden. 83 Verfahren habe die Staatsanwaltschaft eingestellt.

— Tanganjika/Sansibar. Nach dem Besuch einer DDR-Delegation heißt es in einer Verlautbarung, Sansibar werde auch nach der Vereinigung mit Tanganjika die diplomatischen Beziehungen mit Ostberlin aufrechterhalten. Die künftigen Beziehungen zwischen dem neuen Staat und der Bundesrepublik stehen im Mittelpunkt der Gespräche, die der Außenminister der Föderation, Kambona, am 9. 5. in Bonn beendet.
— Am 18. 5. unterzeichnen Sansibar und die DDR einen Freundschaftsvertrag.

6. 5. — Israel. Die Regierung läßt die erste Versuchsableitung des Jordanwassers vornehmen. Ein Sprecher der Arabischen Liga kündigt das Inkrafttreten der im Januar beschlossenen Gegenmaßnahmen an.

7. 5. — Kambodscha. Mehrere Panzerfahrzeuge der südvietnamesischen Streitkräfte unternehmen einen Angriff auf ein rund drei km von der Grenze entferntes kambodschanisches Dorf. Bei dem Überfall werden mehrere Einwohner getötet. — Am 19. 5. beschäftigt sich der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit den Zwischenfällen. Kambodscha beschuldigt auch die in Südvietnam stationierten amerikanischen Einheiten häufiger Grenzverletzungen und fordert eine internationale Garantie für seine Neutralität.

8. 5. — Weltkommunismus. Die chinesische KP setzt die öffentliche Diskussion über ihre ideologischen Differenzen mit anderen Parteien mit der Veröffentlichung eines Briefwechsels zwischen den Zentralkomitees in Moskau und Peking fort. In den Schriftstücken geht es um die Einberufung einer kommunistischen Weltkonferenz.

9.—25. 5. — VAR. Anläßlich der Einweihung der ersten Staustufe des Assuandammes am 14. 5. hält sich Ministerpräsident Chrustschow in Ägypten auf. Der sowjetische Regierungschef konferiert mit Staatspräsident Nasser über die Lage im Nahen Osten und kritisiert in verschiedenen Reden den Plan Israels zur Ableitung des Jordanwassers. In Assuan trifft Chrustschow mit den Ministerpräsidenten Aref (Irak) und Sallal (Jemen) zusammen.

10. 5. — Zypern. Der griechische Ministerpräsident Papandreou regt die Ausarbeitung eines international garantierten Statutes für die türkische Minderheit auf Zypern an. Nach einer Übergangsphase von drei bis vier Jahren solle dann eine Volksabstimmung unter Aufsicht der Vereinten Nationen über den Anschluß der Insel an Griechenland entscheiden.

11. 5. — Münchener Abkommen. Bundesverkehrsminister Seebohm (CDU) bezeichnet vor ehemaligen Sudetendeutschen in Nürnberg das Münchener Abkommen von 1938 und die damit vollzogene Abtretung tschechoslowakischen Staatsgebiets an Deutschland als „völkerrechtlich einwandfrei zustande gekommen" und nach wie vor gültig. Das Abkommen habe „dem Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen Rechnung getragen". — Am 13. 5. reagiert Staatssekretär von Hase mit der Feststellung, die Bundesrepublik habe keinerlei territoriale Forderungen an die Tschechoslowakei. Zur Fortgeltung des Münchener Abkommens nehme die Regierung jedoch „keine Stellung". — Am 17. 5. wiederholt Seebohm seine früheren Erklärungen und fordert „die Rückgabe der geraubten sudetendeutschen Gebiete an das sudetendeutsche Heimatvolk". — Am 23. 5. empfängt der Bundeskanzler den Verkehrsminister zu einer Aussprache über die umstrittenen Äußerungen. In Zeitungen des In- und Auslands wird der Rücktritt Seebohms verlangt.

11. 5. — Tunesien. Die Nationalversammlung verabschiedet einstimmig einen Gesetzentwurf zur Enteignung ausländischer Ländereien, der sich in erster Linie gegen den französischen Großgrundbesitz richtet. Das Gesetz sieht Entschädigungsleistungen an die bisherigen Eigentümer vor. — Am 12. 5. verfügt die französische Regierung die Einstellung der bisherigen Wirtschaftshilfe an Tunesien.

12.—14. 5. — NATO. Auf seiner Frühjahrstagung diskutiert der Außenministerrat die Weltlage und den Stand der Ost-West-Beziehungen. US-Staatssekretär Rusk verlangt bei dieser Gelegenheit erneut grö-

ßere Unterstützung aller NATO-Mitglieder für die amerikanische Politik gegenüber Kuba und Südvietnam. Zum Nachfolger des scheidenden Generalsekretärs Stikker wird der italienische Diplomat Brosio gewählt. Im Auftrage der Bundesregierung fordert Außenminister Schröder eine stärkere Berücksichtigung der Bundesrepublik in den führenden Gremien der NATO. Schröder trifft am Vorabend der Konferenz mit den Ministern Frankreichs, Großbritanniens und der USA zur Beratung der Deutschlandfrage zusammen.

13. 5. — Laos. Von der „Ebene der Tonkrüge" wird das Wiederaufleben der Kämpfe gemeldet. Obwohl verschiedene Einheiten gegen eine Fusion meutern, schließen sich die Truppen der Neutralisten und des rechtsgerichteten Generals Nosavan unter einem gemeinsamen Oberbefehl zusammen. — Am 16. 5. leiten die Pathet Lao-Streitkräfte eine neue Großoffensive ein. — Am 20. 5. beruft die polnische Regierung ihren Vertreter in der Internationalen Laos-Kommision nach Warschau, „um die weitere Tätigkeit Polens in der Kommission zu prüfen". In London, Washington, Paris, Moskau und Peking werden Pläne für eine Konferenz der Signatarstaaten des Genfer Laos-Abkommens von 1962 erörtert.

18. 5. — Rumänien/USA. In Washington beginnt eine rumänische Regierungsdelegation unter Leitung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Gaston-Marin Verhandlungen über die Ausweitung der gegenseitigen Beziehungen und des Handels mit den Vereinigten Staaten. Die bisher bestehenden Gesandtschaften in Washington und Bukarest sollen in den Rang von Botschaften erhoben werden.

19.5 . — CDU/CSU. Die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierungspartei über die künftige Außenpolitik stehen auf einer Konferenz zur Debatte, zu der Bundeskanzler Erhard in seinem Haus Außenminister Schröder, den CSU-Vorsitzenden Strauß und andere Politiker empfängt.

22. 5. — Ostpolitik. In Bonn werden Einzelheiten eines Briefwechsels zwischen dem amerikanischen Außenminister Rusk und Bundesaußenminister Schröder bekannt. Der Brief Rusks enthält die Empfehlung an die Bundesregierung, ihre Beziehungen zu Belgrad zu verbessern und Verhandlungen über die jugoslawischen Wiedergutmachungsansprüche aufzunehmen.

23. 5. — DDR. Der wegen „Ausführung eines Spionageauftrages" im Jahre 1961 verhaftete und von einem Ostberliner Gericht zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilte Redakteur des Organs der Industriegewerkschaft Metall Heinz Brandt wird überraschend freigelassen und kann nach wenigen Tagen in die Bundesrepublik zurückkehren.

25. 5. — Bundespräsident. Die Fraktion der CDU/CSU beschließt mit Mehrheit, Bundespräsident Lübke für eine neue Amtsperiode zu nominieren. Während die FDP eine Wiederwahl Lübkes ablehnt, behält sich die SPD eine Stellungnahme vor.

26. 5. — VAR/Irak. Als Vorstufe zur Vereinigung der beiden Länder wird ein irakisch-ägyptischer Präsidialrat errichtet, um verbindliche politische und wirtschaftliche Richtlinien auszuarbeiten. Ein gemeinsames militärisches Oberkommando übernimmt den Befehl über die Streitkräfte.

27. 5. — Indien. Wenige Stunden nach dem Tode des Premierministers Jawaharlal Nehru beauftragt Staatspräsident Radhakrischnan den bisherigen Innenminister Nanda mit der vorläufigen Führung der Regierungsgeschäfte. Am 30. und 31. 5. berät das Führungsgremium der regierenden Kongreßpartei die Frage der Nachfolge.

31. 5. — Welthandelskonferenz. Die Delegationen von 75 Entwicklungsländern formulieren gemeinsame Vorschläge zur Errichtung einer weltweiten Handels- und Entwicklungsorganisation, deren Exekutivorgan 52 Mitglieder (32 Entwicklungsländer und 20 Industrienationen) angehören sollen. Die Welthandelskonferenz soll außerdem als permanente Einrichtung alle zwei Jahre zusammentreten.

Berichte und Kommentare

Jawaharlal Nehru

Als die Engländer 1946 Indien freigaben, stand längst fest, daß Jawaharlal Nehru der erste Ministerpräsident sein werde. Daran hätte auch Gandhis Weiterleben nichts geändert. Wohl in keinem anderen Land wäre ein solcher Unterschied zwischen den beiden bedeutendsten, gleichzeitig und eng verbunden wirkenden Politikern vorstellbar: der Asket neben dem Weltmann, die tief religiöse Seele neben dem aufgeklärten, hellen Geist, der kleine, häßliche Mann neben dem strahlenden Brahmanen mit der Nelke im Knopfloch — beide gleich verehrt, ja geliebt von ihrem Volk wie keiner ihresgleichen in diesem Jahrhundert.

„Männer wie Jawaharlal mit all ihrer Fähigkeit, Großes und Gutes zu erringen, wirken in einer Demokratie wie ein Element der Unsicherheit. Er nennt sich einen Demokraten und einen Sozialisten, und ohne Zweifel tut er dies in aller Aufrichtigkeit. Aber ... eine kleine Verwirrung, und Nehru kann zum Diktator werden, der alle Formen der Demokratie beiseite wirft... Jawaharlal kann nicht zum Faschisten werden, für die Grausamkeit und Gemeinheit des Faschismus ist er viel zu sehr Aristokrat. Doch er hat alle Voraussetzungen zum Diktator: breite Volkstümlichkeit, festen Willen, Geschick, Kühnheit, Unduldsamkeit, Stolz. In dieser revolutionären Zeit steht Cäsar ständig vor der Tür ... Da liegt die Gefahr für Indien ... Aber wir wollen keinen Cäsar!" Dieses schonungslose Porträt erschien einst anonym in einer Zeitschrift in Kalkutta und sehr zum Verdruß Nehrus lüftete seine Schwester später den Schleier: er hatte es — wohl ein einmaliger Fall! — selbst geschrieben. Schon diese Tatsache sagt viel über diesen widerspruchsvollen, problematischen, ehrgeizigen und doch nur für seine Aufgabe, deren er sich schon früh bewußt war, nie aber für seine Karriere ehrgeizigen Mann, der sein Leben lang in erster Linie Mensch blieb, im tiefsten Grunde demütig, immer suchend, undogmatisch, einfach und herzlich, deshalb auch trotz seiner vornehmen Abstammung und Erziehung immer verstanden vom Volk.

Der 1889 geborene Sohn des bekannten Rechtsanwalts und Mitstreiters Gandhis Pandit Motilal Nehru studierte von seinem 15. bis 22. Lebensjahr in Harrow, Cambridge und London. Von daher blieb er zeitlebens „eine seltsame Mischung von Ost und West, fehl am Platz überall, zu Hause nirgends. Meine Gedanken und meine Art, das Leben zu nehmen, ähneln viel mehr dem, was man westlich nennt, aber Indien ist mir wie allen seinen Kindern auf unzähligen Wegen verbunden. Und hinter mir liegen irgendwo im Unbewußten die Erinnerungen des Volkstums von hundert ... Generationen von Brahmanen ... Ich bin ein Fremdling im Westen. Ich kann kein Teil von ihm sein. Aber auch in meinem eigenen Land habe ich manchmal das Gefühl eines Ausgestoßenen". Nach der Rückkehr schloß er sich bald der Widerstandsbewegung an und gehörte schon zwei Jahre später zum Vorstand der Kongreßpartei. Von den dreißig Jahren bis zur Befreiung Indiens saß er etwa zwölf Jahre im Gefängnis. Seit 1947 war er Ministerpräsident. „In den Händen von Jawaharlal ist die Nation sicher", hatte Gandhi gesagt, obwohl die beiden gar nicht immer einer Meinung waren.

Wer den nun in seinem 75. Lebensjahr so plötzlich von uns Gegangenen

näher kennen lernen will, der greife zu seiner Autobiographie „Indiens Weg zur Freiheit", Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, zu der Sammlung von Briefen von und an ihn „Ein Bündel alter Briefe", Progreß Verlag J. Fladung, Darmstadt, und zu den „Briefen an Indira", aus dem Gefängnis an seine heute im politischen Leben Indiens eine wichtige Rolle spielende Tochter geschrieben, mit dem aufschlußreicheren Untertitel „Weltgeschichtliche Betrachtungen". Wenn mit Recht gefordert wurde, die Weltgeschichte müsse von Zeit zu Zeit neu geschrieben werden, dann liegt hier einer der kühnsten Beiträge dazu vor, und es wäre zu wünschen, daß unsere Jugend mit dieser Schau aufwüchse und ihre Geschichtslehrer mit diesem wahrhaft modernen Geschichtsbuch arbeiteten. „Die Welt ist tatsächlich zu einem Ganzen geworden, dessen einzelne Teile aufeinander einwirken. Nur eine Weltgeschichte, die die einzelnen Fäden miteinander verknüpft und versucht, die wirklichen Kräfte, die sie bewegen, ausfindig zu machen, kann heute einen nützlichen Zweck erfüllen", heißt es am Schluß. „Sollen wir die Köpfe in den Sand stecken? Oder sollen wir tapfer am Weltgeschehen teilnehmen, wenn nötig Risiken und Gefahren auf uns nehmen und dafür die Freude erleben, großer und edler Abenteuer teilhaftig zu sein und des Gefühls, daß unsere Schritte sich mit denen der Geschichte decken?"

Nehru durfte diese Freude erleben. 17 Jahre durfte er an der Spitze des freien Indien wirken und wenigen Europäern ist bewußt, was sein und seiner Freunde Wirken auch für uns bedeutete. Hier, bei der ersten Befreiung eines Koloniallandes, zugleich des größten, ohne Blutvergießen, auf eine originelle, noch nie vorher erprobte Art und Weise, wurde ein Modellfall geschaffen, der uns Europäern und den Kolonialvölkern viel Blut und Tränen erspart hat. Wie Gandhi, der Mahatma, die „große Seele", das Herz Indiens während des Befreiungskampfes war, so wurde Panditschi, wie ihn sein Volk liebevoll nannte, der Kopf, der praktische Staatsmann, der Architekt des neuen Staates.

Entgegen den Prophezeiungen vieler „Kenner" gelang es ihm, Indien zusammenzuhalten, im Hinblick sowohl auf die religiösen Spannungen wie auf die Rivalität und den Separatismus der vielen einzelnen Staaten mit ihren eigenen Sprachen. Er verhinderte, daß, indisch gesprochen, der „Konfessionalismus" oder der „Kommunalismus" den jungen Staat sprengten. Nun konnte er verwirklichen, was ihm dreißig Jahre lang vorgeschwebt hatte. Mit kühler Leidenschaft setzte er es durch: den Aufbau der Demokrie, die Säkularisierung des Staatswesens, die Gleichberechtigung aller Menschen ohne Rücksicht auf Kasten und Religionen und die von Mann und Frau, eine undogmatische Sozialisierung und den Beginn des Aufbaus Indiens als Industriestaat.

Mit seinem Tod geht die erste Epoche zu Ende und schon tauchen die Fragen auf, die Nehrus Nachfolger beschäftigen werden: Wird zusammenhalten, was im ersten Feuer zusammengeschweißt wurde? Wird dieses Volk seine Eigenart trotz der Technisierung behaupten können? Wurde nicht doch die Industrialisierung zu sehr auf Kosten der Lösung der Agrarprobleme vorangetrieben? Alles Fragen, für die Nehru wenig übrig hatte: „Wir haben keine Wahl, wir müssen hindurch!"

Schon überraschend bald erschien der junge Staat auf der Bühne der Weltpolitik. Ein neuartiger, unüberhörbarer, für die Ohren der konventionellen Politiker ungewohnter, revolutionärer Ton drang aus Indien in die Konferenzsäle: „Ich bin der Meinung, daß die heutige Welt einen historischen Augenblick erreicht hat, in dem es unerläßlich ist, die alten Denkbahnen zu verlassen und mit einem neuen, frischen Verstand neue Gedanken zu denken. Die weisen Staatsmänner der Welt, die sich ohne Zweifel für Praktiker und Realisten hal-

ten, haben sich ohne Zweifel bei der Lösung der Weltprobleme nicht allzu erfolgreich gezeigt, so daß eine Krise die andere ablöst. Und darum muß ich sagen, daß ich das Vorgehen dieser sogenannten ‚Praktiker', die uns zu dem gegenwärtigen Engpaß geführt haben, nicht wirklich praktisch finden kann. Die internationale Lage ist bisher viel zu sehr von der militärischen Betrachtungsweise beeinflußt worden. So denkt eine Armee, das ist ihre Aufgabe. Aber ein Politiker sollte die Dinge in einem größeren Zusammenhang sehen." Oder: „Wenn wir die Seelen der Menschen mit den Gedanken des Kalten Krieges erfüllen, kann uns dann das unvermeidliche Ergebnis überraschen?"

Wir kennen Nehrus „neue Gedanken" über den Bau einer künftigen Welt, wir kennen seine unermüdlichen Bemühungen und seine Vorschläge. Mehrmals wirkte sich das praktische Eingreifen Indiens segensreich aus. Ein hoher Tag seines Lebens war das Zustandekommen der von ihm angeregten Bandung-Konferenz der asiatischen Staaten. Damals klang die Stimme Indiens klar und rein im Chor der Nationen. Doch er mußte schließlich noch erleben, daß auch Indien in den letzten Jahren ins Gestrüpp der altgewohnten Politik verstrickt wurde, gerade als sich draußen in der Weltpolitik die ersten Anzeichen der von ihm ersehnten und geforderten Entspannung bemerkbar machten, als Männer wie Kennedy oder Weizsäcker ihm die — von ihm längst schon klassisch formulierten — Worte aus dem Mund nahmen. Das verdüsterte seine letzten Lebensjahre.

Und nun triumphierten diejenigen, die nie gewagt hatten, „die alten Denkbahnen zu verlassen" und die nichts dazu getan hatten, die Menschheit auf einen besseren Weg zum Jahre 2000 zu bringen. Nun auf einmal wurde Indien die Hilfe angeboten, die man ihm einst hätte gewähren sollen zu segensreicheren Zwecken. Als das Indien Gandhis und Nehrus der Rufer für eine neue Politik war, galt es im Westen, mit scheelen Augen betrachtet, als „unsicherer Kantonist". Man paktierte lieber mit Pakistan und rüstete es, die Warnungen Nehrus überhörend, auf, obwohl es dort, im Gegensatz zum demokratischen Indien, noch nie eine Wahl und eine frei gewählte Regierung gegeben hat. Besonders in Westdeutschland hörte man in offiziellen Kreisen nie auf die Stimme Nehrus, ja, man verdächtigte hier die indische Satyagraha als „perfiden Trick". 1955 schrieb Paul Sethe: „Ich weiß wohl, daß in unserem Lande viele die beispielhafte Kraft Nehrus nicht anerkennen wollen. Für die Mehrheit unseres Volkes ist nicht Unabhängigkeit, sondern ‚Integration' der Leitstern ihres Handelns. Wie nützlich wäre es, wenn unsere Bonner Politiker nicht nur in die westlichen Hauptstädte und demnächst nach Moskau, sondern nach Delhi kämen, wo sie die einzigartige und in Europa fast vergessene Erscheinung der unabhängigen Politik aus der Nähe studieren könnten." Keinen Finger rührte man, um Nehru bei seinen fünfzehnjährigen geduldigen Versuchen, das letzte Kolonialrelikt auf indischem Boden durch Verhandlungen friedlich einzuverleiben, zu unterstützen und Freund Salazar zur Vernunft zu bringen — als Indien aber schließlich in Goa einmarschierte, da stempelte man es zum „Aggressor, der die UN-Charta mit Füßen tritt". Dankenswerterweise schrieb damals der frühere Indienbotschafter Prof. Meyer: „Man ist versucht, vom Schicksal zu erbitten, daß niemals ein schwererer ‚Verstoß' auf dem Gebiete der internationalen Politik in der Welt verübt werden möge." Das Blatt drehte sich erst, als man Nehru dank dem indisch-chinesischen Grenzkonflikt in die antiöstliche Kalte-Kriegs-Front einreihen zu können glaubte. Nun erwachten plötzlich Sympathien, man reichte ihm, fast wie erlöst — vielleicht dankbar dafür, nun des unbequemen und beschä-

menden Vorbilds ledig zu werden? — die Hände, ohne, leichtsinnig und verblendet, zu bedenken, welchen Verlust das Fehlen jener indischen Haltung für die Welt bedeuten würde. Nehru gestand einmal selbst: „Wir sind vielleicht weit davon entfernt, der Lehren unseres Führers würdig zu sein, und wir haben oft versagt, aber wir haben uns wenigstens bemüht, dieser Lehren eingedenk zu sein und zu versuchen, sie zu befolgen." Welcher Lehren? Nehru war 1954 der einzige Staatsmann, der sie in die Weltpolitik zu übertragen wagte: „Eine kriegsmäßige Haltung dem Frieden gegenüber ist ein Gegensatz in sich selbst. Ein Friede, der sich auf Drohungen gründet, ist unstabil, zumal wenn die bedrohte Partei nicht schwach ist. Der Friede kann nicht in einer Atmosphäre ständiger Kriegsvorbereitungen gedeihen. Friede kann bedeuten, daß kein Krieg herrscht, aber Friede kann sehr wohl auch das Gegenteil von Krieg sein. Wenn wir uns aber um eine friedliche Lösung der Probleme bemühen wollen, dann sollten wir danach streben, unsere geistige Haltung zu ändern."

Nehru wurde oft „Schwärmer", „Illusionist", ja „Utopist" genannt. Eine große Zeitung schrieb im Nachruf, er sei nicht von den Problemen selber, sondern von einigen Glaubenssätzen ausgegangen, „denen er seit seiner Jugend unerschütterliche Treue hielt und die immer wieder seinen Blick trübten". Die Zukunft wird zeigen, wer in Wahrheit Utopist und wer Realist war. Es wird diese Zukunft der Menschheit nur geben, wenn die Kollegen Nehrus endlich einsehen, daß nicht sein, sondern ihr Blick getrübt war und ist.

„In unserer Welt nicht abreißender, fieberhafter Aktivität kommt der Mensch kaum zum Denken, noch weniger aber zum Begreifen von Sinn und Ziel. Doch wonach sollen wir unsere Handlungen ausrichten, wenn wir nicht wissen, wohin wir gehen und was unser Ziel ist? Unser letztes Ziel kann nur die eine Menschheit, die vereinigte Welt sein. So fern es auch erscheinen mag im Lärm der streitenden Mächte und der Vorbereitungen für einen dritten Weltkrieg: es ist das einzige Ziel, das uns leuchtet, denn die Alternative zur Weltzusammenarbeit ist der Weltuntergang!"

Gerhard Gollwitzer

Ägypten nach Chrustschows Besuch

Niemals ließ Ägypten einem ausländischen Gast größere Ehren zuteil werden als dem Sowjetführer. Salutschüsse donnerten über das Hafengelände hinweg, als er von Bord des Hochseeschiffes „Armenia" ägyptischen Boden betrat und Gamal Abdel Nasser umarmte und auf beide Wangen küßte. Trotz des feierlichen Zeremoniells war die Begrüßung familiär, und das ganze Reiseprogramm glich einem Familienausflug. Am Pier hatten sich auch, was selten ist in Ägypten, Frau Tahia Abdel Nasser und ihre älteste Tochter Huda und die Gattin des Ersten Vizepräsidenten Abdel Hakim Amer eingefunden, um Nina Chrustschowa willkommen zu heißen. Die Fahrt der beiden Staatsoberhäupter nach der Ankunft in Kairo vom Hauptbahnhof zum Kubbehpalast glich einem Triumphzug. Er stellte selbst die Konfettiparaden, mit denen New York seine beliebtesten Gäste zu überschütten pflegt, in den Schatten. Die ganze Stadt war auf den Beinen. Überall, wo Chrustschow auftauchte, kam es zu stürmischen Beifallskundgebungen. Die staatlich gelenkte Presse war tagelang voller ganzseitiger Reportagen und Bildberichte über das Leben in der Sowjetunion. Es wurde extra eine Tageszeitung in russischer Sprache herausgegeben. Der Rundfunk strahlte regelmäßig russische Sendungen aus.

Die Ägypter, die sich so lange gedulden mußten, bis Chrustschow ihr hartnäckiges Besuchswerben erhörte, das

ihr internationales Prestige sprunghaft erhöhen sollte, muteten dem Siebzigjährigen ein Reiseprogramm zu, das selbst einen Jüngeren überanstrengt hätte. Er besuchte Museen, die Pyramiden und alte Tempel, sah sich ein Jugendfestival an, sprach vor der Nationalversammlung, besichtigte Fabriken, Arbeitersiedlungen und landwirtschaftliche Mustergebiete, unterhielt sich mit Gewerkschaftlern und auf Gesellschaften und löste die Sprengung zur Nilumleitung am Hochstaudamm in Assuan aus. Das ungewohnte Klima und die Anstrengungen ließen das strahlende Lächeln der ersten Reisetage bald einer mürrischen Miene weichen, die sich auch auf den Gastgeber zu übertragen schien.

Der Stimmungsumschwung hatte jedoch nicht nur physische Ursachen. Als die programmgemäß für den letzten Reisetag vorgesehene Pressekonferenz kurzfristig mit der Begründung ausfiel, Chrustschow sei müde, wurde offenbar, daß der Besuch nicht das von ägyptischer Seite erhoffte Ergebnis gezeitigt hatte. Das später unterzeichnete wortreiche Kommunique ließ die ägyptische Enttäuschung nicht spüren. In seinem wirtschaftlichen Teil bekräftigte es die sowjetische Zusage, auch den zweiten Bauabschnitt des Assuandammes zu finanzieren und fertigzustellen. Die militärische Zusammenarbeit soll fortgesetzt werden. Sowjetische Fachleute sollen mehrere Industrieprojekte und eine Musterfarm aufbauen und Ägypten sowjetische Landmaschinen geschenkt bekommen. Auch die Ausbildung ägyptischer Facharbeiter durch sowjetisches Lehrpersonal ist vorgesehen. Die Sowjetunion gewährt Ägypten weitere langfristige Kredite von 252 Millionen Rubel (1,1 Milliarden DM). Die sowjetischen Gesamtleistungen für ägyptische Entwicklungsprojekte — ausschließlich Militärhilfe — sind noch immer geringer als die amerikanischen. Die Waffenlieferungen belaufen sich seit dem Suezkonflikt (1956) allerdings allein auf über 1 Milliarde Rubel (rund 4 Milliarden DM). Die ägyptische Armee wurde unter anderem mit Bombenflugzeugen und Düsenjägern, U-Booten und zwei kompletten Panzerdivisionen ausgerüstet. Ein Lizenzwerk für MIG-Düsenflugzeuge soll in Alexandria entstehen. Von den USA erhielt Ägypten hingegen bisher eine Wirtschafts- und Finanzhilfe von 629 Millionen Dollar (über 2,5 Milliarden DM). Hinzu kommen Getreidelieferungen von jährlich mindestens eineinhalb Millionen Tonnen und Kredite anderer westlicher Länder, vor allem der Bundesrepublik.

Die vor allem durch eigene wirtschaftliche Probleme und Rücksichten auf die Koexistenzpolitik hervorgerufene schwindende sowjetische Hilfsbereitschaft bringt Ägypten in ernste Schwierigkeiten. Der außenpolitische Kurs Abdel Nassers radikalisierte sich infolgedessen in wachsendem Ausmaß. Die im Jemen stationierten Truppenkontingente wurden auf 42 000 Mann erhöht, das ist ein Drittel der Armee. Unruhen und Aufstände an den Grenzen des britisch besetzten Südarabien wurden unterstützt. Die libysche Regierung wurde gezwungen, die Auflösung der westlichen Militärbasen zu fordern. Sowjetwaffen wurden nach Cypern geliefert, und Ägypten mischte sich auf griechischer Seite in den Inselkonflikt ein.

Daß der ägyptische Präsident zuweilen außenpolitische Ziele verfocht, die auch die sowjetischen sind, beunruhigte den Westen weniger als der Umstand, daß er die Neutralität als politisches und ideologisches Prinzip aufgab. Ehrliche Koalitionsfreiheit war die Basis, auf der westliche Kredite nach Ägypten flossen. Die Befürworter dieser Hilfe ließen sich auch durch seine innerpolitische Entwicklung nicht von ihr abbringen. Sie nahmen hin, daß sich vor ihren Augen eine quasi-sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung entwickelte. Inzwischen hat sich aber herausgestellt, daß für Ägypten eine allzu sowjetfreundliche Außenpoli-

tik ebenso unzweckmäßig ist wie eine „ägypto-kommunistische" Innen- und Wirtschaftspolitik.

In der Sowjetunion wurde das frühzeitig erkannt. Chrustschow-Schwiegersohn und Iswestija-Chefredakteur Alexis Adschubei äußerte sich noch im vorigen Jahr sehr distanziert über den „arabischen Sozialismus", und der sowjetische Ministerpräsident ließ jetzt keinen Zweifel daran, daß sein Land die amerikanischen Lebensmittellieferungen nicht ersetzen kann. Moskau kam es am Nil vor allem darauf an, vor dem ganzen Kontinent die — nach seiner Ansicht — uneigennützigen Absichten seiner Afrikapolitik zu demonstrieren und den chinesischen Zielen entgegenzuwirken. Es wollte keinen neuen „Satelliten" gewinnen, der ihm weniger nützt als ein unabhängiges und von Ost und West gleichzeitig unterstütztes Ägypten.

Abdel Nasser hat sich indessen trotz östlicher und westlicher Warnungen in eine Situation hineinmanövriert, die sich kaum von der eines Satelliten unterscheidet. Daran sind zwar auch historische und politische, vor allem aber persönliche Gesichtspunkte schuld. Der Ägypter ist ein machtbesessener Mann. Die einstige Feindschaft gegen die Engländer, so berechtigt sie auch war, gleicht heutzutage nur noch dem Kampf gegen ein Phantom. Großbritannien hat sich im Mittleren Osten auf restkoloniale Positionen zurückgezogen, über deren Zukunft es sich keine Illusionen macht. Die anachronistischen antibritischen Ressentiments sollen denn auch über eine ganz andere Misere ägyptisch-arabischer Außen- und Militärpolitik hinwegtäuschen. Ihr Angelpunkt heißt Israel.

Dem Ägypter ist es, obwohl er als gefährlichster Feind Israels gilt, im ersten Jahrzwölft seiner Herrschaft nicht gelungen, das arabische Palästina wiederherzustellen. Jahrelang war die Existenz Israels der willkommene Katalysator jener arabischen Einheitssehnsucht, die Ägypten einen außenpolitischen Erfolg nach dem anderen ermöglichte. Abdel Nasser wußte die Erfolge nicht zu nutzen. Syrien ließ er sich entgleiten, und in den anderen arabischen Ländern wird sein Einheitskonzept inzwischen als das angesehen, was es in Wirklichkeit war: ägyptisches Hegemoniestreben. Je mehr dem selbstbewußten Nildiktator der panarabische Wind ins Gesicht blies, umso hartnäckiger hielt er nach einem Witterungsumschwung Ausschau. Er intervenierte, gegen den Rat seiner engsten Mitkämpfer, im Jemen und stürzte sein Land dadurch in eine wirtschaftliche und finanzielle Katastrophe. Er verschärfte systematisch die arabisch-israelischen Spannungen, obwohl er spätestens seit der arabischen Gipfelkonferenz im Januar 1964 einsehen mußte, daß die Palästinafrage nicht mehr die einigende Rolle von einst spielt. Sechzehn Jahre nach der Entstehung Israels sind seine arabischen Nachbarstaaten kriegsmüder als je. Ihre Kairoer Entschlüsse vom Januar konnten die Jordanableitung nicht verhindern. Die ägyptische Bevölkerung, für die keinerlei echte politische oder militärische Interessen in Palästina erkennbar sind, läßt sich durch die Israelfrage nur noch schwer aufputschen. Dennoch ist sicher, daß ein Sieg über die Juden Abdel Nasser auch künftig noch die Vorherrschaft über alle Araber einbringen könnte. Das ist die Wurzel der antiwestlichen Ressentiments, die in dem ägyptischen Präsidenten üppig emporwucherten.

Der Westen betonte immer, daß er den jüdischen Staat vor Aggressionen zu schützen gedächte. Infolgedessen sah sich Abdel Nasser nach anderen Bundesgenossen um, obwohl er weder von der Sowjetunion noch von China dazu ermutigt wurde. Der chinesische Ministerpräsident Tschu En-lai äußerte sich bei seinem vier Monate zurückliegenden Ägyptenbesuch sehr zurückhaltend über die Palästinafrage. Zweifellos war das der Grund für Chrustschow, vor der Kairoer Nationalversammlung und in Port Said die israelische Jordan-

ableitung zu verurteilen und die „berechtigten arabischen Ansprüche" in Palästina zu unterstützen. Aber obzwar er damit israelische Empörung wachrief, waren seine Erklärungen wesentlich unverbindlicher, als man sie von ägyptischer Seite erwartet hatte. Chrustschow mochte sich sagen, daß er ruhig seine Gästepflicht erfüllen konnte, ohne daß deswegen die Jordanableitung unterblieb. Die Existenz Israels in Frage zu stellen, hütete auch er sich sehr wohl.

Der sowjetische Ministerpräsident erwies sich in Ägypten als maßvoller Staatsmann, der seine Grenzen kennt. Ob es ihm gelungen ist, auch Abdel Nassers wesentlich geringfügigere Möglichkeiten aufzuzeigen, ist eine offene Frage. Wer die einfache Denkweise des ägyptischen Präsidenten kennt, kann sich leicht ausmalen, daß nach diesem sowjetfreundlichen Intermezzo, das nicht den gewünschten Erfolg zeitigte, das Pendel ägyptischer Außenpolitik wieder in westlicher Richtung ausschlägt. Für eine Rückkehr zu echter Neutralität ist es indessen zu spät.

Je mehr sich auch im Westen die Erkenntnis durchsetzt, daß echte politische und militärische Bündnislosigkeit im Ost-West-Konflikt möglich, wünschenswert und förderungswürdig ist, umso mehr bedarf sie gewisser moralischer Grundlagen. Wer für Neutralität eintritt und nur die Karten eines einzigen weltpolitischen Lagers ausspielt, wirkt unglaubwürdig. Wer Abrüstung will, jedoch Raketen und Flugzeuge baut, ohne militärisch bedroht zu sein, bringt sich in den Verdacht der Aggressivität. Wer für friedliche Koexistenz ist, aber die Vernichtung eines Nachbarstaates betreibt, ist gefährlich.

Westliche Wirtschafts- und Finanzhilfe zu erhalten, wird Nasser allerdings künftig wesentlich schwerer fallen. Kurz nach Chrustschows Abflug scheiden drei westliche Botschafter vom Nil, die ihre widerstrebenden Regierungen jahrelang zu überreden wußten, Ägypten zu helfen. Der Amerikaner John S. Badeau hat resigniert, der Engländer Sir Harold Beeley läßt sich versetzen, und der Deutsche Walter Weber wird pensioniert. Dieser Wachwechsel kündigt einen schärferen westlichen Kurs gegenüber Ägypten an.

Horst J. Andel, Kairo

Legaler Verfassungsbruch?

Das „schlitzohrige" Verhalten — so STERN-Chef Nannen — des Bundesinnenministers Höcherl in der sogenannten Abhöraffäre führt zu überaus merkwürdigen Ergebnissen: statt daß der Minister von Kanzler oder Parlament, in einer funktionierenden Demokratie wohl von beiden, gezwungen wurde, seine schweren Verfehlungen im Amte mit der Quittierung desselben zu sühnen, haben er und seine im Abhörskandal ebenfalls schwer belasteten Staatsschutzexperten Gelegenheit erhalten, einen Gesetzentwurf zur Einschränkung des Verfassungsartikels 10 auszuarbeiten, welcher das Post- und Fernmeldegeheimnis derart einschränkt, daß Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst ihre bislang illegale Telefon- und Briefschnüffelei legal weiterführen können. Das Bundeskabinett hat diesem Gesetzentwurf zugestimmt und der leider nicht unbegründeten Hoffnung Ausdruck gegeben, daß Bundesrat und Bundestag seiner Verabschiedung keine ernsten Hindernisse in den Weg legen werden.

Einem mit den Tücken Bonner Amtsführung nicht vertrauten Beobachter mag es seltsam erscheinen, daß man ausgerechnet das von den Hauptübeltätern des Telefonskandals noch keineswegs gesäuberte Ressort Höcherls mit der Ausarbeitung dieses eminent wichtigen Bundesgesetzes beauftragte, ohne daß vorher die notwendigen personellen und sachlichen Voraussetzungen für eine verfassungsgerechte Lösung dieser Aufgabe geschaffen wur-

den. Auch ist es ohne Zweifel ein übler demagogischer Trick, die Notwendigkeit eines solchen verfassungsändernden Gesetze mit eben jener Rechtsunsicherheit zu begründen, die durch die exzessiven Schnüffelpraktiken der dem Innenministerium unterstellten Geheimdienste hervorgerufen wurde. Der berechtigte Argwohn der Öffentlichkeit wäre darum nur durch einen Gesetzentwurf zu zerstreuen, der jeden grundgesetzwidrigen Eingriff in das Grundrecht des Postgeheimnisses ausschließt, der die Fortsetzung der de facto unkontrollierten Kontrolle „verdächtiger" Bürger durch Geheimdienste unmöglich macht. Was Wunder, daß die rechtliche Würdigung des vorliegenden Gesetzentwurfes das Fehlen solcher Garantien ergeben hat.

Der Artikel 10 des Grundgesetzes erklärt das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis für unverletzlich, verfügt jedoch zugleich, daß Beschränkungen aufgrund eines Gesetzes angeordnet werden können. Obwohl der Bundesregierung von verschiedenen Seiten seit Jahren vorgeschlagen worden ist, eine gesetzliche Fixierung der Art und Methode solcher Beschränkungen in die Wege zu leiten, obwohl an der Zustimmung der Alliierten zu einem solchen Verfahren nicht mehr zu zweifeln war, unterblieb jede Initiative des Innenministeriums. Der Grund dafür liegt auf der Hand: man erfreute sich der unbegrenzten Möglichkeiten für die Bespitzelung der Bundesbürger und sah darum in jeder gesetzlichen Regelung nur eine unwillkommene Einschränkung der Machtvollkommenheit der Geheimdienste. Erst als das Hamburger Wochenblatt „Die Zeit" im September vorigen Jahres die skandalöse Praxis der Telefon- und Briefkontrolle zu enthüllen begann, als die heftige Reaktion der Öffentlichkeit auf Reformen in Innenministerium und Nachrichtenapparat drängte, die die bisherige Arbeitsweise unmöglich zu machen drohten, suchte man den Ausweg aus dieser Zwangslage in der Ausarbeitung eines Gesetzes, das die Grundzüge des bisherigen, eindeutig verfassungswidrigen Vorgehens gegen jede äußere Einflußnahme absicherte. Das Resultat dieses taktischen Schachzuges ist der vom Kabinett verabschiedete Gesetzentwurf.

Namhafte Rechtsgelehrte haben festgestellt, daß dieser Entwurf in entscheidenden Punkten gegen die Verfassung verstößt. So veröffentlichte „Die Zeit", die die weitere Entwicklung der Abhöraffäre mit dankenswerter Gründlichkeit verfolgt, eine Untersuchung von Dr. Richard Schmid, der bis vor kurzem in Stuttgart als Oberlandesgerichtspräsident amtierte. Schmid deckt zwei besonders eklatante Verfassungsverstöße des Entwurfs auf: der von Abhörmaßnahmen oder der Postkontrolle Betroffene hat nicht das Recht, gegen die Verletzung seiner Rechte durch die öffentliche Gewalt auf dem Rechtsweg vorzugehen, obwohl ihm das in Artikel 19, Absatz 4, Satz 1 des Grundgesetzes garantiert ist; er hat zum anderen nicht die Möglichkeit, von dem über die Abhöranträge entscheidenden Richter zur Sache gehört zu werden, obwohl Artikel 103, Absatz 1 GG bestimmt: „Vor Gericht hat jedermann Anspruch auf rechtliches Gehör."

Damit ist der als einzige Kontrollinstanz der Geheimdienste eingeschaltete Senatspräsident des Bundesgerichtshofes seiner Funktion als Richter beraubt. Er kann sich bei seiner Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der von den Nachrichtendiensten vorgebrachten Abhöranträge nur auf deren Begründung stützen, der Betroffene kann nicht gehört werden, zumal das Gesetz ausdrücklich die Geheimhaltung der Kontrolle auch ihm gegenüber anordnet. Im Lichte dieser Anordnung, die sich auch auf die Zeit nach der Beendigung der Post- und Telefonkontrolle erstreckt, klingt es wie blanker Hohn, daß dem Betroffenen im Gesetz die Erhebung einer Verfassungsbeschwerde gestattet wird. Wie soll er sich beschweren, wenn er über die Einschrän-

kung seiner Grundrechte nicht unterrichtet wird, wenn außerdem keine Behörde über seinen Fall Auskunft geben darf?

Die tatsächliche Lage ist also folgende: die vom Gesetz eingeführte Kontrollinstanz, jener Senatspräsident des Bundesgerichtshofes, kann nur aufgrund des ihm von den Nachrichtendiensten vorgelegten Materials die Berechtigung des Antrages entscheiden. Der Betroffene — über die Kontrolle nicht unterrichtet — darf nicht gehört werden. Andererseits ist der Senatspräsident aber auch außerstande, auf einem anderen Weg als über die Geheimdienste die Berechtigung eines Abhörantrages zu überprüfen. Da das Gesetz zudem nur eine Begründung, nicht aber eine Glaubhaftmachung des Antrages verlangt, wird er im Regelfall nur zustimmend entscheiden können. Hinzu kommt, daß es sich bei den vom Gesetzentwurf erfaßten Fällen ausschließlich um politische Verdachtsgründe handelt. Wer die Dehnbarkeit vor allem der Staatsgefährdungsparagraphen im bundesdeutschen Strafrecht kennt, wird einsehen, daß es den Nachrichtendiensten ein leichtes ist, den vom Entwurf als Kriterium für die Einschränkung des Artikels 10 GG vorgeschriebenen Verdacht des Verstoßes gegen Staatsschutzparagraphen zu konstruieren.

Von einer wirksamen Kontrolle der Aktivität der Geheimdienste durch dieses Gesetz kann also nicht die Rede sein. Der Zwang zur Einhaltung eines bestimmten Instanzenweges anstelle des bislang geübten formlosen Vorgehens bei der Bespitzelung von Bundesbürgern ist keine Garantie gegen Machtmißbrauch, die einer rechtsstaatlichen Ordnung Genüge tut. Die Nachrichtendienste werden diese geringfügigen „bürokratischen" Hürden gern akzeptieren, wenn ihnen dafür die Fortsetzung ihrer bisherigen illegalen Praxis auf scheinbar legaler Grundlage garantiert wird. Ja, man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß sie von sich aus diese „Konzessionen" vorgeschlagen haben, dürften ihre führenden Leute bei der Ausarbeitung des Gesetzentwurfes doch maßgeblich beteiligt gewesen sein.

Man darf gespannt sein, wie sich die parlamentarischen Gremien zu diesem Gesetzentwurf verhalten werden. Sie werden nicht an der Tatsache vorbeisehen können, daß hier stillschweigend zwei Artikel des Grundgesetzes, nämlich 103 GG (Rechtliches Gehör) und 19 GG (Eröffnung des Rechtsweges), verletzt, richtiger: außer Kraft gesetzt werden. Es ist klar, daß sich die Schöpfer des Abhörgesetzes nach der hierzulande nicht eben neuen Maxime gerichtet haben, daß sich die Verfassung nach dem Bundesgesetz zu richten habe und nicht umgekehrt, wie es für einen Rechtsstaat doch wohl selbstverständlich ist.

Werden sich die Parlamentarier dieser gefährlichen Auffassung anschließen? Nach den bisherigen Erfahrungen, die sie mit der „etwas außerhalb der Legalität" angesiedelten Amtsführung des Bundesinnenministers machen mußten, sollte man zumindest von den Abgeordneten der SPD und der FDP ein klares Votum gegen dieses tückische Elaborat aus der Werkstatt Hermann Höcherls erwarten dürfen. Auf keinen Fall aber darf die Öffentlichkeit — deren Wachsamkeit sich mehr als einmal wirksamer erwies als die allzu zögernde Opposition — die politische Komponente dieser Auseinandersetzung um ein Abhörgesetz übersehen. Denn sind schon die rechtlichen Grundlagen dieses Gesetzes fragwürdig, seine Garantien gegen den Machtmißbrauch der Geheimdienste völlig unzureichend, so muß doch allein die Erinnerung an das Verhalten des Bundesinnenministers in der Abhöraffäre und die Vorstellung, daß er dieses Gesetz als Werkzeug in die Hand bekommt, alarmierend auf alle demokratisch gesinnten Bürger dieses Landes wirken.

Es ist niemandem erlaubt zu vergessen, wie sich Höcherl — der heute biedermännisch um Verständnis für Not-

standsvorsorge wirbt — von der erdrückenden Last der Vorwürfe zu befreien versuchte. Er erklärte am 13. September 1963 im „Bulletin" der Bundesregierung: „Es ist bisher trotz gründlicher Untersuchung kein einziger Fall festgestellt worden, in dem das Bundesamt für Verfassungsschutz die Verbündeten gebeten hätte, den Fernsprech- oder Postverkehr bestimmter Personen zu überwachen." Bei dieser Erklärung blieb er solange, bis man ihm Fall für Fall die Unwahrheit dieser Behauptung nachwies. Erst als ein — wenn auch vergleichsweise wohl nur kleiner, so doch recht eindrucksvoller — Sektor des Geheimdienst-Dschungels bloßgelegt war, teils aufgrund der Tätigkeit der zwei parlamentarischen Untersuchungsausschüsse, weit mehr aber im Ergebnis ausgezeichneter journalistischer Ermittlungsarbeit, bequemte er sich zu dem Eingeständnis, daß die Arbeit der Nachrichtendienste „nicht immer in der richtigen Form" erfolgt sei. Von seiner eigenen Person jedoch hielt er jede Kritik fern — und Parlament und Regierung gestatteten ihm unverzeihlicherweise diese der Funktion eines Ministers in einem demokratischen Staat hohnsprechende Dickfelligkeit.

Man sollte schließlich auch nicht vergessen, daß der Vorsitzende des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der SPD-Abgeordnete Schmitt-Vockenhausen, am 29. April 1964 vor dem Bundestag erklärte: „In einer gesunden und funktionierenden Demokratie hätte ein Minister, in dessen Amtsbereich sich so etwas ereignet und der so viele widersprüchliche Erklärungen in einer solchen Sache abgegeben hätte, von sich aus den Hut genommen. Es ist ganz gleichgültig, ob der Minister bewußt unzutreffende Darstellungen gab oder ob ihn seine Beamten schlecht informierten. Er trägt in jedem Fall . . . die Verantwortung."

Man sollte meinen, daß die Opposition, der doch Gesundung und Funktionsfähigkeit dieser Demokratie am Herzen liegen, es nicht dem unterentwickelten politischen Taktgefühl des Herrn Höcherl überläßt, aus dieser Erkenntnis die einzig mögliche Konsequenz zu ziehen. Betroffen muß man statt dessen in den Zeitungen der letzten Tage lesen, daß sich SPD-Fraktionsführer Erler, der parlamentarische Geschäftsführer Schäfer und der SPD-Vorsitzende des Innenausschusses des Bundestages mit Hermann Höcherl zu einer Geheimkonferenz getroffen haben, in der darüber beraten wurde, wie die Notstandsgesetze noch in dieser Legislaturperiode über die parlamentarischen Hürden zu bringen seien. Beide Seiten erklärten, daß sie mit dem Verlauf der Gespräche zufrieden seien. H. H.

Die Lage

Dr. Achim v. Borries

Die neue Rechte — eine Herausforderung

I

Der stellvertretende Chefredakteur einer so ausgesprochenen CDU-freundlichen Zeitung wie der „Kölnischen Rundschau", Rudolf Dahmen, konnte nicht umhin, in einem Rückblick auf die NATO-Konferenz in den Haag Mitte Mai recht ernüchtert und ernüchternd festzustellen:

> „Der Versuch, die Westmächte über die obligate Erklärung hinaus zu einer neuen Deutschland-Initiative anzuregen, ist gescheitert ... Die deutsche Frage ist, leider muß es gesagt werden, so festgefahren, daß viele Leute ihre Lösung nur durch ein Wunder erhoffen." (Kölnische Rundschau v. 16. V. 64.)

Enttäuschung und Ratlosigkeit, wie sie aus den meisten deutschen Kommentaren zu „Den Haag" sprechen, kommen nicht von ungefähr. Der Ausgang dieser Konferenz hat das Scheitern der bisherigen Bonner Wiedervereinigungspolitik derart drastisch offenbart, daß das Debakel sich nun nicht mehr verschleiern, nicht mehr hinwegreden läßt. „Den Haag" machte das Mißverhältnis zwischen den noch immer nicht revidierten außenpolitischen Wunschvorstellungen der Bundesregierung und den weltpolitischen Realitäten von heute unmißverständlich deutlich. Darum ist diese Konferenz ein wichtiges Datum der deutschen Nachkriegsgeschichte. Sie hat größere Klarheit geschaffen denn je. Notwendigkeit und Dringlichkeit eines konsequenten außenpolitischen Umdenkens der Bundesrepublik lassen sich nicht mehr bestreiten. Und man kann angesichts dessen nicht mehr gut alle diejenigen verketzern, die schon bisher auf diese Zwangsläufigkeit hingewiesen haben. Es kommt nun darauf an, aus den Erfahrungen von „Den Haag" und allen anderen außenpolitischen Erfahrungen der letzten Zeit die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Die richtigen — denn hier beginnt nun in der Bundesrepublik die Scheidung der Geister!

„Den Haag" brachte nichts völlig Neues, sondern bestätigte vor allem Tendenzen, die schon seit einiger Zeit erkennbar waren, auch wenn man sich in der Bundesrepublik bislang in weiten Kreisen gescheut hat, sie zur Kenntnis zu nehmen und sich auf sie einzustellen. Die Westmächte haben es mit Bestimmtheit abgelehnt, sich von der Bundesregierung zu einem neuen diplomatischen Vorstoß in der Deutschland-Frage bewegen zu lassen, einem nach Lage der Dinge von vornherein völlig aussichtslosen Vorstoß im Sinne der bisherigen Wiedervereinigungs-Konzeption Bonns. In einem Bericht der Zürcher TAT über die Bilanz der Konferenz war zu lesen:

> „... daß kein deutscher Außenminister die westlichen Verbündeten mit den liebgewordenen Bonner Vorstellungen bei der Behandlung der europäischen Sicherheits- und der deutschen Grenzfragen jetzt aktiv für die deutsche Frage engagieren könnte. Es steht jetzt fest, daß der Bonner Regierung von ihren Alliierten noch niemals so klar die Gretchenfrage danach gestellt wurde, wie sie es mit den Grenzen in einem gesamtdeutschen Friedensvertrage halten würde. Jedes weitere Schweigen oder Vertrösten auf die Zeit, da eine hierfür ohne Zweifel sehr viel legitimiertere gesamtdeutsche Regierung über die Gren-

zen verhandeln werde, betrachten die Westmächte nunmehr als ein Hindernis auf dem Wege nach vorn. Und jede neuerliche Deklamation wirkt sich deshalb auch im gegenwärtigen Augenblick auf eine aktive Deutschland- und Ostpolitik nachteilig aus." (Die Tat, Zürich, v. 22. 5. 64.)

Das heißt: In Washington, London und auch in Paris gilt heute die auf der „Politik der Stärke" mit ihren Maximalforderungen beruhende Konzeption der fünfziger Jahre als weitgehend anachronistisch. Man geht von ihr ab, je mehr sich zeigt, daß sie Vereinbarungen mit dem Osten über eine Minderung des Kriegs-Risikos und eine Verbesserung des weltpolitischen Status quo — den einseitig aufzuheben keine Seite mehr in der Lage ist! — im Wege steht. Vor allem die neue amerikanische „Entspannungsstrategie" schließt heute solche Pseudo-Initiativen, wie Bonn sie nach wie vor fordert, aus.

Dabei will man nun gerade nicht nichts tun, also die ungelösten Probleme einfach „einfrieren" lassen, sondern im Gegenteil, man will endlich das wirklich Mögliche tun — anstatt, wie bisher, nur das Unmögliche zu fordern. Und man verübelt es der Bundesrepublik je länger desto mehr, daß sie sich nach wie vor gegen eine aktive Beteiligung an dieser westlichen Entspannungspolitik sträubt. Die USA und Großbritannien wollen die für alle Völker lebensnotwendige weltpolitische Entspannung nicht weiterhin durch ein deutsches Beharren auf längst fiktiv gewordenen Positionen blockieren lassen. Sie erwarten stattdessen, mit wachsender Ungeduld offenbar, einen angemessenen deutschen Beitrag zur Entspannung. Der Washingtoner Korrespondent der ZEIT deutete Mitte Mai an, von welchen Vorstellungen Präsident Johnson und seine Berater dabei ausgehen:

„Das Passierscheinabkommen ist in Washington — wenn auch mit Rücksicht auf die deutsche Innenpolitik nur in privaten Meinungsäußerungen — bei allen amtlichen Stellen begrüßt worden. Das Bonner Zögern, auf das Angebot des Zeitungsaustausches einzugehen, wird als unverständlich betrachtet. Washington wünscht, um das konkret zu sagen, keineswegs irgendwelche Anerkennung oder juristisch wirksame ‚Beziehungen' zwischen Bonn und Pankow. Aber es drängt auf ein hinreichend normalisiertes Verhältnis zwischen den beiden Teilen Deutschlands, damit Entspannung und Ausgleich als Vorphasen einer Verwandlung des politischen Gesamtbildes von Zentraleuropa überhaupt durchschritten werden können." (Die Zeit v. 15. V. 64.)

Und Dr. Hans Steinitz, Amerika-Korrespondent u. a. des „Rheinischen Merkur", wußte kürzlich zu berichten:

„Präsident Johnson wird voraussichtlich nach den Wahlen die Ostpolitik noch energischer betreiben als heute. Er wird dann auch von der Bundesrepublik aktivere Mitarbeit dabei fordern: nicht nur Handel mit dem Osten, Handelsmissionen und Reisekontakte, sondern wohl auch den Verzicht auf die Hallstein-Doktrin oder gar eine de-facto-Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze.

(Rheinischer Merkur v. 5. VI. 64)

In diesen Zusammenhang gehört auch das vieldiskutierte QUICK-Interview mit Präsident Johnson. Schließlich hat Staatssekretär Rusk kürzlich in einem Briefe an Außenminister Schröder der Bundesregierung nahegelegt, auf die jugoslawische Wiedergutmachungsforderung an die Bundesrepublik, in Höhe von 400 Millionen DM, einzugehen. Bonn lehnte ab . . .

II

Sind dies alles nun unerhörte Zumutungen, deren Erfüllung einer politischen Selbstaufgabe der Bundesrepublik oder doch dem Ende aller deutschen Wiedervereinigungs-Hoffnungen gleichkommen würde? Wer nur BILD oder WELT, beide

aus dem Hause Springer, liest, der freilich muß dies glauben. In Wirklichkeit aber handelt es sich, so wird man bei einigem Nachdenken über die außenpolitischen Möglichkeiten der Bundesrepublik leicht feststellen, um Ansinnen, denen zu entsprechen durchaus auch im deutschen Interesse ist. Das zu erkennen, setzt freilich die Einsicht voraus, daß die bisherige „Politik der Stärke" in der Wiedervereinigungsfrage völlig aussichtslos geworden ist und ein Festhalten an ihr schon die beiden entscheidenden Voraussetzungen der Wiedervereinigung, einmal eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion und zum anderen eine Wiederannäherung der beiden Teile Deutschlands, unmöglich macht.

Wenn den Befürwortern der „Entspannungsstrategie" vorgeworfen wird, sie träten damit faktisch für die endgültige Fixierung der Teilung Deutschlands ein — so können sie leicht erwidern, daß die bisherige Politik nicht etwa zu einer Beseitigung oder auch nur Milderung, vielmehr zur fortschreitenden Vertiefung dieser Spaltung geführt hat und eine Verbesserung des Status quo auch in Deutschland nur bei einer neuen Politik möglich erscheint. Allein eine spezifisch bundesrepublikanische „Entspannungsstrategie" im Rahmen der allgemeinen westlichen Entspannungspolitik verheißt gewisse Erfolge in Richtung Wiedervereinigung, indem sie der Wiederannäherung innerhalb Deutschlands dient. Das „alles oder nichts" der gerade in der Wiedervereinigungsfrage so völlig erfolglosen „Politik der Stärke" aber ist heute unsinniger denn je; es hindert uns nur, mit welchen Deklamationen es auch verbunden sein mag, das uns jetzt in Deutschland und in Europa im Sinne der Entspannung und Wiedervereinigung Mögliche zu tun.

Bundesaußenminister Dr. Schröder läßt sich offensichtlich vor allem von der Auffassung leiten, die Bonner Politik dürfe die „Tuchfühlung" zu dem mächtigen amerikanischen Verbündeten nicht verlieren — weil dann eine weltpolitische Entspannung „über die Köpfe der Deutschen hinweg" drohe. Darum sein gewisser Pragmatismus in der Frage unserer Beziehungen zu Ungarn und Rumänien, zu Bulgarien und der CSSR und auch zu Polen. Wir sprechen ausdrücklich von einem gewissen Pragmatismus: denn die entscheidenden Fragen im Verhältnis der Bundesrepublik zu Polen und zur CSSR, die Grenzfragen nämlich, bleiben nach wie vor ausgeklammert.

Aber die Ostpolitik Dr. Schröders hat noch eine andere Schranke. Das Problem DDR, hinsichtlich der Wiedervereinigung das Problem Nummer eins für die Bundesrepublik, wird auch von ihr nicht gelöst. Ja, sie nährt sogar neue gefährliche Illusionen, indem sie so etwas wie eine ostpolitische „Umklammerung" der DDR vorgaukelt — und damit aus einem, richtig verstanden, durchaus sinnvollen außenpolitischen Umweg zu einem außenpolitischen Abweg wird! Den deutschen Notwendigkeiten und Möglichkeiten entspräche erst eine Bonner Ostpolitik, die die Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten ohne illusionistische Hintergedanken verbesserte und gleichzeitig auch um einen gewissen Interessenausgleich mit der DDR, im Sinne einer Wiederannäherung in Deutschland, bemüht wäre. Davon aber ist, das muß deutlich gesagt werden, der heutige Bundesaußenminister noch weit entfernt.

III

Nicht wenigen Leuten in Bonn und vor allem in Bayern geht Schröder freilich schon viel zu weit. Sie versuchen, ihn für den eklatanten Mißerfolg der Bundesregierung in Den Haag verantwortlich zu machen — einen Mißerfolg doch gerade der von diesen Kritikern Schröders selbst vertretenen, schon wiederholt ad absurdum geführten „harten Politik" in der Deutschland-Frage. Man weiß, daß Franz Joseph Strauß seit längerem der Wortführer dieser Opposition gegen den

Bundesaußenminister ist. Sie zieht i h r e Konsequenzen aus dem Scheitern der bisherigen westlichen Wiedervereinigungs-Politik. Es ist die Konsequenz eines schon heute ungehemmten, politisch völlig irrationalen westdeutschen Neo-Nationalismus.

Da hören wir es nun Tag für Tag in verschiedener Tonart und Lautstärke von Hamburg bis München: der „große Verrat" an Deutschland habe begonnen, die Westmächte seien dabei, die Deutschen zugunsten der Entspannung „zu verkaufen" usw. Man „erinnert" den Westen an seine „Verpflichtung" zur Wiedervereinigung Deutschlands und „warnt" ihn: „Laßt die Deutschen nicht im Stich!" (so Freiherr zu Guttenberg in einem Interview mit BILD, 13. V. 64). Geschickt werden bereits wieder alle möglichen anti-westlichen Ressentiments erweckt.

Daß dergleichen nichts anderes ist als allerübelste und für die Bundesrepublik lebensgefährliche Demagogie, liegt auf der Hand. Tatsache ist aber auch, daß diese Demagogie in den letzten Monaten immer weiter um sich gegriffen hat. Es handelt sich um nichts anderes als die systematische psychologische und ideologische Mobilisierung und die planmäßige politische Organisierung eines pseudo-„nationalen" deutschen Widerstandes gegen die Entspannungspolitik der Weltmächte — angeblich zum Schutze der ebenfalls angeblich von dieser Entspannungspolitik „bedrohten" deutschen Lebensinteressen.

Nun bedroht allerdings in Wahrheit gerade ein solcher westdeutscher Neo-Nationalismus die deutschen Interessen am allermeisten. „Im Stich gelassen" werden heute vom Westen ja nicht „die Deutschen", sondern nur die allzu lange gehegten und gepflegten machtpolitischen Illusionen der Westdeutschen — und es wäre für die deutschen Interessen das Beste, die Westdeutschen würden selbst ihre Illusionen möglichst bald „im Stich lassen"! Das Erwachen aus politischen Wunschträumen mag zunächst bitter sein, es ist doch vor allem heilsam. Und nur nüchterner außenpolitischer Realismus kann uns aus der Sackgasse herausführen, in die wir mit einem beträchtlichen Teil eigener Schuld durch unsere durchaus mutwillige Politik des „Kalten Krieges" hineingeraten sind. Von der Verantwortung gerade der Bundesrepublik selbst für die Vertiefung der deutschen Spaltung versuchen die Neo-Nationalisten ebenso abzulenken wie von der Einsicht in die Notwendigkeit einer deutschen Wiedervereinigungspolitik im Rahmen der weltpolitischen Entspannung — und nicht gegen diese!

So schüren die Neo-Nationalisten die Mißstimmung gegen die Westmächte wie gegen alle entspannungs-willigen oder auch nur -willigeren politischen Kräfte in der Bundesrepublik. Und ihre eigene Konzeption? Es wird glaubhaft berichtet, Bundeskanzler Erhard sei höchst überrascht darüber gewesen, daß Strauß zu der außenpolitischen Aussprache der CDU/CSU-Führer in Tegernsee, nach der Konferenz von Den Haag, buchstäblich mit leeren Händen gekommen sei. Entgegen den Erwartungen des Kanzlers brachte Strauß, nach wochenlangen scharfen öffentlichen Angriffen seiner Gruppe auf die angebliche „zu weiche" Außenpolitik Dr. Schröders, nicht etwa eine klar umrissene und geschlossene Alternativ-Konzeption mit nach Tegernsee, sondern lediglich einen improvisierten Stichwortkatalog, der sich auf die bereits bekannten Einwände der Strauß-Gruppe gegen die Politik des Außenministers beschränkte.

Diese Szene erscheint uns außerordentlich sinnfällig. Denn vergeblich wird man nach einem klaren außenpolitischen Programm der „Harten" suchen. Ein solches gibt es nicht, jedenfalls nicht im Sinne einer schlüssigen Konzeption zur friedlichen Lösung der deutschen Probleme in der von den „Harten" so lautstark geforderten Form. Man höre Strauß, Guttenberg etc. — immer wieder stellt man sofort das Mißverhältnis zwischen den von ihnen mit Emphase vertretenen Maximalforderungen einerseits und ihren Vorschlägen zur Durchsetzung dieser

Forderungen andererseits fest. Auf die Frage nach dem „Wie?" wissen sie keine Antwort. Sie beschränken sich darauf, alle diejenigen hemmungslos zu denunzieren, die, von den Realitäten ausgehend, auf dem Wege zu bescheideneren Zielen sind, zu bescheideneren, aber viel eher erreichbaren. Die Neo-Nationalisten kennen nur ein einziges außenpolitisches Patentrezept: Immer mehr aufrüsten . . . Als ob nicht eine westdeutsche „Politik der Stärke" o h n e den Rückhalt der Westmächte, ein machtpolitischer Alleingang also mit einem noch viel größeren (und wirklich katastrophalen!) Fiasko enden müßte als die bisherige NATO-Politik in der Wiedervereinigungsfrage!

Die Tatsache, daß die Opposition gegen die Entspannungspolitik über keine eigene sinnvolle Konzeption verfügt, darf aber nicht zu einer Unterschätzung ihrer Gefährlichkeit führen. Gerade weil sie wirklicher Argumente und Alternativen ermangelt, tritt sie lautstark und aggressiv auf. Entscheidend ist, daß sich hier zum erstenmal in der Geschichte der Bundesrepublik eine große ausgesprochene R e c h t s - K o a l i t i o n bildet. Die Unbelehrbaren von vorgestern, gestern und heute finden sich in ihr zusammen. Diese neue „nationale" Rechte reicht bereits von BILD bis zur NATIONALZEITUNG, von Strauß/Guttenberg bis zu waschechten Alt-Nazis, die jetzt Morgenluft wittern. Die verschiedenen Elemente sind dabei, „sich zusammenzuraufen".

Jahrelang hatten sich ausgesprochene Rechtstendenzen in der Bundesrepublik auf kleine konventikelhafte Gruppen und Grüppchen beschränkt, eine „offizielle" Rechte gab es nicht. In Bonn wurde vor allem dem Ausland gegenüber immer wieder mit einem gewissen Stolz beruhigend darauf hingewiesen, eine nationalistische Rechte habe in der Bundesrepublik keine Chance. Aber das war ein allzu idyllisches Bild. Zunächst einmal sind seit Gründung der Bundesrepublik alle drei Bundestagsparteien Zug um Zug weiter nach rechts gerückt. Am weitesten ist dabei die CDU/CSU gegangen. Und heute tritt nun ein nicht unbeträchtlicher und schon gar nicht einflußloser Teil dieser Bonner Regierungspartei offen als neue deutsche Rechte auf. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Entwicklung in Bayern. In der WELT vom 27. Mai äußerte Albrecht von Kessel seine Besorgnis über sie:

> „Inzwischen hört man aus Bayern merkwürdige Gerüchte. Unter Berufung auf gaullistische Methoden soll sich dort ein Bündnis zwischen dem rechten Flügel der CSU, den radikalen Vertretern der Vertriebenen und den Kreisen um die Nationalzeitung anbahnen. Diesmal heißt es, rechtzeitig aufpassen. Ein Rückfall in einen Nationalismus, in welchem Gewand auch immer er auftreten möge, wäre das Ende jeder Hoffnung auf Wiedervereinigung und der Tod jeder Einigung Europas." (Die Welt v. 27. V. 64.)

Strauß empfiehlt sich als der Führer dieser großen Koalition der sogenannten „nationalen Kräfte" — und als ihr Repräsentant in der Bundesregierung von morgen! Doch ohne weiteres wird ihm von seinen Partnern diese Führungsrolle nicht zugestanden, er muß zunächst weiter seine neo-nationalistische Gesinnungstreue unter Beweis stellen . . . So ermahnte ihn kürzlich die „Nationalzeitung" sehr selbstbewußt:

> „Um die unabhängige Rechte zu gewinnen, die tatsächlich über ein Wählerreservat von Millionen verfügt, bedarf es aber mehr als nur Lippenbekenntnisse. Es wird sehr sorgfältig zu prüfen sein, ob die CSU den Weg zur Rechtspartei konsequent weitergeht. Es wäre viel gewonnen, wenn sie die nationale Linie der einstigen Bayerischen Volkspartei erreichte, die ja stets ein gutes Stück rechts vom Zentrum stand. Starke Kräfte der Christlich-Sozialen sehen die Zeichen der Zeit. Der nationale Zug kommt ihren Überzeugungen entgegen." (Deutsche National-Zeitung v. 29. V. 64.)

In diesem ganz unmittelbar politischen Zusammenhange muß auch der — von der Bundesregierung im Gegensatz zum Verhalten der österreichischen Regierung nicht verhinderte! — Auftritt des amerikanischen Historikers Prof. Hoggan in der Bundesrepublik gesehen werden. Es ist gewiß kein Zufall, daß Hoggan seinen größten Erfolg in einem Münchener Bierkeller hatte. Seine pseudohistorischen Thesen über die weitgehende Unschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg einerseits, die Kriegsschuld Polens, Englands und Roosevelts andererseits sind ja keineswegs nur das, als was sie in gefährlicher Verharmlosung meist hingestellt werden: die Abstrusitäten eines von der Historiker-Zunft kaum ernst genommenen Außenseiters. Sie sind und sollen sein: politischer Sprengstoff! So war denn auch Hoggans Besuch in der Bundesrepublik gerade in diesem Augenblick ein Politikum ersten Ranges. Denn dieser von einem fanatischen Antiliberalismus, einem blindwürtigen England-Haß und einer maßlosen Roosevelt-Feindschaft besessene Amerikaner liefert mit seinen abstrusen Thesen, die den Deutschen schmeicheln, wichtige ideologische Munition für die Neo-Nationalisten hierzulande. Hoggan ist damit in jeder Hinsicht der ideale Partner für die Leute von der „Nationalzeitung", die Vertriebenen-Funktionäre — und Strauß! Der hielt es denn auch für opportun, auf einer CSU-Frauentagung in Ottobeuren darauf hinzuweisen, einen „Weltkrieg" habe Hitler natürlich nicht gewollt . . .

IV

Der westdeutsche Neo-Nationalismus ist nicht allein bereits jetzt im Bundestag, er ist auch schon in der Bundesregierung vertreten. Wir erwähnen hier „nur" den berühmt-berüchtigten „Fall Seebohm". Dreierlei macht diesen Fall aufschlußreich:

Zunächst einmal war die Rede des Verkehrsministers vor den Sudetendeutschen in Nürnberg, mit der Forderung nach Rückgabe der „geraubten sudetendeutschen Gebiete", selbst ein Skandal, und nicht der erste außenpolitische Seebohm-Skandal, wie man weiß. Aber dabei blieb es nicht. Ein zweiter, größerer Skandal folgte. Der Bundeskanzler zitierte Herrn Seebohm zu sich, empfahl ihm vermutlich „etwas mehr Zurückhaltung" und — „ließ ihn laufen" statt ihn zu entlassen! Alsbald zeigte sich, wie es um die Autorität Prof. Erhards als Regierungschef bestellt ist: wenige Tage später ergriff Seebohm bei einem „Festkommers" auf dem Hauptkonvent des Sudetendeutschen Verbandes studentischer Korporationen in Heilbronn erneut das Wort und beschimpfte in maßloser Weise seine deutschen Kritiker. Sein Selbstbewußtsein schien nicht geringer, seine Arroganz nur größer geworden. Daraus muß man schließen, daß er im Bundeskabinett eine sichere Position hat. Nicht zuletzt der Gedanke an die Wählerstimmen scheint dem Kanzler wie schon seinem Vorgänger Zurückhaltung gegenüber dem politischen Führer der Sudetendeutschen nahezulegen . . .

So muß es sich Prof. Erhard nun aber auch gefallen lassen, einer verhängnisvollen Schwäche gegenüber, wenn nicht gar eines gewissen Einverständnisses mit Leuten wie Seebohm geziehen zu werden. Und das ist das dritte Bemerkenswerte: gerade im westlichen Ausland beobachtet man heute mit zunehmender Besorgnis und wachsendem Argwohn den Einfluß der Neo-Nationalisten auf die Bonner Politik. Diese Reaktionen können der Bundesrepublik nicht gleichgültig sein, so wenig wie die von östlicher Seite. Sie zeigen, in welchem Maße wir uns durch Schwäche gegenüber Seebohm, Strauß etc. politisch isolieren. Man ist auch im Westen sehr empfindlich geworden gegenüber falschen Tönen in der Bundesrepublik. Es erweist sich jetzt, wie wenig die Bundesregierung getan hat, um außenpolitisch wirklich vertrauenswürdig zu sein! Wir zitieren hier nur zwei westliche Pressestimmen zum Fall Seebohm, zahlreiche andere gleichlautende

ließen sich ihnen an die Seite stellen. Vielsagend, daß eine bis jetzt beinahe unbedingt Bonn-freundliche große ausländische Zeitung wie die NZZ in einem ihrer sehr seltenen ungezeichneten redaktionellen Kommentare schrieb:

> „Durch den Verzicht auf jede Richtigstellung und Sanktion nimmt Erhard, offenbar bewußt, in Kauf, daß seine Außenpolitik, und seine Ostpolitik im besonderen, mit den Meinungen Seebohms in Zusammenhang gebracht wird. Damit droht sie in ein Zwielicht zu geraten und allmählich eine quallige Qualität anzunehmen, die sie schwer faßbar und definierbar macht. Es bedeutet wenig, wenn ein Bonner Regierungssprecher jeden Verdacht revisionistischer Tendenzen zurückweist, solange Äußerungen, die diesen Verdacht eben doch nähren, unkorrigiert bleiben." (NZZ v. 4. VI. 64.)

Das Rotterdamer liberale „Algemeen Dagblad" aber weiß in diesem Zusammen auch noch von eigenen Erfahrungen mit Deutschen zu berichten:

> „Wir würden den hohlen Phrasen Seebohms wenig Beachtung schenken, wüßten wir, daß er ein Einzelfall wäre. Aber seine Erklärungen passen — leider — in ein an sich noch vages, aber sich doch immer deutlicher abzeichnendes Schema: unverkennbar kommt in der Bundesrepublik eine Restaurationsbewegung in Gang. Man merkt dies an den Briefstößen, die wir aus Deutschland erhielten, nachdem viele westdeutsche Blätter unseren Angriff auf Seebohm zitierten. Diese Briefe atmen den Geist, der in den vergangenen Jahren unterdrückt wurde. Man merkt es auch beispielsweise an dem Verhalten von Strauß. Dieser Exminister läßt, wie Seebohm, kaum eine Gelegenheit aus, um beispielsweise Schröder, den konzilianten und vernünftigen Bonner Außenminister, lächerlich zu machen. Seebohm und Strauß glauben davon profitieren zu können, wenn sie an die politisch Rechtsstehenden appellieren. Sie sind sich dessen bewußt, daß die rechtsstehenden, sagen wir deutschnationalen Kräfte, stärker werden." (2. VI. 64)

Diese beiden Kommentare, die für viele stehen, zeigen, daß man im Westen heute solche „Fälle" wie Seebohm etc. nicht mehr als bloße, relativ harmlose, Narreteien eines unverbesserlichen Einzelgängers abtut, sondern als bedenkliche Symptome betrachtet.

An Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ auch ein Kommentar des bekannten amerikanischen Publizisten C. L. Sulzberger in der New York Times vom 27. Mai. Dort hieß es, das Ungewöhnliche sei nicht die Haltung Seebohms, sondern die Tatsache, daß ein solcher Mann unter Erhard Minister sein könne, wie er es unter Adenauer gewesen sei. Und daß er auch jetzt nicht „gefeuert" worden sei. Sulzberger kritisiert dann offen, daß die Bundesrepublik niemals offiziell das „Münchener Abkommen" von 1938 widerrufen habe. Und er gibt den Deutschen zu verstehen, daß sie demnächst wohl verschiedene Preise für ihre Verantwortung am Zweiten Weltkrieg würden zahlen müssen.

Man darf sagen: gerade je mehr sich die Deutschen der Erinnerung an diese geschichtlichen Zusammenhänge entschlagen und glauben, wieder „auftrumpfen" zu können, desto nachdrücklicher und unmißverständlicher wird man sie im Ausland, im Westen wie im Osten, daran erinnern, daß sie nicht nur den Zweiten Weltkrieg begonnen und militärisch total verloren haben, sondern daß sie aus ihm auch mit moralischen Hypotheken herausgekommen sind wie nie ein Volk zuvor. Der westdeutsche Neo-Nationalismus, der sich darüber mit gespielter Empörung hinwegsetzen zu können glaubt, provoziert nur die schärfsten ausländischen Reaktionen und führt die Bundesrepublik damit nicht nur in eine völlige politische, sondern auch eine absolute moralische Isolierung. Es ist unerfindlich, wie durch eine solche „Politik" der Sache der Wiedervereinigung Deutschlands gedient sein soll!

V

Die Bildung einer neo-nationalistischen Koalition, die einen nicht unbeträchtlichen Einfluß auf die Politik der heutigen Bundesregierung ausübt, ist eine Herausforderung der demokratischen und außenpolitisch besonnenen Kräfte in der Bundesrepublik. Sie können nicht mehr darauf vertrauen, Prof. Erhard habe den Willen oder die Kraft, jene neue Rechte politisch zu bändigen. Es liegt an ihnen, rechtzeitig ein G e g e n g e w i c h t zu schaffen gegen den Rechtsblock von BILD bis „Nationalzeitung". Eine Fortsetzung der bisherigen „Politik der Stärke" ist heute unsinnig, ein bloßes Lavieren zwischen den Kräften der Vernunft und denen des Neo-Nationalismus, ein anhaltendes Sowohl-als-auch kann nur in ein heilloses außen- u n d innenpolitisches Dilemma hineinführen. Eine klare entspannungspolitische Alternative aber ist heute keine Utopie mehr, sie bietet sich an. Sie allein bringt uns in der Deutschland-Frage weiter. Wer aber nur — um an das Zitat zu Anfang anzuknüpfen — auf „Wunder" hofft, der wird — auf unser aller Kosten — sehr bald sein „blaues Wunder" erleben!

(Abgeschlossen am 6. Juni)

Dr. O s w a l d A. K o h u t, MdB

Keine Wiedervereinigung durch Abwarten

Den nachfolgenden Ausführungen, die uns der Bundestagsabgeordnete der Freien Demokratischen Partei Dr. Oswald Kohut zum Abdruck zur Verfügung gestellt hat, liegt eine Ansprache des Verfassers vor Offenbacher Jungdemokraten zu Grunde. *D. Red.*

Die bisherige Chronik zur Wiedervereinigung, dem nationalen Ziel deutscher Außenpolitik, brachte eine ununterbrochene Kette von Enttäuschungen und Rückschlägen. 18 Jahre lang haben die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges die deutsche Teilung vertieft. Sie haben beide Teile Deutschlands gegeneinander aufgerüstet. — Bis zur Genfer Außenministerkonferenz 1959 bestanden Möglichkeiten zur Wiederherstellung der deutschen Einheit „in einem Zuge". Sie sind an den Bestrebungen gescheitert, einen Teil Deutschlands im Westen zu integrieren.

Von 1959 bis 1964 suchte die Bundesregierung nach Wegen, die aus dem Dilemma führen sollten. Aber erst im Jahre 1964 kam eine deutsche Initiative zustande, vor der NATO-Ratssitzung in Den Haag. Aber aus der groß angekündigten Initiative der Bundesrepublich ist praktisch nichts geworden. Es ist nicht zu übersehen, daß die Großen abgeneigt sind, sich gegenwärtig mit diesem Thema zu beschäftigen. Lediglich weil man von den eigentlichen Sorgen, der NATO-Krank-

V

Die Bildung einer neo-nationalistischen Koalition, die einen nicht unbeträchtlichen Einfluß auf die Politik der heutigen Bundesregierung ausübt, ist eine Herausforderung der demokratischen und außenpolitisch besonnenen Kräfte in der Bundesrepublik. Sie können nicht mehr darauf vertrauen, Prof. Erhard habe den Willen oder die Kraft, jene neue Rechte politisch zu bändigen. Es liegt an ihnen, rechtzeitig ein G e g e n g e w i c h t zu schaffen gegen den Rechtsblock von BILD bis „Nationalzeitung". Eine Fortsetzung der bisherigen „Politik der Stärke" ist heute unsinnig, ein bloßes Lavieren zwischen den Kräften der Vernunft und denen des Neo-Nationalismus, ein anhaltendes Sowohl-als-auch kann nur in ein heilloses außen- u n d innenpolitisches Dilemma hineinführen. Eine klare entspannungspolitische Alternative aber ist heute keine Utopie mehr, sie bietet sich an. Sie allein bringt uns in der Deutschland-Frage weiter. Wer aber nur — um an das Zitat zu Anfang anzuknüpfen — auf „Wunder" hofft, der wird — auf unser aller Kosten — sehr bald sein „blaues Wunder" erleben!

(Abgeschlossen am 6. Juni)

Dr. O s w a l d A. K o h u t, MdB

Keine Wiedervereinigung durch Abwarten

Den nachfolgenden Ausführungen, die uns der Bundestagsabgeordnete der Freien Demokratischen Partei Dr. Oswald Kohut zum Abdruck zur Verfügung gestellt hat, liegt eine Ansprache des Verfassers vor Offenbacher Jungdemokraten zu Grunde. *D. Red.*

Die bisherige Chronik zur Wiedervereinigung, dem nationalen Ziel deutscher Außenpolitik, brachte eine ununterbrochene Kette von Enttäuschungen und Rückschlägen. 18 Jahre lang haben die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges die deutsche Teilung vertieft. Sie haben beide Teile Deutschlands gegeneinander aufgerüstet. — Bis zur Genfer Außenministerkonferenz 1959 bestanden Möglichkeiten zur Wiederherstellung der deutschen Einheit „in einem Zuge". Sie sind an den Bestrebungen gescheitert, einen Teil Deutschlands im Westen zu integrieren.

Von 1959 bis 1964 suchte die Bundesregierung nach Wegen, die aus dem Dilemma führen sollten. Aber erst im Jahre 1964 kam eine deutsche Initiative zustande, vor der NATO-Ratssitzung in Den Haag. Aber aus der groß angekündigten Initiative der Bundesrepublich ist praktisch nichts geworden. Es ist nicht zu übersehen, daß die Großen abgeneigt sind, sich gegenwärtig mit diesem Thema zu beschäftigen. Lediglich weil man von den eigentlichen Sorgen, der NATO-Krank-

heit in Zypern, ablenken will, wurde das Schlußkommuniqué Deutschland gewidmet. Der Anspruch der Bundesregierung auf das Recht der deutschen Alleinvertretung wurde von 15 Außenministern unterstützt. Man trat damit den östlichen Thesen von zwei deutschen Staaten entgegen. Ich sehe darin nichts anderes als eine bloße Deklamation, einen Trostpreis für Wohlverhalten. An der Tatsache, daß man uns nicht mehr zusichert als den „Status-quo", ist nicht zu rütteln.

Unsere Außenpolitik läßt keine Hoffnung auf Wiedervereinigung in absehbarer Zeit zu. Es sei denn, wir gehen entschlossen neue Wege. Es ist ein Trugschluß, anzunehmen, daß durch Zeitablauf die Möglichkeit zur Wiedervereinigung heranreift. Inzwischen ist in der DDR eine junge Generation herangewachsen, die in der Mehrzahl fanatisch an ihre Aufgabe im Sozialismus glaubt und in wenigen Jahren zur Macht kommt. Ob diese Generation, die den Westen nicht kennt, der Wiedervereinigung besonders zugänglich sein wird, bezweifle ich.

> „Mit dem Abschluß der Pariser-Verträge", versicherte Dr. Adenauer am 15. 12. 1954, „wird die Bundesrepublik eine sichere Basis gewinnen, von der aus sie die Politik der Wiedervereinigung mit Zuversicht führen kann." Im Mai 1955 führte er aus: „Die ganze atlantische Gemeinschaft wird jetzt für unser Ziel, die Wiedervereinigung, mit Macht eintreten und die Wiedervereinigung wird nun bald in Frieden und Freiheit kommen."

Wie oft ist das deutsche Volk durch solche Weissagungen getäuscht worden! Vor seinem Abflug nach Moskau 1955 sagte der damalige Kanzler:

> „Wir fahren mit dem festen Vorsatz nach Moskau, alles in unseren Kräften Stehende zu tun, was dem Frieden der Welt, der Freilassung der letzten Kriegsgefangenen und der Wiedervereinigung dient."

Aber als das Gespräch in Moskau auf die Wiedervereinigung kam, wich er aus und sagte, das Problem der Wiedervereinigung solle der bevorstehenden Oktober-Konferenz der Außenminister in Genf vorbehalten sein. Es sei deshalb keineswegs seine Absicht, dieses Verfahren durch eine zweiseitige Verhandlung zu verwirren.

Im Mai 1956 ließ Dr. Adenauer wissen: Wenn Chrustschow zweiseitige Verhandlungen über die Wiedervereinigung anbieten sollte, würde er keinerlei Antwort geben.

Dr. Thomas Dehler schrieb am 23. 1. 1958 folgendes zu der uns damals gebotenen, doch von Adenauer abgelehnten Chance:

> „Stalin hat uns damals angeboten: gesamtdeutsche freie Wahlen unter Viermächte-Kontrolle, Freiheit der Presse und so weiter und so weiter . . . Friedensvertrag, Abzug aller Truppen innerhalb eines Jahres, nationale Bewaffnung eines wiedervereinigten Deutschlands — von 300 000 Mann war die Rede —, keine Neutralisierung, nicht Neutralität war die Bedingung, sondern es war lediglich gefordert, daß Deutschland nicht in eine Militäralliance eintritt. — Und was das Schlimme war: Man hat nicht einmal darüber debattiert, man hat nicht einmal versucht, ein Wort zu wechseln."

Neulich beschäftigte sich mit den Wegen zur deutschen Einheit ein führender Kolumnist in einer süddeutschen Zeitschrift. Was nicht auf der Linie der offiziellen Politik der Unions-Parteien lag, bezeichnet er als „Trampelpfade", als „Abwege". Die CDU hat auf ihrem Parteitag in Hannover ihre unwandelbare Orthodoxie bekräftigt und jeden Gedanken an neue Entwicklungen verabscheut. Das Rezept des erwähnten Kolumnisten lautet: „Annäherung durch Wan-

d e l." Gemeint ist, der Kommunismus wird sich wandeln und sich uns, dem Westen, annähern müssen. Ich bin der Meinung, dieser Wandlungsprozeß dürfte sehr lange dauern. Darüber hinaus halte ich es für zweifelhaft, ob er je zur Wiedervereinigung führen wird. Je länger die beiden Teile Deutschlands getrennt sind, um so mehr wächst die Entfremdung. Hinzukommt, daß es in der Mentalität unseres Volkes liegt, ihm aufgezwungene politische Fakten als unabänderlich anzusehen.

U b e r p r ü f e n u n d U m d e n k e n !

Bundesaußenminister Dr. Gerhard Schröder hat sich kürzlich in München anders ausgedrückt, er wünscht einen besseren Kontakt zur Sowjet-Union und meint, der harte Notenaustausch mit Moskau dürfe nicht überbewertet werden. Trotz gegenteiliger Standpunkte könne man auf eine Besserung der Beziehungen hinarbeiten. Dieses Ziel zu erreichen, sei im wesentlichen eine Aufgabe der Diplomatie. Außenminister Schröder's Bemühungen, ein besseres Verhältnis zu Moskau zu schaffen, werden von der FDP anerkannt, aber keineswegs von seiner eigenen Partei. Aber warum hat gerade er den Draht zum Kreml abreißen lassen? Er hat doch den Botschafter Kroll, der mehr als jeder andere den Draht zu Chrustschow hatte, zurückgerufen, anstatt seine Dienstzeit zu verlängern. Was ist hinter den Kulissen vorgegangen, um den Mann, der das Vertrauen des Kreml-Gewaltigen hatte, abzuberufen und politisch still zu legen? Der neue Mann, der die Bundesrepublik jetzt in Moskau vertritt, hat nicht das Ohr von Chrustschow. Dem Vernehmen nach hat er bisher nur einmal offiziell mit dem Regierungschef gesprochen. Es sei denn, man rechnet die Begegnung anläßlich der Premiere des deutschen Zirkus in Moskau hinzu. Die Privataudienzen, die sein Vorgänger oft mit Chrustschow zusammenführten, finden nicht mehr statt.

Der frühere Botschafter Kroll gibt ein Gespräch mit Chrustschow wieder, der ihn eines Tages folgendermaßen angesprochen habe:

> „Sämtliche Verhandlungen zwischen uns und den Westmächten haben die deutsche Frage um keinen Schritt vorangebracht. Warum sollen wir weiter in den Wind reden, Sie und ich, wenn es um dieses Problem geht? Das beste ist, wir beginnen wirkliche Verhandlungen, um festzustellen, ob wir nicht untereinander zu einer Einigung kommen können. Ja, direkte Verhandlungen!"

Kroll kommentiert das so:

> „Die sehr realistische Haltung Chrustschows habe ich berücksichtigt, als ich meine Regierung drängte, die Chance zu ergreifen, die vielleicht in seinem Angebot direkter Verhandlungen lag. Was ist dabei herausgekommen? Ich weiß es nicht, denn Bonn hat meine Ratschläge nicht befolgt, und Chrustschow und ich haben nie richtig zu verhandeln begonnen."

Das ist die Resignation eines deutschen Botschafters, dem Steine in den Weg gelegt worden sind, weil man die Verständigung mit Rußland nicht wünschte.

Bonn fordert immer als ersten Schritt zur Wiedervereinigung „freie Wahlen", obwohl jeder aus 15jähriger Erfahrung weiß, daß diese Forderung nicht am Anfang von Verhandlungen durchgesetzt werden kann. So lange die Lage zwischen West und Ost gespannt ist, wird die Sowjet-Union nicht daran denken, das wirtschaftliche und militärische Potential des von ihr besetzten Gebietes dem Gegner bedingungslos zu überlassen.

Die Bonner Politik hat sich daran gewöhnt, sich nach dem Vorbild Amerikas zu richten. Nur scheint man in Bonn zu übersehen, daß gerade letzthin der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Senat, Senator Fulbright, eine auf-

sehenerregende Rede über die falschen Vorstellungen gehalten hat, die seit vielen Jahren die Außenpolitik der amerikanischen Weltmacht bestimmen. Mit Nachdruck forderte er eine Überprüfung und ein Umdenken. Ähnliche Gedanken äußerte Senator Mansfield.

In unserem im Konformismus erstarrten Bundesparlament werden Redner, die ein Umdenken fordern, in Acht und Bann getan. Es gehört bei uns Mut dazu, gegen Tabus anzugehen. Solchen Mut hat ein Mann wie Dehler jederzeit gezeigt, wenn er in der Öffentlichkeit unbequeme Wahrheiten sagte. Wer andere Wege zur Wiedervereinigung gehen will, als offiziell vorgeschrieben, macht sich verdächtig; bestenfalls darf man sich noch in die Gruppe der „Status-quo-Politiker" einreihen. Aber am allerbequemsten ist es, nichts zu tun, Freiheit und Wohlstand in der Bundesrepublik zu genießen und abzuwarten, bis sich der Osten „gewandelt" hat.

Immer noch „Politik der Stärke"?

Mit Recht hat der neue Kanzler zur Deutschland-Politik die Feststellung getroffen: „Es ist selbstverständlich, daß wir Deutsche in eigener Sache nicht Zuschauer des Geschehens sein können und sein wollen." Diese Erkenntnis hätte schon seinem Vorgänger kommen müssen, als er noch die Richtlinien der deutschen Politik bestimmte. Er hat viele Gelegenheiten, mit der Sowjet-Union ins Gespräch zu kommen, versäumt. Der von Herrn Adenauer in Moskau vereinbarte Botschafter-Austausch wurde nicht genutzt. Der erste Botschafter der Sowjet-Union in Bonn, Sorin, jetzt stellv. Außenminister der Sowjet-Union, wurde in Bonn kaum beachtet. Das ist ein Sachverhalt, auf den ich hinweisen muß, wenn ich die Aufrichtigkeit der Bonner Bemühungen um eine Wiedervereinigung in Zweifel stelle. Augenblicklich befindet sich in Moskau der Nachfolger Kroll's — Botschafter Groepper — in der gleichen Situation.

Zur Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Handelsvertrages erschien seinerzeit der stellv. Ministerpräsident der Sowjet-Union, Anastas Mikojan, in Bonn. Diesen Vertrag hätte auch der Botschafter Smirnow unterzeichnen können. Wenn aber die Sowjet-Union Herrn Mikojan nach Bonn entsandte, so war der Zweck der Übung, mit dem Bundeskanzler politische Gespräche zu führen. Diese Gelegenheit, die Wiedervereinigung ernsthaft ins Gespräch zu bringen, wurde wiederum nicht genutzt. Auch hier merkt man die Absicht und ist verstimmt.

Hat die Bundesregierung jemals die Noten der Sowjet-Union zum Anlaß genommen, mit diplomatischem Geschick Voraussetzungen für Wiedervereinigungsgespräche zu schaffen? War die Bundesregierung jemals geneigt, sich mit Plänen verantwortungsbewußter Politiker wie Pfleiderer, Eden, Rapacki u. a. ernsthaft zu beschäftigen?

Die Bundesregierung unter Adenauer hat niemals den Willen gezeigt, in bessere diplomatische Beziehungen zu der Nation zu kommen, auf die wir angewiesen sind, wenn wir die Einheit Deutschlands erreichen wollen. Nicht ohne Grund hieß diese politische Haltung der Bundesrepublik die „Politik der Stärke".

„Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit" hieß das Schlagwort, hinter dem nichts stand, was auch nur annähernd als eine deutsche Initiative der Ostpolitik bezeichnet werden kann. Man gedachte militärisch, wirtschaftlich und politisch so stark zu werden, daß die Sowjet-Union eines Tages zum Einlenken gezwungen wird.

Militärisch sind wir stark geworden. Nicht umsonst fließen Milliarden in die Aufrüstung. Es fliegen uns Broschüren ins Haus, aus denen hervorgeht, wie man sich durch gute Bunker schützen kann, worin das „ABC der Vernichtung" und das Bonner Schutzbaugesetz erwähnt werden. Laut Gesetz sollen demnächst Kin-

der bis zu 12 Jahren eine Erkennungsmarke tragen; der Entwurf eines Gesetzes über das zivile Schutzkorps im Zivilschutzdienst liegt ebenfalls vor; wir gehen Notstandsgesetzen entgegen, die durchaus geeignet sind, das Fortschreiten der Renazifizierung zu bewirken, wie die Einschränkung der vielen unerwünschten Pressefreiheit.

Wir kaufen Rüstungsschrott von den verbündeten NATO-Staaten, von den USA über Groß-Britannien bis zur Türkei. Der Reinfall mit der unbrauchbaren Türken-Munition hat 3/4 Milliarden gekostet. Zur Zeit sollen für die Hälfte von 156 000 Kraftwagen der Bundeswehr keine Fahrer vorhanden sein. Die Wagen verkommen auf den Kasernenhöfen und werden langsam zu Schrott.

Für den Aufrüstungsetat werden Milliarden zuviel ausgegeben. Den Herren, die mit so großem Eifer den Wehretat vertreten, sollte man das Studium des „Völkischen Beobachters" der Jahrgänge 1935 und so fort empfehlen. Sie könnten dort die gleichen Reden, die heute zu diesem Thema gehalten werden, mit genau den gleichen Argumenten von der Macht, die den Frieden erhalten soll, nachlesen. Deswegen habe ich auch als Einziger der Regierungskoalition bei der namentlichen Abstimmung mit „Nein" gestimmt.

Bonns Ansprüche sind illusionär

Auf dem Gebiet der Rüstung werden Milliarden verpulvert, die wir für andere Zwecke dringend nötig hätten. Dabei weiß niemand, ob die bisherige strategische Konzeption der Bundeswehr inzwischen durch das Umdenken in der Strategie überholt ist.

In der Wirtschaft haben wir es geschafft. Wir atmen immer mehr Höhenluft. Dennoch sind Erziehung, Wissenschaft, Forschung und Gesundheitswesen so zu kurz gekommen, daß nicht nur wertvolle Lehrkräfte abwandern, sondern auch neue nicht in ausreichendem Maße ausgebildet werden können. Auf diesem Gebiet können wir uns als ein unterentwickeltes Land bezeichnen. Hätte nicht ein Teil der vergeudeten Rüstungsmilliarden Besserem zugeführt werden können? Fehlt es nicht an Straßen, Schulen, Krankenhäusern? Wir haben von allen Kulturnationen die höchste Säuglingssterblichkeit. Unsere medizinische Forschung ist um Jahrzehnte zurückgeblieben. Die Kliniken sind unmodern. Wissenschaftler von Rang werden unterbezahlt. Für Forschungsarbeiten stehen oft nur primitive Kellerräume zur Verfügung.

Unsere Wiedervereinigungspolitik besteht darin, einen politischen Druck auf die neutralen Staaten auszuüben, damit sie die DDR nicht anerkennen. Sie haben sonst mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik zu rechnen. Mit dieser sogenannten „Hallstein-Doktrin" hat sich die Bundesrepublik selbst den Weg verbaut, mit den Staaten des Ostens diplomatische Beziehungen zu pflegen.

Um in den osteuropäischen Raum hineinzuwirken, müssen wir meiner Meinung nach die „Hallstein-Doktrin" über Bord werfen; sie trägt zur Überwindung der deutschen Teilung nicht bei. War der Abbruch der Beziehungen zu Belgrad etwa ein diplomatisches Meisterstück? Es war ein Prestige-Problem, weil wir uns durch die Hallstein-Doktrin die Hände gebunden haben.

Aber noch bedenklicher als das jugoslawische Musterbeispiel für die Anwendung der Hallstein-Doktrin wirkt unsere starre Haltung auf die afrikanisch-asiatischen Staaten. Diese haben unsere Achilles-Ferse bemerkt und nutzen dies weidlich aus. So manche Placierung unserer Steuergelder in Form der sogenannten Entwicklungshilfe ist nichts anderes als eine Investition, um zu verhindern, daß einer dieser jungen Staaten Pankow anerkennt.

Dabei wird der Anspruch Bonns, für ganz Deutschland zu sprechen, nirgendwo

in der Welt ernst genommen, genau so wenig, wie es in der Welt ein Land gibt, das bereit wäre, sich im Sinne deutscher Ansprüche für eine Änderung der Oder-Neiße-Linie einzusetzen.

Als Surrogat für diplomatische Beziehungen benutzen wir neuerdings Handelsmissionen. Solche werden — nicht ohne Erfolg — schon seit Jahren von der DDR in den neuen afrikanischen und asiatischen Ländern unterhalten. Wäre es nicht besser, wir würden besonders fähige Diplomaten in die Hauptstädte der östlichen Länder entsenden, damit sie dort um Verständnis für die deutsche Situation werben und uns politische Freunde schaffen könnten?

„Das Bewußtsein seiner Einheit war in dem deutschen Volke, wenn auch verhüllt, doch stets lebendig", sagte Bismarck. Adenauer dagegen äußerte sich am 30. 8. 1954 zu Pierre Mendès-France:

> „Sie verlieren nichts, wenn Sie die deutsche Wiedervereinigung opfern, aber ich. Doch wir sind bereit, sie zu opfern, wenn wir in ein starkes westliches Lager eintreten können . . . Vergessen Sie nicht, daß ich der einzige deutsche Kanzler bin, der die Einheit Europas der Einheit seines eigenen Vaterlandes vorzieht!"

In die Sackgasse geraten...

Der neue Kanzler, der im Ausland über ein beachtliches Kapital an „good will" verfügt, hätte eine Chance, sein Können unter Beweis zu stellen und sich nicht auf dem zunächst nicht begehbaren Weg zur politischen Union Europas zu verschleißen. Er könnte für eine nüchterne und realisierbare Vereinigungspolitik eintreten. Aber er hat es schwer. Noch herrscht der Geist Adenauers in den Unionsparteien.

Neulich war Erhard in seinem Haus am Tegernsee mit einigen Unentwegten wie Strauß, Barzel, Wagner zusammengekommen. Er wollte seinen Außenminister, da die deutsche Außenpolitik beweglicher gestaltet werden soll, aus dem Beschuß der CDU/CSU herausnehmen. Die Aussprache hatte ihren Ausgangspunkt in der Kritik, die der gescheiterte Strauß unentwegt an Schröder übt. Sachliches und Persönliches verquickte sich hier in übler Weise.

Es liegt an Erhard, ob der permanente Familienkrach in der größten Regierungspartei beigelegt wird. Vielleicht erinnert er sich bei diesem Anlaß auch der Äußerung des bekannten amerikanischen Journalisten Walter Lippman zu einer Zeit, als die Beziehungen zu den USA noch harmonischer waren:

> „Der Grund, warum die deutsch-amerikanischen Beziehungen unter Konrad Adenauer niemals stabil wurden, ist dieser: Er bestand immer darauf, daß wir eine Formel wiederholten, die es unmöglich machte, Deutschland wieder zu vereinigen, wenn wir nicht einen Weltkrieg auslösen wollten. Adenauer glaubte, immer wieder die Versicherung nötig zu haben, daß wir noch dieser unwirklichen und gefährlichen Formel folgten."

Unserer jetzigen politischen Führerschicht können wir, wenn wir auf die traurige Leistung der letzten 15 Jahre zurückblicken, nicht zutrauen, daß sie mit dem immer schwieriger werdenden Deutschland-Problem fertig wird. Am meisten Dynamik ist noch in der FDP zu finden. Allerdings unterliegt sie zu vielen äußeren Einflüssen. Sie lebt aus Schwäche mehr vom Kompromiß als von der politischen Aktivität auf dem heiklen Gebiet der Wiedervereinigung.

Es ist doch deutlich sichtbar, trotz allen Herumgeredes, daß seit Errichtung der Berliner Mauer die Politik der Bundesregierung in eine Sackgasse geraten ist. Die Politik der Stärke ist gescheitert. Mauern und Stacheldraht im geteilten Deutschland können nicht durch juristische Formeln überwunden werden, sondern allein durch politisches Handeln. Unsere Landsleute jenseits der Elbe erwarten von uns Initiativen und nicht Sonntagsreden oder „Status-quo-Geschwätz"! Un-

sere Beziehungen zum anderen Deutschland werden ausschließlich vom juristischen Standpunkt her beurteilt. Die politischen Wirkungsmöglichkeiten — und auf die kommt es an — scheinen mehr oder minder uninteressant.

Warum ist die Berliner Passierscheinaktion, die zu Weihnachten möglich war, gescheitert? Nur wegen der paar Postbeamten, die auf westberliner Boden stempelten? Warum hat man den von Ulbricht offerierten Zeitungsaustausch nicht sofort akzeptiert? Fürchten wir eine Infizierung durch die ostdeutsche Presse? Oder halten wir die „Süddeutsche Zeitung" und die Hamburger „Zeit" nicht für geeignet, drüben gelesen zu werden?

Im Dezember 1963 wurden in Düsseldorf zwei Abgesandte des ostzonalen Gewerkschaftskongresses in Leipzig, die vergebens zur Kontaktaufnahme beim DGB angeklopft hatten, verhaftet. Inzwischen wurden die beiden Männer von einer nordrhein-westfälischen Strafkammer zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen verurteilt: ihre „Tat" sei als staatsgefährdender Nachrichtendienst und verbotswidrige Fortsetzung der vom Bundesverfassungsgericht 1956 aufgelösten westdeutschen KP zu werten. Ist das nicht barer Unsinn? Landesbischof Lilje nennt im „Sonntagsblatt" den Fall eines der anschaulichsten Beispiele aus jüngerer Zeit für die Hypertrophie des politischen Staatsschutzes in der Bundesrepublik.

In dem Unbehagen über die Praxis unseres Staatsschutzes sind sich sogar CDU-Abgeordnete bemerkenswert einig. Der Strafverteidiger Dieter Posser konnte in einer Sitzung, an der Staatsanwälte, Polizeibeamte, Abgeordnete und Mitglieder des Rechtsausschusses teilnahmen, unwidersprochen sagen, daß die Staatsgefährdungsbestimmung weitgehendst dazu benutzt wird, politisch unerwünschte, wenngleich durchaus nicht konspirative Kontakte zur Zone zu kriminalisieren: Wer als Mitglied einer im Ulbricht-Staat bestehenden politischen Organisation, und dazu gehört auch eine Konsumgenossenschaft, zu einem anderen als ausschließlich privatem Besuch dienenden Zweck in die Bundesrepublik einreist, wird wegen Staatsgefährdung bestraft.

> Bischof Lilje konnte im „Sonntagsblatt" weiter feststellen: „Die im Jahre 1951 unter dem Eindruck der Korea-Krise und der Nachwirkung der Berlin-Blockade neu eingeführten, bis zum äußersten dehnbaren Staatsgefährdungs-Delikte . . . haben sich in den 13 Jahren ihrer Anwendung eher hemmend für den Prozeß einer freien geistigen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, denn förderlich für das Staatswohl erwiesen. Sie entsprechen der Vorstellung von einem unmündigen Staatsbürger, der der Strafdrohung als Korsett bedarf, weil er aus eigener Kraft und Einsicht der ideologischen Aggression keinen ausreichenden Widerstand zu leisten vermag."

Wiedereinigung in eigene Hände nehmen

Seit der Errichtung der Mauer ist bei vielen das uneingeschränkte Vertrauen zu unserer Schutzmacht, den Vereinigten Staaten von Amerika, erloschen.

Mir scheint es nach alledem sehr nötig zu sein, daß wir unser Schicksal selbst in die Hand nehmen, es sei denn, die deutsche Bevölkerung will sich weiterhin der Illusion hingeben, daß ihm die Wiedervereinigung durch die Großmächte eines Tages als Weihnachtsgabe überreicht wird.

Der westliche Teil Deutschlands ist ebenso wie der östliche Teil Deutschlands das Produkt der jeweiligen Besatzungsmacht. Ich wiederhole hiermit das, was ich in der „Abhördebatte" im Bundestag gesagt habe. Das Hör-mit-Spiel hat die Grenzen unserer Souveränität aufgezeigt. Beide Teile Deutschlands brauchen einander völkerrechtlich nicht anzuerkennen; beide sind ja nur provisorische Staatsgebilde.

Ich betrachte Deutschland immer noch als eine Einheit und beide Teile unseres

Landes als Provisorium und bin nach wie vor der Meinung, daß es unsere schon im Grundgesetz gestellte Aufgabe ist, die Einheit Deutschlands herbeizuführen. Nur muß man sich etwas dafür einfallen lassen.

Ob sich allerdings die Bundesregierung als „legitimer Sprecher für das ganze Deutschland" bezeichnen kann, ist auch angesichts der Tatsache, daß die Regierung der DDR nicht aus freien Wahlen hervorgegangen ist, eine einseitige und leider nutzlose Behauptung.

Der Fraktionsvorstand der FDP in Bonn ist der Auffassung, meine Behauptung, die sogenannte Bundesrepublik und die sogenannte DDR seien beide abhängig von den jeweiligen Besatzungsmächten, bedeute eine Gleichstellung der Bundesrepublik mit der DDR und stehe im Widerspruch zum Grundgesetz. Meine Erklärung vor dem Plenunm des Deutschen Bundestages gefährde den Rechtsanspruch der Bundesrepublik Deutschland, für das ganze deutsche Volk zu sprechen. Ich muß zu meinem größten Leidwesen feststellen, daß sich selbst in der Erinnerung führender FDP-Politiker historische Tatsachen völlig verwischt haben. Am 23. Mai 1949 — vor 15 Jahren — wurde die Bundesrepublik durch Zusammenschluß der drei Westzonen gegründet. Mit dieser Gründung trennten die Westdeutschen ihre politische Existenz von den in der 4. östlichen Besatzungszone lebenden Deutschen. Sie überließen sie dem Kommunismus, wobei sie den Anordnungen der Westmächte folgten, und wundern sich heute, daß aus dem verratenen Teil Deutschlands ein Staatsgebilde erwächst.

Die Bundesrepublik ist nur ein Teil des deutschen Reiches. Es ist gut gemeint, aber mehr nicht, wenn es in der Präambel zum Grundgesetz heißt: „Das deutsche Volk hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzureden versagt war." Ein billiger Trost für den Teil Deutschlands, den man bei einer übereilten Staatsgründung im Stich gelassen hat.

Der Rechtsanspruch der Bundesrepublik Deutschland, für das ganze deutsche Volk zu sprechen, steht nur auf dem Papier, wie jeder weiß, der Augen und Ohren hat. — Offenbar unter dem Druck des großen Koalitionspartners verlangt der Fraktionsvorstand von mir, durch eine Erklärung vor dem Plenum des Bundestages oder durch eine schriftliche Erklärung zum Bundestagsprotokoll, daß ich meinen Ausspruch korrigiere. Damit wird der Versuch gemacht, auch in der FDP das Recht der freien Meinungsäußerung zu unterdrücken und einen Abgeordneten, der aus ehrlicher Überzeugung der geschichtlichen Wahrheit dienen will, zu wahrheitswidrigen Aussagen zu veranlassen.

Wenn man an das Fortbestehen eines einzigen deutschen Staates glaubt, dann gibt es innerhalb dieses Staates weder eine „Staatsgrenze der DDR" noch eine „normale Grenze", sondern nur besatzungsrechtliche Demarkationslinien. Daß ich als Freier Demokrat nicht gewillt bin, die Freiheit auch nur auf Teilgebieten aufzugeben oder mich sogar der persönlichen Freundschaft derer zu versichern, die auf Deutsche schießen, welche der Unfreiheit entfliehen wollen, wird man mir zubilligen.

Wir haben die engste Bindung an den Westen gesucht und gefunden. Aber mit der Teilung unseres Landes sind wir nicht fertig geworden.

Wir suchen den richtigen Weg zur Beseitigung der von Moskau und Ostberlin aufgebauten Hindernisse auf dem Weg zur deutschen Einheit. Unsere Beziehungen zur Sowjetunion haben einen Tiefstand erreicht. Daß es soweit gekommen ist, ist nicht das alleinige Verschulden Moskaus.

Ich erwähne nur das Röhrenembargo. In der Frage des Röhrenembargos gegenüber der Sowjetunion wurde der Bundestag im März 1963 in die Irre geführt. In der entscheidenden Abstimmung verließ die CDU/CSU geschlossen den Raum, so daß der Bundestag um wenige Stimmen beschlußunfähig war.

Die TASS-Erklärung vom 8. 3. 1964 ist in Bonn auf entschiedene Ablehnung gestoßen. Darin befindet sich auch folgender Absatz:

> „Wenn unter den Zweiten Weltkrieg der Strich gezogen wäre, würde das dem Erstarken der Idee des Revanchismus in Westdeutschland ein Ende machen und die Lage im Zentrum Europas und in der ganzen Welt festigen. Für das deutsche Volk den Weg zur Wiedervereinigung auf friedlicher und demokratischer Grundlage bestätigen lassen, heißt, vor allen Dingen eine Annäherung der Bundesrepublik Deutschland mit der Deutschen Demokratischen Republik und Kontakte zwischen den beiden real bestehenden deutschen Staaten, die Schaffung einer Konförderation durchsetzen, wie dies die Regierung der DDR wiederholt vorgeschlagen hat. Das wäre an sich ein guter Beitrag zur Entspannung der Lage und zur Festigung der Sicherheit in Europa."

An anderer Stelle heißt es, „die Bundesregierung weiche dem einzig realen Weg zur Wiedervereinigung — dem Weg von Verhandlungen und Abkommen mit der DDR — aus".

Man kann über diese Erklärung denken wie man will. Sollte man nicht aber jede Möglichkeit prüfen, ins Gespräch zu kommen? Ein Land, das 1945 bedingungslos kapituliert hat, sollte vor allen Dingen auf Prestige-Grundsätze verzichten. Man sollte verhandeln, auch über die Konföderation. Oder fürchten sich 50 Millionen Deutsche vor 17 Millionen anderer Deutscher, von denen gewiß nur ein Teil Kommunisten sind? Ist Konföderation ein Risiko, wenn die Besatzungsmächte aus beiden Teilen abgezogen sind? Und wenn weiter Garantien aller Großmächte für die Sicherheit Deutschlands vorliegen? Wir bilden uns immer ein, den Russen Garantien anbieten zu müssen; viel nötiger brauchen wir Garantien für unsere Sicherheit von allen führenden Weltmächten.

Nach 18 Jahren, die vertan worden sind, sollte man nicht aufschreien, wenn ein Abgeordneter, der eine nationale Verantwortung fühlt, so etwas sagt. Man sollte darüber diskutieren. Bis zur Lösung dieses Problems aber sollten die Lebensbedingungen der 17 Millionen Menschen in Mitteldeutschland erleichtert werden. Unser ganzes Volk nimmt lebhaften Anteil an diesen Fragen, jedenfalls mehr, als es früher der Fall war. Damit wird die Tatsache unterstrichen, daß wir Deutschen uns mit der Teilung unseres Vaterlandes nicht abgefunden haben und auch in Zukunft nicht abfinden werden. Wir werden von denen, die eine Wiedervereinigung verschleppt haben, Rechenschaft fordern müssen. Otto von Bismarck hat gesagt:

> „Es war stets ein Fehler der Deutschen, alles erreichen zu wollen oder nichts und sich eigensinnig auf eine bestimmte Methode zu versteifen. Ich war dagegen stets erfreut, wenn ich der Einheit Deutschlands, auf welchem Wege auch immer, auch nur drei Schritte näher kam."

Für die Wiedervereinigung sollten wir zu jeder Art sinnvoller Verhandlungen mit jedermann bereit sein. Der Verzicht auf jede direkte Aktion, die für unsere Bonner Politik charakteristisch ist, drückt eine ideologische und diplomatische Kapitulation vor dem Kommunismus aus. Die anti-westdeutsche Propaganda der Sowjetunion ist an Verdrehungen reich. Dies entbindet uns aber nicht von der nationalen Pflicht, darüber nachzudenken, wie wir den toten Punkt in der Wiedervereinigungsfrage überwinden können.

Nicht länger warten!

Für unsere westdeutsche Politik erscheint es mir aber charakteristisch zu sein, daß wir das Deutschland-Problem anderthalb Jahrzehnte vor uns hergeschoben

haben. Dies zugelassen zu haben, ist die Schuld des westdeutschen Volkes. Sie reicht von Unterlassungssünden bis zur sträflichen Interesselosigkeit am Schicksal der Nation.

Die Herstellung der deutschen Einheit ist die deutsche Aufgabe schlechthin. Wer die deutsche Frage in die alleinige Zuständigkeit der Siegermächte verweist, der beweist damit nur, daß es ihm an Willen oder an der Fähigkeit fehlt, eigene Vorstellungen zur Lösung dieser Lebensfrage unseres Volkes zu entwickeln.

Mir liegt auch das Schicksal der politischen Gefangenen in Mitteldeutschland am Herzen. Sollten wir nicht versuchen, sie auszutauschen gegen die Kommunisten, die wir hierzulande in Haft haben? Sie sind härter behandelt worden als diejenigen, die in der Bundesrepublik zu hohen Ehren aufgestiegen sind und aufgrund ihrer erheblichen Beteiligung an der nationalsozialistischen Vergangenheit besser getan hätten, sich aus der Öffentlichkeit zurückzuziehen. So kann es kommen, daß Hubertus von Simpson, der Sohn des Schriftstellers William von Simpson (Die Barrings), bei dem Berliner Bausenator die Umbenennung des nach seinem Vater benannten Simpson-Weges in Berlin-Lichtenrade beantragt hat. Er begründete seinen Schritt mit der „immer schneller fortschreitenden Renazifizierung im öffentlichen Leben der Bundesrepublik und Westberlins". Er sei sicher, meinte Simpson, daß sein Vater — ein Opfer der Nazis — seinen Namen nicht als Aushängeschild für den gegenwärtigen Staat hergeben würde.

> „Eine andere Benennung wird sich ohne sonderlich viel Mühe finden lassen, etwa Globke-Weg oder Oberländer-Straße, Prof.-Heyde-Allee, Fränkel-Damm oder Minister-Krüger-Zeile", heißt es in dem Schreiben Simpsons an den Bau-Senator.

Den Bürgern in der Zone zu helfen, heißt noch lange nicht, aus Kommunisten Liberale zu machen. Ich würde mich jedenfalls nicht weigern, mit den Machthabern in Ostdeutschland zu verhandeln, weil es mir um die Nichtkommunisten in der Zone geht. Schließlich verhandelt auch die amerikanische Regierung mit der kommunistischen in Moskau. In der ganzen Welt sucht man den Ausgleich zwischen den totalitären Ostblockstaaten und den freiheitlichen Regierungen des Westens. Die Vereinigten Staaten von Amerika verhandeln auf breitester Ebene. Frankreich hat es sogar im Alleingang mit Peking versucht. Großbritannien handelt sichtbar und zweckmäßig. Nur das geschlagene und gespaltene Deutschland findet den Weg nicht zueinander. Es muß aber diesen Weg finden, auch wenn man sich die Machthaber im Osten nicht aussuchen kann. Letzten Endes lautet die Alternative: „Krieg oder Verständigung." Verständigung heißt aber verhandeln!

Wiedervereinigung durch Abwarten? Nein, im Gegenteil, wir haben die Pflicht, alles daranzusetzen, sie herbeizuführen. In der Präambel des Grundgesetzes, dem geltenden Verfassungsrecht in der Bundesrepublik heißt es:

> „Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden."

In der Entscheidungssammlung des Bundesverfassungsgerichts Band 5, Seite 120, ist folgendes zu lesen:

> „... aus der Präambel des Grundgesetzes ist für alle deutschen Staatsorgane der Bundesrepublik die Rechtspflicht abzuleiten, die Einheit Deutschlands mit allen Kräften anzustreben, ihre Maßnahmen auf dieses Ziel auszurichten und die Tauglichkeit für dieses Ziel jeweils als einen Maßstab dieser politischen Handlung gelten zu lassen ... Nach der negativen Seite bedeutet das Wiedervereinigungsgebot, daß die staatlichen Organe alle Maßnahmen zu unterlassen haben, die die Wiedervereinigung rechtlich hindern oder praktisch unmöglich machen ..."

Das ist die verbindliche Interpretation des Grundgesetzes. Es spricht die Gesamtheit aller Staatsbürger, das deutsche Volk, insbesondere aber Regierung und Parlament des freien Teiles unseres Vaterlandes an. Es fordert, jedwedes politisches Handeln dem Verfassungs-Primat der Wiedervereinigung unterzuordnen.

Hat unsere Bundesregierung jedwedes politisches Handeln dem Verfassungs-Primat der Wiedervereinigung untergeordnet? Ist sie sich der Schuld bewußt, daß sie vor 15 Jahren durch die Gründung der Bundesrepublik die Gründung der DDR provoziert hat?

Die Bundesregierung führt schon Verhandlungen durch untere Organe mit entsprechenden Stellen der DDR auf den verschiedenen Gebieten. Darum dürften offene direkte Gespräche der Spitzen beider Teilstaaten bei Unterrichtung der Großmächte über den Verlauf keine Schande sein.

Aber jede Verschleppung der Wiedervereinigung, fast 20 Jahre nach Kriegsende, ist eine Schande, auch für die Großmächte, die die Spaltung herbeigeführt haben und die sich in dieser Sache wohl kaum erfolgreicher bemühen werden als in anderen Problemen einst der Genfer Völkerbund oder andere überstaatliche Organisationen. Wir Deutsche müssen die Brücke schlagen. Das ist keine Illusion, sondern eine Frage des Willens. Nicht länger warten, sondern handeln!

Präses D. Ernst Wilm

Prager Christliche Friedenskonferenz und Evangelische Kirche in Deutschland

In einer der CDU nahestehenden Tageszeitung des westfälischen Raums hat Ulrich Planitz aus Bonn einen Artikel geschrieben mit der Überschrift: „Das Prager Kirchengespräch findet nicht statt." „ADN-Interview Hromádkas als Querschuß. EKD dachte an die Ökumene."

In diesem Artikel stellt Planitz einige Behauptungen auf, für die er, meine ich, erst einmal den Beweis erbringen muß; sonst sollte er sie nicht aufstellen, und die „Westfalenpost" oder „Ruhrnachrichten" sollten sie nicht unbesehen veröffentlichen. Sie setzen sich nämlich damit dem Verdacht aus, daß von ihnen das Störungsfeuer gegen das Gespräch zwischen der EKD und der Prager Friedenskonferenz ausgeht und nicht, wie Herr Planitz behauptet, von Seigewasser, Bassarak oder gar von Hromádka selbst, auf Grund „eines Winks aus dem Prager Hradschin oder gar aus Ostberlin". Die Behauptungen in besagtem Artikel sind schon darum schief, wenn nicht gar falsch, weil sie unter einer unwahren Überschrift stehen, nämlich der Überschrift: „Das Prager Kirchengespräch findet nicht statt." Woher weiß der Artikelschreiber das eigentlich? Er kann es weder von Präses Scharf noch von Professor Hromádka wissen, die sich beide um dieses Gespräch bemüht und dazu Vorgespräche geführt haben, und die beide nach wie vor wünschen und hoffen, daß dieses Gespräch stattfindet. Wahr ist an der Behauptung des Planitz-Artikels nur, daß es nicht zu dem zunächst vorgesehenen Termin (19.—23. Mai) stattfinden konnte. Aber vielleicht gehörte Herr Planitz und der Redakteur, der seinen Artikel in seine Zeitung aufgenommen hat, zu denen, die dem Gespräch zwischen EKD und Prager Friedenskonferenz schon

Das ist die verbindliche Interpretation des Grundgesetzes. Es spricht die Gesamtheit aller Staatsbürger, das deutsche Volk, insbesondere aber Regierung und Parlament des freien Teiles unseres Vaterlandes an. Es fordert, jedwedes politisches Handeln dem Verfassungs-Primat der Wiedervereinigung unterzuordnen.

Hat unsere Bundesregierung jedwedes politisches Handeln dem Verfassungs-Primat der Wiedervereinigung untergeordnet? Ist sie sich der Schuld bewußt, daß sie vor 15 Jahren durch die Gründung der Bundesrepublik die Gründung der DDR provoziert hat?

Die Bundesregierung führt schon Verhandlungen durch untere Organe mit entsprechenden Stellen der DDR auf den verschiedenen Gebieten. Darum dürften offene direkte Gespräche der Spitzen beider Teilstaaten bei Unterrichtung der Großmächte über den Verlauf keine Schande sein.

Aber jede Verschleppung der Wiedervereinigung, fast 20 Jahre nach Kriegsende, ist eine Schande, auch für die Großmächte, die die Spaltung herbeigeführt haben und die sich in dieser Sache wohl kaum erfolgreicher bemühen werden als in anderen Problemen einst der Genfer Völkerbund oder andere überstaatliche Organisationen. Wir Deutsche müssen die Brücke schlagen. Das ist keine Illusion, sondern eine Frage des Willens. Nicht länger warten, sondern handeln!

Präses D. Ernst Wilm

Prager Christliche Friedenskonferenz und Evangelische Kirche in Deutschland

In einer der CDU nahestehenden Tageszeitung des westfälischen Raums hat Ulrich Planitz aus Bonn einen Artikel geschrieben mit der Überschrift: „Das Prager Kirchengespräch findet nicht statt." „ADN-Interview Hromádkas als Querschuß. EKD dachte an die Ökumene."

In diesem Artikel stellt Planitz einige Behauptungen auf, für die er, meine ich, erst einmal den Beweis erbringen muß; sonst sollte er sie nicht aufstellen, und die „Westfalenpost" oder „Ruhrnachrichten" sollten sie nicht unbesehen veröffentlichen. Sie setzen sich nämlich damit dem Verdacht aus, daß von ihnen das Störungsfeuer gegen das Gespräch zwischen der EKD und der Prager Friedenskonferenz ausgeht und nicht, wie Herr Planitz behauptet, von Seigewasser, Bassarak oder gar von Hromádka selbst, auf Grund „eines Winks aus dem Prager Hradschin oder gar aus Ostberlin". Die Behauptungen in besagtem Artikel sind schon darum schief, wenn nicht gar falsch, weil sie unter einer unwahren Überschrift stehen, nämlich der Überschrift: „Das Prager Kirchengespräch findet nicht statt." Woher weiß der Artikelschreiber das eigentlich? Er kann es weder von Präses Scharf noch von Professor Hromádka wissen, die sich beide um dieses Gespräch bemüht und dazu Vorgespräche geführt haben, und die beide nach wie vor wünschen und hoffen, daß dieses Gespräch stattfindet. Wahr ist an der Behauptung des Planitz-Artikels nur, daß es nicht zu dem zunächst vorgesehenen Termin (19.—23. Mai) stattfinden konnte. Aber vielleicht gehörte Herr Planitz und der Redakteur, der seinen Artikel in seine Zeitung aufgenommen hat, zu denen, die dem Gespräch zwischen EKD und Prager Friedenskonferenz schon

lange vorher mit Unbehagen entgegengesehen haben und die wünschten, daß es nicht stattfinden werde. Und mancher hat bewußt oder unbewußt dazu beigetragen, dieses Gespräch nicht zustandekommen zu lassen, mancher in der DDR und in der Bundesrepublik, sei er Politiker oder Journalist oder Kirchenmann. Er muß sich, wer er auch sei, fragen lassen, ob er sich nicht damit der Störung des Friedens schuldig gemacht hat.

Hier muß ich noch einmal auf die anderen Behauptungen des Planitz-Artikels zurückkommen, für die, wie ich oben schrieb, ein Beweis erbracht werden muß. Ich zitiere aus dem Artikel:

> „Dennoch war es gerade Hromádka, der das Gespräch im letzten Augenblick vereitelt hat"; „daß Hromádka das Scheitern seiner Bemühungen um die EKD in Kauf nahm" — er hat es gar nicht in Kauf genommen (der Verfasser) —, „läßt sich deshalb nur mit einem Wink aus dem Prager Hradschin oder gar aus Ostberlin erklären"; „Der Staatssekretär für Kirchenfragen, Seigewasser, erhielt deshalb den Auftrag, das Gespräch in Prag zu torpedieren. Der Leiter der Evangelischen Akademie in Ostberlin, Bassarak, diente als Mittelsmann zu Hromádka".

Und schließlich endet dann der Artikel des Herrn Planitz mit dem bemerkenswerten Schlußsatz:

> „Nur unverbesserliche Optimisten können jetzt noch behaupten, die Prager Friedenskonferenz sei völlig unabhängig. Von dieser Entwicklung dürften besonders zwei westfälische Geistliche betroffen sein, die zu den eifrigsten Förderern der Prager „Friedenskonferenz" (diese Anführungsstriche stammen von Herrn Planitz. Der Vf.) gehören: Präses Wilm und der Dortmunder Oberkirchenrat Kloppenburg."

Zu diesem Schlußsatz hier zwei Anmerkungen: 1) Ich will lieber ein „unverbesserlicher Optimist" sein als ein Boykotteur eines klärenden und helfenden Friedensgesprächs; 2) Oberkirchenrat Kloppenburg wohnt zwar in Dortmund, ist aber kein „westfälischer Geistlicher"; Oberkirchenrat ist er dank seiner früheren Tätigkeit in der oldenburgischen Kirchenleitung; weil er Glied einer westfälischen Gemeinde ist, hat ihn die Kirchenleitung wegen seiner weiten ökumenischen Tätigkeit zum Mitglied der westfälischen Landessynode mit beratender Stimme berufen.

Aber nun zur Sache selbst: Verhältnis der EKD zur Frager Friedenskonferenz und die Schwierigkeiten beim Zustandekommen des Gesprächs zwischen beiden. Ich muß mich darauf beschränken, in Form von Thesen hierzu Stellung zu nehmen.

I. Das Für und Wider zur Prager Friedenskonferenz in der Evangelischen Kirche in Deutschland

1. Die Stellungnahme zur Prager Friedenskonferenz ist in der EKD sehr unterschiedlich; sie geht von der aktiven Mitarbeit bis zur schroffen Ablehnung, beides in der Bundesrepublik und in der DDR.

2. Die EKD hat zur vorigen „Allchristlichen Friedensversammlung" 1962 in Prag zwei Beobachter entsandt, einen für die evangelischen Kirchen in der DDR und einen für die in der Bundesrepublik. Sie hat beide Beobachter auch für die diesjährige Vollversammlung in Prag angemeldet. Die Zentrale des Weltkirchenrats in Genf entsendet ebenfalls einen Beobachter. Zwischen der Konferenz Europäischer Kirchen und der Prager Friedenskonferenz findet ein Austausch von Vertretern bei den beiderseitigen Tagungen statt.

3. Während die protestantischen und orthodoxen Kirchen in den Ostblockländ-

dern offizielle Delegierte auf die Allchristliche Friedenskonferenz entsenden, sind die Mitglieder dieser Versammlung aus der EKD und anderen westlichen Kirchen nicht von ihren Kirchenleitungen delegiert, sondern nehmen aus eigener Initiative teil. Einmal hat ein Bischof einer Gliedkirche der EKD versucht, seinen Pfarrern die Teilnahme zu verbieten, ist damit aber nicht durchgekommen. Andere Teilnehmer fanden eine stille Zustimmung ihrer Kirchenleitung zum Besuch der Friedenskonferenz, wieder andere wußten, daß ihre Kirchenleitung sie nur mit Unbehagen nach Prag fahren ließ. An der Allchristlichen Friedensversammlung 1962 nahmen Kirchenpräsident Niemöller und Präses Wilm teil, darüber hinaus Superintendenten, Pfarrer, Theologieprofessoren, Kirchenräte und viele Laien der evangelischen Kirche. Zur diesjährigen Vollversammlung der Prager Friedenskonferenz entsenden einige Landeskirchen, wie die hessen-nassauische, rheinische und westfälische Kirche, offizielle Beobachter.

4. Die Argumente gegen die Prager Friedenskonferenz in der EKD sind:

a) Ein besonderer ökumenischer Zusammenschluß neben der Genfer Ökumene und der Konferenz Europäischer Kirchen ist nicht nötig; die Bemühungen um den Frieden in der Welt können in den beiden eben genannten ökumenischen Zusammenschlüssen geschehen und geschehen dort auch.

b) Die Prager Christliche Friedenskonferenz wird in der Hauptsache von Christen aus kommunistischen Ländern getragen, die nicht frei sind, sondern auch mit ihrer Friedensarbeit unter kommunistischer Diktatur stehen. Der Friede, den sie wollen und um den sie sich bemühen, ist die „pax sovjetica" und steht unter dem Diktat von Moskau.

c) Professor Hromádka, der Gründer der Prager Friedenskonferenz und ihr Präsident, unterscheidet nicht klar zwischen dem Frieden Gottes und dem Frieden aus dem Evangelium auf der einen Seite und dem Frieden einer humanistischen, sozialistischen oder gar kommunistischen Ideologie. Das macht es den Christen in den nichtkommunistischen Ländern so schwer, mit ihm und der Prager Friedenskonferenz zusammen für den Frieden in der Welt einzutreten.

d) In der Bundesrepublik sind es vor allem die Leute der DFU, der Ostermarschbewegung u. ä., die in der Prager Friedenskonferenz mitarbeiten, in der DDR sind es die Vertreter des sozialistischen Pfarrerbundes und der dortigen CDU, und darum wird eine dementsprechende Politik z. B. in der Deutschlandfrage vertreten und auch von Hromádka in seinem Memorandum an die Kirchenleitungen der EKD vorgetragen. So ist die Prager Friedenskonferenz in einer ganz bestimmten Richtung politisiert, so daß politisch Andersdenkende nicht mitmachen können.

5. Die Argumente für die Prager Friedenskonferenz in der EKD sind:

a) Wir müssen es den Vertretern der Prager Christlichen Friedenskonferenz (CFK) abnehmen, daß es ihnen wirklich um den Frieden zwischen Menschen und Völkern geht und darum, daß wir alle Anstrengungen machen, zum Frieden zu helfen und den Krieg zu verhindern. Wo dieses Grundanliegen besteht, müssen wir Christen dabei sein, zumal wenn wir darüber beschwert sind, daß im deutschen Volk und in der deutschen Politik die Anstrengung für den Frieden und die Bereitschaft, für den Frieden Opfer zu bringen, zu gering sind.

b) Die Arbeit der Prager Friedenskonferenz geschieht bewußt als eine Arbeit der christlichen Kirchen und nicht zusammen mit der Arbeit der Weltfriedenskomitees, die unter kommunistischem Einfluß stehen. Sie will keine Konkurrenz

zur Ökumene sein, sondern in der Ökumene stehen, aber dort den besonderen Nachdruck auf die Friedensbemühungen legen.

c) In der Prager Friedenskonferenz haben wir die Möglichkeit, intensiver und lebendiger mit den Kirchen und Christen des Ostens zusammenzukommen und zusammenzuarbeiten. Weil uns und den Christen aus den kommunistischen Ländern nach Lage der Dinge diese Chance gegeben ist, wollen wir sie wahrnehmen. Dabei meinen wir nicht nur, daß wir durch die Kommunikation mit den Brüdern und Schwestern drüben ihnen einen christlichen Dienst tun, sondern auch, daß wir von ihnen, die in einer völlig anderen Situation ihre christliche und kirchliche Existenz zu bewähren haben, Notwendiges und Wesentliches für unser Christsein im Westen, auch was unsere christliche Verantwortung für den Frieden betrifft, lernen können.

d) Wer nach Prag geht und an der Allchristlichen Friedensversammlung teilnimmt, braucht seine Freiheit nicht zu verkaufen und braucht das Evangelium nicht zu verraten. Er hat die Möglichkeit, seine Meinung frei und offen zu vertreten; ja, er ist darum ausdrücklich von der Leitung der Friedenskonferenz gebeten. Unter Umständen wird er Widerspruch finden, und es wird an ihm liegen, ob und wie er seine Sache vertritt. Wie kann es in unserer heutigen Situation anders zur Auflösung des Kalten Krieges kommen als so, daß wir ganz ernst, wahrhaftig und gründlich miteinander reden, und als so, daß wir in dem andern Menschen unsern Bruder erkennen.

e) Zugegeben, daß Hromádka eine bestimmte theologische Konzeption von Friede vertritt, zugegeben, daß er zur sozialistischen Gesellschaft eine positive Haltung hat, zugegeben, daß er in der Deutschlandfrage, z. B. was die Anerkennung zweier vorläufiger deutscher Staaten betrifft, eine Meinung hat, die derjenigen der kommunistischen Politik sehr nahekommt, so hat er doch das Recht zu solcher Meinung, zumal er nicht von uns verlangt, daß wir dieselbe Meinung haben. Aber wir können doch nicht von ihm bzw. der Mehrheit der Prager Friedenskonferenz verlangen, wie Bischof Dibelius, daß sie eine Mitschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg verneint, oder wie andere, daß sie die Hallstein-Doktrin anerkennt, die nicht einmal in der Bundesrepublik von allen anerkannt, ja, nicht einmal von der Bundesregierung konsequent eingehalten wird.

Wenn wir wirklich Frieden wollen, müssen wir auch mit denen, die eine andere politische Meinung haben, sprechen.

II. Die Schwierigkeiten für das Zustandekommen des Gesprächs zwischen der EKD und der Prager Christlichen Friedenskonferenz

1. Wer in der Situation des Kalten Krieges zwischen West und Ost Kontakte mit der anderen Seite aufnimmt, auch zwischen Christen und Kirchen, wer Brücken über die Gräben und Durchlässe durch die Mauern zu schlagen versucht, setzt sich in Deutschland immer bösen und oft genug verleumderischen Angriffen aus. Vor Jahren wurden diejenigen angegriffen, die die ersten Besuche in der russisch-orthodoxen Kirche machten; heute gilt ein solcher Besuch als eine seriöse ökumenische Angelegenheit. Vor Jahren setzten sich diejenigen der Diffamierung aus, die daran gingen, einen Zusammenschluß der Kirchen Europas in Ost und West zustande zu bringen; heute ist die Konferenz Europäischer Kirchen eine hochoffizielle ökumenische Versammlung. Aber die Prager Christliche Friedenskonferenz muß nun herhalten. Heute sind wir, die bei ihr mitmachen, „unverbesserliche Optimisten" — das ist übrigens eine verhältnismäßig milde Bezeichnung! —; damals waren wir „Schwärmer", „Pazifisten", „Freibeuter", „Partisanen" und „Kosaken".

Ist es zu verstehen, daß die also Angegriffenen sich nicht mehr besonders auf-

regen? Es scheint doch in Deutschland immer noch furchtbar schwer zu sein, dem andern seine andere Haltung zu lassen.

2. Wenn man in der augenblicklichen Situation des Kalten Krieges mit dem andern sprechen oder verhandeln will, gibt es einige neuralgische Punkte, die man übergehen und um die man herumgehen muß. Sonst kommt kein Gespräch zustande. Das ist so bei den Passierscheinverhandlungen, und das ist so bei dem Gespräch zwischen EKD und Prager Friedenskonferenz. Bei letzterem ist ein neuralgischer Punkt weniger die Einheit der EKD — die war nicht in Frage gestellt, jedenfalls von Hromádka nicht — auch weniger der Rat der EKD — Hromádka hat ja mit dem Ratsvorsitzenden Präses Scharf als solchem verhandelt —, sondern eigentlich nur die Vokabeln „EKD", „Rat der EKD", „Delegation der EKD", wirklich nur diese Vokabeln. Die hätte man umgehen sollen und die hat man auch umgehen wollen. Aber dann fanden sich die Leute, die entweder taktlos und verständnislos, oder bewußt, um zu stören, gerade an diesen wunden Stellen herumdrückten; sie fanden sich aus Ost und West, sie provozierten den einen oder den andern Gesprächspartner, weil sie genau wußten, daß er in einer Zwangslage war, sie preßten seine Auskunft und traten sie breit, bis die Verwirrung und der Schaden so groß waren, daß das Gespräch vorläufig nicht zustandekommen konnte. Und die Gegner des Gesprächs auf beiden Seiten triumphierten!

3. Darum sei hier noch einmal festgehalten: Präses Scharf wollte das Gespräch in Wahrhaftigkeit, und Professor Hromádka wollte es ebenso; sie wollen es beide noch! Hromádka hat es auf sich genommen, mit dem „Ratsvorsitzenden" Präses Scharf das vorbereitende Gespräch zu führen, und hat die Vorschläge Scharfs für die Gesprächsteilnehmer aus der evangelischen Kirche in beiden Teilen Deutschlands entgegengenommen, obwohl darunter Namen von Männern waren, die durchaus kritisch zur Prager Friedenskonferenz stehen. Scharf hat sich immer wieder um das Zustandekommen des Gesprächs bemüht, obwohl ihm Viele geraten haben, diese Bemühungen aufzugeben. Jeder von beiden steht in seiner politischen Umwelt und hat es darum nicht leicht. Wer diese Männer in ihrem ehrlichen Bemühen stört, handelt gegen den Frieden.

4. Es muß hier einmal nachdrücklich gesagt werden: Wenn wir an der Einheit der EKD festhalten, dann hat das weder mit der Anerkennung zweier politischer Staaten in Deutschland zu tun, noch mit dem Anspruch der Bundesregierung, der einzige und auch für die Menschen in der DDR zuständige deutsche Staat zu sein. Diese politischen Forderungen stehen auf einem ganz anderen Blatt. Darüber sind die Meinungen unter den evangelischen Christen in Deutschland verschieden. Ich persönlich habe viel Verständnis für die Meinung, daß dem Provisorium der Bundesrepublik auf der einen Seite das Provisorium der Deutschen Demokratischen Republik auf der anderen Seite entspricht. Die Christen in der DDR sind Bürger des dortigen Staatswesens und haben dort ihre Obrigkeit, ob wir das begrüßen oder nicht. Ein geeinigtes Deutschland kann nur durch eine Selbstbestimmung, deren Freiheit geschützt werden muß, entstehen. Ob darüber die USA und die Sowjetunion entscheiden oder wir Deutschen selber uns deswegen an einen Verhandlungstisch setzen, muß überlegt werden. Wenn nur unsere Politik endlich beweglicher würde und aus ihrem Festgefahrensein endlich herauskäme!

Aber nochmal: Um die Gemeinschaft der evangelischen Christen in dem einen und anderen Teil Deutschlands ist es etwas ganz anderes. Mit der Vertretung dieser Einheit der EKD wird kein politisches Prinzip vertreten. In dieser unserer Gemeinsamkeit wollen wir Taten des Friedens tun! Wir bitten, uns darin frei sein zu lassen.

William Borm, MdA

Eine Stimme aus Berlin

Wir haben das Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes der Freien Demokratischen Partei, den Vorsitzenden des Landesverbandes Berlin der FDP, William Borm, gebeten, uns zu den Problemen der Politik in Berlin und in der Bundesrepublik Deutschland seine Ansichten zu übermitteln. Nachstehend veröffentlichen wir die uns von Herrn Borm, der Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses ist, übermittelten Antworten auf unsere Fragen:

Frage:

Welche Erfahrungen haben sich für die FDP aus der in Berlin seit dem 17. 2. 1963 bestehenden Koalition mit der SPD ergeben? Dürften sich Auswirkungen auf die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik ergeben?

Antwort:

Die Bedeutung Berlins, der legitimen deutschen Hauptstadt, stellt an die Verantwortung von Regierung und Opposition besondere Anforderungen: Was hier geschieht, ist von weit größerem Gewicht als bei anderen Landesregierungen. Darauf ist es mit zurückzuführen, daß die SPD nach den letzten Berliner Wahlen der FDP angeboten hat, mit ihr den Senat zu bilden, obgleich das Stimmenverhältnis von 62% der SPD die Möglichkeit gegeben hätte, eine Einparteienregierung zu bilden. Dies aber wäre gerade in Berlin optisch höchst ungünstig. Beide Koalitionspartner sind stets bemüht, über das parteipolitische Interesse hinaus übergeordnete Werte anzuerkennen. Daß dieses Bemühen nicht ohne Erfolg geblieben ist, beweisen die demoskopischen Erhebungen, nach denen die Berliner Bevölkerung der derzeitigen Regierung ständig steigendes Vertrauen entgegenbringt. Soweit es dabei die Berliner FDP betrifft, liegt diese derzeit bei ca. 15,9%, dies eindeutig zu Lasten der CDU!

Die Berliner Regierungskoalition hat sich als aktionsfähig erwiesen und kann auf beachtliche Erfolge hinweisen, deren Bedeutung weit über Berlin hinausreicht, so in der Frage der Passierscheinübereinkunft. In Berlin können wertvolle Erfahrungen gesammelt werden, ob und inwieweit es möglich ist, durch pragmatische, praktische Maßnahmen ein weiteres Auseinanderleben der getrennten Teile Deutschlands zu vermeiden. Über die menschliche Notwendigkeit hinaus bleibt es von großer politischer Bedeutung, daß 1,2 Millionen Westberliner auf Grund der Passierscheinübereinkunft mit 4 Millionen Bürgern aus allen Teilen Mitteldeutschlands haben sprechen können. Diese Möglichkeit war nicht gegeben, solange die Praktiken und Maximen des Kalten Krieges bestimmend für die Richtung der Politik in beiden Teilen Deutschlands waren. Eine der Auswirkungen des Kalten Krieges war, daß beide Teile Deutschlands im Schwarz-Weiß-Denken und in der Schwarz-Weiß-Propaganda einander gegenüberstanden. Dies führte auch in der Bundesrepublik zu manchen Hemmungen, Verklemmungen und Unzulänglichkeiten. Ich werte es als ein großes Aktivum, daß gerade von Berlin aus der Beweis dafür angetreten werden konnte, daß es bei gegenseitigem guten Willen möglich ist, die Last des Kalten Krieges zu mildern, die gerade in Berlin besonders schwer fühlbar ist. Wir sollten uns davor hüten, auf den voraussehbar gewesenen Versuch der Machthaber in Mitteldeutschland, aus der Passierscheinübereinkunft politisches Kapital zu schlagen, nervös zu reagieren oder gar diese Ver-

suche zum Anlaß zu nehmen, auf dem erfolgreich begonnenen Weg umzukehren. Ich bedauere aufrichtig, daß offensichtlich die Politik mancher Mitglieder der CDU, deren Namen nicht besonders genannt zu werden brauchen, sich mehr an Prestigefragen und juristischen Positionen orientiert statt an den Notwendigkeiten, ein weiteres Auseinanderleben der Deutschen zu verhindern. Die Lösung der deutschen Frage liegt nicht nur im deutschen Interesse, sondern ist geradezu die Voraussetzung für den Erfolg einer Politik, die die Einigung Europas zum Ziel hat.

Es ist verständlich, daß diejenigen Generationen, die den Ersten und Zweiten Weltkrieg bewußt miterlebt und erlitten haben, allergisch reagieren in Erinnerung an manche Irrwege der deutschen Politik. Die in den beiden Teilen Deutschlands inzwischen herangewachsene Jugend jedoch ist von tragischen Erinnerungen an die Vergangenheit oder gar von Verantwortung dafür frei. In dieser Tatsache sehe ich große Möglichkeiten, die energisch genutzt werden sollten.

Frage:

Welche Schritte erscheinen Ihnen in Hinsicht auf die Passierschein-Verhandlungen notwendig? Wie beurteilen Sie in dieser Hinsicht die Haltung der CDU in Berlin und des Bundeskanzlers und seiner Partei?

Antwort:

In der Antwort auf Ihre erste Frage habe ich den Auswirkungen der Übereinkunft über Passierscheine bereits eine besondere Bedeutung beigemessen. Dieses hatte die Gemüter in Deutschland heftig erregt, weil es sich hierbei um den ersten Versuch gehandelt hat, aus dem starren Dogma einer unbeweglichen Deutschland-Politik herauszukommen. An der Bewertung der Übereinkunft scheiden sich die Geister. Durch einstimmigen Beschluß hat der letzte Landesparteitag der Berliner FDP entschieden, daß eine weitere Übereinkunft für Ostern und Pfingsten 1964 der deutschen Sache dienlich gewesen wäre. Besonders der Berliner CDU jedoch war das schlechthin ein Dorn im Auge. Es ist ihr gelungen, im Verein mit gewissen Kräften der CDU in der Bundesrepublik den Abschluß einer gleichen Übereinkunft zu Ostern und Pfingsten zu verhindern. Zu der Haltung des Bundeskanzlers muß festgestellt werden, daß er bei Abschluß der Übereinkunft am 17. Dezember 1963 zugestimmt hatte, daß er jetzt aber davon abrückt.

Es ist bedenklich für die weitere Entwicklung der deutschen Demokratie, daß die größte Partei, die CDU/CSU, in ihrer politischen Zielsetzung völlig zerstritten ist. Es ist einmalig in der deutschen Parteiengeschichte, daß der Exponent der deutschen Außenpolitik, der Bundesaußenminister, ausschließlich von Mitgliedern seiner eigenen Partei hart berannt wird, während die FDP und die Opposition seiner Politik im wesentlichen zustimmen. Wenn sich die Gegensätze in der CDU weiterhin ständig verschärfen sollten, so muß einmal der Zustand eintreten, daß diese Partei regierungsunfähig wird. Ich hoffe, daß auch in der CDU diejenigen Kräfte die Oberhand gewinnen, die sich nicht mehr der Erkenntnis verschließen, daß die Weltpolitik in Bewegung geraten und daß es notwendig ist, daß die deutsche Politik dieser Tatsache Rechnung trägt. Jede echte Politik ist mit einem gewissen Risiko behaftet. Dies gilt nicht nur für die Politik der Bundesregierung, sondern ebenso für die Politik der Ostblockstaaten und damit auch für Herrn Ulbricht. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, anzunehmen, daß eine Politik des Nichtstuns ein solches Risiko ausschließen würde. Sie führt vielmehr geradewegs dazu, daß die Entscheidungen ohne Mitwirkung Deutschlands getroffen und damit gegen unsere Interessen.

Frage:

Worin sehen Sie die Möglichkeiten einer beweglichen und konstruktiven Deutschlandpolitik? Welche hemmenden Faktoren gibt es nach Ihrer Auffassung in der heute betriebenen Deutschlandpolitik?

Antwort:

Der vorstehenden Frage ist im Rahmen einer kurzen Antwort schwer gerecht zu werden, da sie gewissermaßen ein Programm herausfordert. Dennoch will ich versuchen, kurz zu antworten:

Eine bewegliche und konstruktive Deutschlandpolitik muß von drei Voraussetzungen ausgehen:

- Wir können nichts erreichen ohne die Mithilfe unserer Verbündeten im freien Teil der Welt.
- Wir können nichts erreichen gegen den Willen der Sowjetunion, die ihrerseits wiederum auf ihre Verbündeten Rücksicht nehmen muß.
- Wir werden nichts erreichen, wenn wir nicht unseren Freunden und unseren Gegnern gegenüber glaubhaft machen, daß es das erste Ziel der deutschen Politik ist, die getrennten Teile des Volkes wieder zusammenzuführen.

Wenn wir heute feststellen, daß unsere Freunde gegenüber der Forderung des Bundesaußenministers nach Unterstützung unserer Vereinigungspolitik eine sehr reservierte Haltung einnahmen, so dürfen wir nicht außer Acht lassen, daß die deutsche Politik in der Vergangenheit selbst zu einer derartigen Haltung geradezu ermuntert hat. Mit geänderten Vorzeichen gilt die gleiche Feststellung auch gegenüber unseren Gegnern. Wenn wir in unserem Hauptanliegen Erfolg haben wollen, so müssen wir zunächst unseren Freunden klarmachen, daß auch wir ein Recht haben auf gewisse Forderungen, die für die Zukunft unseres Volkes lebenswichtig sind. Solche Forderungen sind legitim, und es gibt weder im Westen noch im Osten Regierungen, die bei ihren Entschlüssen die eigenen Notwendigkeiten in dem gleichen Maße außer Acht lassen, wie wir es bisher als Vorleistung getan haben. Es ist jetzt an der Zeit, unsere Freunde beim Wort zu nehmen und sie zu veranlassen, gemeinsam mit uns dort den Hebel anzusetzen, wo bisher unsererseits zu wenig geschehen ist: bei der Sowjetunion.

Die Sowjetunion ihrerseits muß davon überzeugt werden, daß auf lange Sicht ihr größerer Vorteil nicht in einer ständigen Gegnerschaft zum deutschen Volke liegen kann, daß es nicht nur für sie, sondern für ganz Europa von entscheidender Bedeutung ist, daß der ewige Unruheherd im Herzen Europas beseitigt wird. Die Sowjetunion kann nicht damit rechnen, daß der innere Widerstand der Menschen in Mitteldeutschland umschlägt in eine Bejahung des Systems, das dort heute die Macht ausübt. Ebenso unmöglich ist es, gegen den Willen der erdrückenden Mehrheit der dortigen Bevölkerung zu regieren.

Im Zusammenhang mit dem bereits zuvor Gesagten möchte ich nun noch einige Gedanken äußern zu, wie mir scheint, durchaus gegebenen praktischen Möglichkeiten einer beweglichen und konstruktiven Deutschlandepolitik.

Der Kalte Krieg hat dazu geführt, daß die Möglichkeiten, durch sachliche technische Kontakte unsachliche Gegensätze zu überwinden oder zu überbrücken, ungenutzt blieben. Den Nutzen davon hatten die Unbelehrbaren, den Schaden unser Volk. Als Stätte solcher notwendigen technischen, sachlichen Gespräche bietet sich das Gemeinwesen Berlin, das widernatürlich getrennt wurde, von der Natur her geradezu an.

Auf welchen Gebieten immer solche Gespräche stattfanden, in Hinsicht auf die

Stadtplanung, die Verkehrsplanung, die Planung technischer Einrichtungen, hatten sie bisher sachlichen Erfolg. Und überall an den willkürlich gezogenen Grenzen in Deutschland besteht das gleiche Bedürfnis nach solchen technischen Kontakten. Sind nicht die Kontakte im Rahmen der Interzonenhandelsstellen ein überzeugender Beweis für die Erfolgsmöglichkeiten nüchterner, zweckgebundener Fachgespräche?

Als nächste Aufgabe dürfte sich die Notwendigkeit ergeben, den Reiseverkehr zu normalisieren. Alle s dies sind notwendige Schritte, um das weitere Auseinanderleben der Deutschen zu verhindern. Es sind zudem Schritte, die Zeit zweckentsprechend auszufüllen, die bis zu weitergehenden politischen Übereinkünften sicher noch vergehen wird. Soweit ich als Berliner spreche, der die Auswirkungen der Passierscheinübereinkunft vom 17. Dezember 1963 kennt, weiß man, daß meine politischen Freunde und ich die Wiederholung des Weihnachtsabkommens zu Ostern und Pfingsten für notwendig gehalten haben.

Hemmende Faktoren, die der sachlichen politischen Entwicklung im Wege stehen, sehe ich darin, daß wir der Aussprache mit unseren Freunden und unseren Gegnern über das Gesicht eines zukünftigen Deutschlands bereits viel zu lange ausgewichen sind. Wir müssen den Mut finden, uns dieser Auseinandersetzung zu stellen. Das kann nur dadurch geschehen, daß wir die Position eines echten Verhandlungswillens beziehen und daß wir den Mut haben, über die Mauern vieler überlebter Tabus hinwegzuschauen. Da kriegerische Lösungen ausscheiden und vom deutschen Volk abgelehnt werden, bleibt als weitere Aufgabe bestehen, unseren Verhandlungspartner gegenüber deutlich zu machen, daß wir auch keinem revisionistischen Gedanken huldigen, vielmehr daß wir lediglich die Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes im Auge haben. In der Konsequenz wird sich früher oder später, wenn gewisse Anfangserfolge sichtbar werden, die Frage nach dem Wert und der Bedeutung der beiden Bündnissysteme NATO und Warschauer Pakt stellen. Diese beiden Pakte sind militärischer Natur. Es sollte die Aufgabe der deutschen Politik sein, diese militärischen Systeme durch eine echte politische Konzeption zu überwinden.

Voraussetzung für eine solche Position unserer Politik ist jedoch, daß wir glaubwürdig sind, sowohl bei unseren Freunden wie auch bei unseren Verhandlungsgegnern. Solche unverantwortlichen Äußerungen, wie sie kürzlich wieder Herr Seebohm getan hat, erschüttern die Glaubwürdigkeit, wenn ihnen offiziell höchstens ein milder Tadel folgt. Maßlose Angriffe auf den Bundesaußenminister wegen seiner gegenüber dem früheren Zustand veränderten Politik gerade aus bestimmten Kreisen der eigenen Partei sind ebenfalls nicht geeignet, die Glaubwürdigkeit der deutschen Politik zu erhärten.

Frage:

Wie stehen Sie zu einem neuen europäischen Sicherheitssystem, das an die Stelle der jetzigen Machtblöcke treten könnte?

Antwort:

Politische Aktivität nicht nur in Europa, sondern auf dem ganzen Erdball vollzieht sich unter den Gegegebenheiten des atomaren Gleichgewichts. Die alte These von Clausewitz gilt nicht mehr, nach welcher ein Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist. Das Gleichgewicht des Schreckens kann auf die Dauer niemals eine brauchbare Grundlage für das Zusammenleben der Völker bleiben. Beide Machtblöcke und die darin vereinigten Völker, jedoch auch die blockmäßig nicht gebundenen Völker, haben ein legitimes Interesse an ihrer Sicherheit. Auch das deutsche Volk! Unter diesen Umständen kann das Endziel

jeder deutschen Politik nur in der Schaffung eines neuen europäischen umfassenden Sicherheitssystems bestehen. Nur so kann unter Wahrung der Interessen aller Beteiligten das labile Gleichgewicht des Schreckens in einen stabilen Zustand abgewandelt werden. Als Voraussetzung für einen derartigen Zustand muß die militärische Stabilität auf der Grundlage drastisch herabgesetzter Rüstungsstärken herbeigeführt werden. Die Stärke von Rüstungen darf die Sicherheitsschwelle nicht überschreiten, d. h. daß Aggressivitätsmöglichkeiten durch einseitige überlegene Rüstung ebenso ausgeschlossen sein müssen, wie das Gefühl ohnmächtiger Hilf- und Schutzlosigkeit. Zu berücksichtigen ist auch, daß sich das Verhältnis der beiden Weltmächte, USA und UdSSR, zu ihren Verbündeten insoweit ständig verändert, als das gemeinsame Interesse dieser beiden Supermächte mehr und mehr an Gewicht gewinnt, das darin besteht, daß sie sich wegen der Interessen ihrer Verbündeten nicht in einen selbstmörderischen Atomkrieg hineintreiben lassen werden. Das Problem liegt in der Notwendigkeit, das Mißtrauen zu überwinden und auf politischem Wege echte Stabilität zu erreichen. Derzeit versuchen Politiker, Militärs sowie Staats- und Völkerrechtler den schwarzen Peter unter sich hin- und herzuschieben. Es ist an der Zeit, die Verantwortlichkeit aller für die Aufrechterhaltung des Friedens zu erkennen und daraus die Konsequenzen zu ziehen. Es mag noch nicht viel sein, und dennoch ist das, was Präsident Kennedy begonnen hat und was von Präsident Johnson und Ministerpräsident Chrustschow fortgesetzt wurde, ein ermutigender Beginn: Begrenzung der Rüstungsetats, Stopp der Plutoniumsfertigung und Stopp der Atomtests. Echte Politik kann unter den gegebenen Umständen nur die Politik der Vernunft sein anstelle des nicht abschätzbaren Kisikos des Kalten Krieges. Wir sollten uns nicht scheuen, das Risiko des Friedens einzugehen; denn die freiheitliche Lebensgestaltung ist auf die Dauer stärker als totalitärer Machtwille, dann werden wir das Risiko des Krieges endgültig überwunden haben.

Frage:

Welche Aufgaben halten Sie für vordringlich, um deutscherseits wissenschaftlich, technisch und kulturell den Wettbewerb mit dem Osten zu bestehen?

Antwort:

Ich begrüße es, daß Sie der Wissenschaft und der Kultur im Wettbewerb mit dem Osten die gleiche Bedeutung beimessen wie der Technik. Wissenschaft und Kultur sind geistige Güter, Technik ist eine materielle Angelegenheit. Bei der Auseinandersetzung mit dem Osten huldigten wir bisher der Anschauung, daß bessere Maschinen, bessere Waffen und besserer Lebensstand den Ausschlag geben müßten. Wäre dies richtig, so wäre angesichts des Übergewichts an diesen Gütern auf westlicher Seite die Entscheidung längst zugunsten des Westens gefallen. Wir müssen aber feststellen, daß der Osten von Jahr zu Jahr stärker geworden ist, trotz materieller Unterlegenheit. Daraus ist nur der Schluß zu ziehen, daß mit materiellen Dingen allein die Entscheidung nicht erzwungen werden kann; denn es handelt sich um eine geistige Auseinandersetzung mit der Idee des Kommunismus. Unverkennbar hat sich das Gesicht der Totalität auch in der SU bereits erheblich gewandelt. Das Schlagwort „Entstalinisierung" bedeutet nichts weiter als die unumgänglich gewordene Anpassung an einen innenpolitischen Reifeprozeß innerhalb der UdSSR. Auch der Kommunismus braucht, wenn er erfolgreich bestehen will, die Mithilfe einer geistig hochstehenden und disziplinierten Bevölkerungsschicht mit eigenen freiwilligen Leistungen. Das kann nicht ohne Rückwirkung bleiben auf die Mentalität der Gesamtbevölkerung, ein Vorgang, der gemeinhin als Liberalisierungsprozeß bezeichnet wird. Je weiter dieser

Liberalisierungsprozeß fortschreitet, um so mehr wird die Notwendigkeit geringer, Zwang gegenüber der Bevölkerung auszuüben. Gleichzeitig aber steigt der Wille zu freiwilliger Leistung dessen, was erzwungen wurde. Dem hat der Westen folgendes entgegenzusetzen:

- den Willen, die Freiheit mit allen Konsequenzen, die sich daraus ergeben, kompromißlos zu wahren,
- die Wissenschaft zur höchsten Blüte zu führen, um geistig freie Menschen zu erziehen,
- die Kultur in jeder Beziehung zu fördern als Mittel, auch hierin den freiheitlichen Geist der Menschheit nahe zu bringen,
- soweit die Technik — das materielle Gut — in Frage kommt, ergibt sich die Höherentwicklung im Gleichschritt mit der Entwicklung der Wissenschaft.

Aus dem vorstehend Gesagten wird deutlich, daß der Erziehung des Volkes zum bewußten Leben die entscheidende Rolle zufällt. Ein Volk, das seine Aufgabe bevorzugt im ständig steigenden Erwerb materieller Güter sieht, gibt sich und seine Zukunft endgültig auf.

Frage:

Wie beurteilen Sie die Meinung und Aufgaben der Jugend?

Antwort:

Aus einer meiner anderen Antworten ergibt sich, daß der Schlüssel für die Zukunft unseres Volkes in der Haltung der Jugend liegt. Die politischen Parteien sind nicht von dem Vorwurf freizusprechen, daß sie hier noch vieles nachzuholen haben. Es ist bedauerlich, daß es immer noch eine große Anzahl Politiker gibt, die noch nicht eingesehen haben, daß die Beschäftigung mit den Problemen der Jugend, mit ihrer Meinung und mit ihren Aufgaben, mindestens so wichtig ist wie die Beschäftigung mit den Tagesereignissen.

Neue Generationen wachsen nicht nur im Westen heran, sondern auch im Osten. Wir sollten die Gefahr nicht unterschätzen, daß diese und kommende Generationen den Einflüssen rechts- und linksradikaler Propaganda ausgesetzt sind. In Mitteldeutschland wird in weitem Maße nationalkommunistische Propaganda getrieben, was auf die Dauer nicht ohne Einfluß bleiben kann. Wir im freien Teil unseres Vaterlandes sollten uns der Konsequenzen stets bewußt bleiben, daß Freiheit ohne Bindung und ohne Zucht nur leere Phrase ist. Die Freiheit hat eine scharfe Waffee: die Wahrheit. Es ist ein Irrglaube, daß man die Freiheit verteidigen könne, indem man Schäden in einem demokratischen Staatswesen zu vertuschen versucht. Freiheit und Wahrheit gehören zusammen; sie sind aber unteilbar. Videant vonsules!

Prof. Dr. jur. Harold Rasch

Zur Neuwahl des Bundespräsidenten

Der folgende Beitrag zur bevorstehenden Neuwahl des Bundespräsidenten ist geschrieben, bevor die SPD durch ausdrücklichen Verzicht auf einen eigenen Kandidaten die Wiederwahl des von der CDU/CSU vorgeschlagenen Heinrich Lübke sichergestellt hat. Doch gerade angesichts dieser rein von parteitaktischen Erwägungen bestimmten Vorwegnahme des Wahlausganges scheint uns die Forderung nach der Wahl einer wirklich qualifizierten Persönlichkeit in das höchste Staatsamt der Bundesrepublik berechtigt, ja notwendig. *D. Red.*

Am 1. Juli d. J. wird der Bundespräsident für fünf Jahre neu gewählt werden. Die Wahl nimmt die Bundesversammlung vor; sie besteht aus den Mitgliedern des Bundestags und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl, also entsprechend der Stärke der dort vertretenen Parteien gewählt werden. Hiernach werden über tausend Personen an der Wahl des Bundespräsidenten teilnehmen.

Gespräche über die Person des zukünftigen Präsidenten werden zwischen den maßgebenden Politikern seit langem geführt und sind zum Teil auch der Öffentlichkeit bekannt geworden. Man will vor allem auch eine Wiederholung der unerfreulichen Ereignisse vermeiden, die sich im Frühjahr 1959 nach der zunächst angekündigten, dann aber wieder zurückgezogenen Kandidatur des damaligen Bundeskanzlers Adenauer abgespielt haben. Das ist gewiß zu begrüßen.

Das Grundgesetz hat dem Bundespräsidenten in voller Absicht eine im Vergleich zur Weimarer Reichsverfassung schwache Stellung zugewiesen. Seine Aufgaben sind im wesentlichen formaler und repräsentativer Natur. Er vertritt den Bund völkerrechtlich, fertigt die Gesetze aus und ernennt die Bundesminister und die höchsten Beamten, Richter und Offiziere. Ein Recht zum Erlaß von Notverordnungen, wie es der frühere Reichspräsident nach Art. 48 der Weimarer Verfassung besaß, hat er nicht.

Um so mehr sollte der Bundespräsident durch seine Persönlichkeit als solche gemeinschaftsbildend wirken.

Die Bundesrepublik hat das Glück gehabt, während der ersten zehn Jahre ihres Bestehens in Theodor Heuß einen Mann an ihrer Spitze zu besitzen, der beste Traditionen deutscher Kultur und Geistigkeit mit liberal-menschlicher Gesinnung und langjähriger praktisch-politischer Erfahrung verband. Solche Persönlichkeiten sind selten. Niemand konnte hoffen, daß sein Nachfolger ihm gleichen würde.

Heinrich Lübke, dessen Amtszeit nunmehr zu Ende geht, hat sich redlich und nicht ohne Erfolg bemüht, seiner Aufgabe mit Takt und Würde gerecht zu werden. Aber er ist, seien wir offen, für die meisten von uns farblos geblieben, farblos auch auf vielen Reisen in alle Welt, auf denen wir ihn im Bild in farbenprächtiger Umgebung sehen konnten. Seine Figur strahlt Pflichtbewußtsein, aber keine Wärme aus. Er hat sein Amt gewissenhaft verwaltet, aber er ist uns persönlich kaum näher gekommen, kein Wort, kein individueller Zug von ihm hat sich uns eingeprägt; was wir nach dem Bericht des „Spiegel" (Nr. 22/1964) aus seinen Reden an persönlichen Äußerungen etwa behalten haben, sollten wir am besten möglichst rasch wieder vergessen. Wir schulden ihm Dank für treue Dienste, aber keine Wiederwahl.

Der Bundespräsident muß nicht notwendig ein aktiver Politiker sein. Geistige Leistung im bisherigen Leben, persönliches Format, Weltoffenheit sollten weit-

aus höher bewertet werden. Aber die Parteipolitiker werden nun einmal einen der ihren bevorzugen. Das ist natürlich. Ein Hochschullehrer als solcher etwa, mag er noch so hohen intellektuellen und moralischen Rang besitzen, dürfte wenig Aussichten bei ihnen haben.

Überblicken wir die kleine, allzu kleine Anzahl derjenigen, die für das Amt des Bundespräsidenten qualifiziert sind, so bleibt der Blick schließlich auf einem Mann als dem wohl Besten haften, auf Thomas Dehler. Dehler gehört dem Bundestag seit 1949 an. Er war Bundesjustizminister in der ersten Legislaturperiode, in jener Zeit also, in der die Grundlagen für den Wiederaufbau eines Rechtsstaats gelegt wurden, Grundlagen, die heute manchmal fast vergessen zu sein scheinen. Seitdem war er viele Jahre einer der Vizepräsidenten des Bundestages. Er kennt Menschen und Dinge in Bonn wie wenige.

Thomas Dehler ist ein „Liberaler" im ursprünglichen Sinne des Worts, insofern seinem Parteifreund Theodor Heuß verwandt. Die Persönlichkeit des einzelnen Menschen, seine Freiheit und seine Würde, eine Gemeinschaft freier Bürger stehen für ihn im Mittelpunkt des politischen Denkens, nicht der Apparat, das Kollektiv. Auch er selbst wirkt kraft seiner Person, seines anerkannten geistigen und ethischen Fundus, nicht mit Hilfe irgend einer „Hausmacht".

Gewiß, Thomas Dehler war als Politiker stets ein Einzelgänger, sogar innerhalb seiner eigenen Partei, der Freien Demokraten. Nicht selten ist er, wie man zu sagen pflegt, „ins Fettnäpfchen getreten", indem er sich gegen die communis opinio gewandt hat. Schon die Selbständigkeit seines Urteils hat ihn dem früheren Bundeskanzler Adenauer nach verhältnismäßig kurzer Zusammenarbeit entfremdet, der dergleichen nur in Grenzen schätzte und ihn in sein zweites Kabinett (1953) nicht wieder aufnahm.

Aber eben deshalb wünschen wir uns Thomas Dehler als Bundespräsidenten. Fleißige Mitarbeiter in den Ausschüssen des Bundestags, Experten in einzelnen Zweigen der Gesetzgebung, gewandte politische Manager und Taktiker gibt es zwar auch nicht im Überfluß — die große Mehrzahl der Abgeordneten ist bloßes Stimmvieh —, aber es gibt sie immerhin. Männer mit eigenem politischen Urteil, mit Mut und Charakter, „Ritter ohne Furcht und Tadel" sind nur ganz, ganz selten, im Lande überhaupt und vor allem in Bonn. Zu ihnen gehört Thomas Dehler.

Gerade weil das Amt des Bundespräsidenten äußerlich wenig Einflußmöglichkeiten bietet, sollte es einem Mann anvertraut werden, der sich — wie Dehler — weithin den Ruf einer ebenso lauteren wie unabhängig denkenden und politisch erfahrenen Persönlichkeit erworben hat. Dehler war ein unbeugsamer Gegner der Nazis, hat als Anwalt damals manchen aus politischen Gründen Verfolgten verteidigt und persönlich schwer gelitten — ohne später Aufhebens davon zu machen. Er war es, der seinerzeit überzeugend dafür eingetreten und vielleicht entscheidend dafür geworden ist, daß das Grundgesetz uns von der Barbarei der Todesstrafe befreit hat, und der auch später immer wieder eigene Gedanken zu grundsätzlichen politischen Fragen vor der Öffentlichkeit entwickelt hat. Thomas Dehler an der Spitze unseres Staates wäre ein großer Gewinn für den Regierungsapparat in Bonn, für das politische Leben in der Bundesrepublik, für jeden einzelnen von uns.

Welcher Konfession er angehört? Ehrlich gestanden, ich weiß es nicht genau und habe mir auch nicht die Mühe gemacht, es aus irgend einem Handbuch festzustellen. Es sollte bei der Wahl keine Rolle spielen.

Thomas Dehler ist einer der wenigen westdeutschen Politiker, die sich ernstlich um die „Deutsche Frage" kümmern. Für ihn ist das Bemühen um die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten und zunächst wenigstens

ihre Annäherung aneinander kein Gegenstand bloßer Lippenbekenntnisse, Festreden und feierlichen Erklärungen. Auch er verfügt selbstverständlich über kein Patentrezept, aber er lehnt es auch ab, sich und uns in Illusionen zu wiegen. Er weiß, daß die Wiedervereinigung von uns selbst durch Klugheit, Arbeit und Opfer verdient werden muß. Auch wenn er als Bundespräsident keinen unmittelbaren Einfluß auf die praktische Politik der Bundesregierung hat, seine geistige und moralische Autorität werden groß genug sein, um den noch schwachen Kräften, die sich weder hinter juristischen Phrasen noch hinter Atomwaffen verstecken, sondern wirklich für eine Befriedung in Mitteleuropa, eine Überwindung der Spannung zwischen West und Ost und ein wieder geeintes Deutschland arbeiten wollen, neuen Auftrieb zu geben.

Die Bundesversammlung sollte Thomas Dehler zum Bundespräsidenten wählen.

Dr. jur. Hermann Etzel

Katalysator de Gaulle

Im Hinblick auf die schleichende Desintegration der NATO und die in letzter Zeit recht drastisch manifestierte außenpolitische Eigenwilligkeit Charles de Gaulle's wollen wir den folgenden Ausführungen trotz ihrer stellenweise subjektiven Akzentuierung den Wunsch mit auf den Weg geben, der deutsche Leser möge sich nicht zum geringsten auch als Anregung zu Gedanken über eine gleichwertige, den Wirklichkeiten entsprechende deutsche Außenpolitik aufnehmen. Spielraum und Möglichkeiten einer solchen deutschen Außenpolitik sind größer, als Bonn wahrhaben will. *D. Red.*

Frankreich in Geschichte und Welt

Dieses Frankreich, diese Franzosen! Was wäre der Planet ohne sie? Gemischt aus den Resten einer Urbevölkerung, keltischen Einwanderern, römischen Eroberern und eindringenden Normannen und Franken ist Frankreich in seiner ethnologischen Vielfalt und ungeachtet noch vorhandener Unterschiede zwischen dem Süden und dem Norden des Landes eine geschlossene Nation mit der keltisch-romanischen Dominante eines freien, schöpferischen, leidenschaftlichen Geistes und römischer Klarheit. Sein Boden ist mit Blut getränkt. Mächtiges Völkergeschiebe und schwere Kriege spielten sich auf ihm ab, wilde innere Auseinandersetzungen tobten auf ihm. Er war der Schauplatz königlicher, kaiserlicher und republikanischer Herrschaft. In der heißen Schicksalsebene der Champagne, auf den katalaunischen Feldern bei Chalons, wurde Asien vom Westen, wurde der Hunne Attila von den Römern und Westgoten unter Aëtius in einer mörderischen Schlacht besiegt und abgewehrt, in der nach der Legende noch die Seelen der Gefallenen erbittert und verbissen miteinander rangen. Auf Frankreichs Territorium wurde der große Plan Englands, seine Herrschaft auf den Kontinent auszudehnen, im Hundertjährigen Krieg abgeschlagen, der erst 1453 endete, dem Jahre, in dem die Türken Konstantinopel eroberten. Von den zwei Weltkriegen ganz zu schweigen. Aber immer, trotz aller inneren Parteiungen, Zerwürfnisse

und Erschütterungen, blieb Frankreich, blieben die Franzosen schließlich im Selbstverständnis mit sich, bewahrten und bewährten sie sich als Nation. Sie wurden geographisch, geopolitisch und strategisch ein Eckpfeiler, ein rocher de bronce Europas, wurden Avantgardisten der Aufklärung (Montesquieu, Voltaire, Rousseau) und des Enzyklopädismus (d'Alembert, Diderot), Wortführer einer Lebensgestaltung durch Vernunft, Naturrecht und Forschung, Überwinder des Absolutismus, Feudalismus, Mystizismus und der kirchlichen Bevormundung, Herolde und Vorkämpfer der Freiheit, Toleranz und Menschenrechte. Als Befreierin des Dritten Standes, des Tiers Etat, wurde Frankreich Wiege, Herd und Vorbild bürgerlicher Revolutionen und politischer Befreiungen gegen beharrende, reaktionäre Mächte auch anderwärts, in Europa wie in Nordamerika (Abbé Sieyès, Lafayette). So gewann seine große politische und soziale Umwälzung weltgeschichtliche Bedeutung. Für ein Jahrtausend hätte es genug getan.

Nie, weder in der Niederlage, noch im Triumph oder selbst im Exzeß der Macht und Eroberung, war sein Platz in der Weltmeinung ernstlich gefährdet, den es sich durch seine Kultur, seine Sprache, Literatur, Wesens- und Lebensart, seinen Geist und die geschichtliche Leistung der Großen Revolution, aber auch durch seine zivilisatorische Arbeit in Nordafrika und Indochina erworben hat. Es ist die Wirkung der Faszination seines Charmes und seines Esprits, mag der „Esprit des lois" (Montesquieu) oder der „Esprit du christianisme" (Chateaubriand) wehen. Immer wieder hat Frankreich durch Äußerungen und Aktionen seines unabhängigen Sinnes und durch die Kühnheit neuer Ideen überrascht. Schon frühzeitig hat seine katholische Kirche als gallikanische Kirche eine Probe ihrer gegenüber Rom distanzierten nationalen Einstellung gegeben. Seit der 1438 erlassenen Pragmatischen Sanktion von Bourges lehnte sie jede Einmischung des Papstes in weltlichen Dingen ab. Erst im Vatikanischen Konzil von 1870 wagte die römische Kurie, den Gallikanismus zur Verurteilung zu bringen.

Auch jetzt sind die Augen der Welt erwartungsvoll wieder auf Frankreich gerichtet, seitdem Charles de Gaulle als Staatschef der Fünften Republik die Geschicke des Landes in seine Hände genommen hat. Vier republikanische Verfassungen sind vorausgegangen. Die erste 1792 nach der Abschaffung der Monarchie, die zweite nach der Februarrevolution von 1848 gegen den Bürgerkönig Louis Philippe, die dritte nach dem unglücklichen französisch-deutschen Krieg 1870/71, die vierte 1946 nach dem Zweiten Weltkrieg. Alle vier hatten es schwer Die erste wurde durch die bonapartistisch-kaiserliche Usurpation 1804 und die 1815 folgende bourbonische Restauration, die zweite 1851/52 durch den Staatsstreich Napoleons III., die dritte 1946 nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg und die vierte 1958 durch die gaullistische Machtübernahme beseitigt. Der Dritten Republik gelang es zwar, sich als Ersatz des unter Ludwig XIV. und seinem Minister Colbert erworbenen, dann aber größtenteils wieder verlorenen ersten Kolonialreichs (Kanada, Louisiana, Westindien) in den zwei letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts ein beträchtliches neues Kolonialreich in Nordafrika, Westsudan, Indochina und Madagaskar zu schaffen, doch wurde sie durch monarchistische und reaktionäre Umtriebe sowie durch den Kampf gegen die katholische Kirche, der erst 1905 mit der Combistischen Laiengesetzgebung endete, erschüttert. Sein Sieg im Ersten Weltkrieg und eine erfolgreiche Bündnispolitik führten Frankreich dann zunächst zu steilem Aufstieg auf dem Kontinent und im Völkerbund. Wieder aber waren es Entwicklungen im Innern, Finanz- und Währungsschwierigkeiten, politische und soziale Auseinandersetzungen, parlamentarische Krisen, Advokaten- und Parteiengezänk und sinkende Arbeitsmoral, die seine eben erst wieder gewonnene Kraft und Stellung erneut gefährlich schwächten. In einer Zeit, da der Nazismus fieberhaft aufrüstete, wurde in der französischen

Rüstungsindustrie die Vierzigstundenwoche eingeführt. So mußte das Land ohnmächtig die vertragswidrige Aufrüstung Hitlers und, von England im Stiche gelassen, seinen ebenfalls vertragswidrigen Einmarsch nach Linksrhein im Jahre 1936 geschehen lassen, und es mußte das Münchner Abkommen 1938, die Kassierung der Tschechoslowakei 1939 und die Niederlage im Zweiten Weltkrieg hinnehmen, eine wahre Lawine politischer, diplomatischer und militärischer Demütigungen und Niederlagen. Die durch die Verfassung von 1946 geschaffene Französische Union versuchte die Kolonialherrschaft durch eine neue politische Form zu ersetzen. Doch scheiterte auch sie an der Unruhe im Innern, an häufigem Kabinettswechsel, Währungsverfall und nationalen Loslösungsbewegungen in Übersee (Indochina, Nordafrika). Es kam zur Fünften Republik, dem gaullistischen Regime, das die selbstmörderische Unrast und Zersplitterung in eine feste Diagonale der Ordnung und Führung zwang.

De Gaulle, der Mann und der Staatsmann

De Gaulle, der das lothringische Doppelkreuz führt, ist kein Frömmler, sondern von wohltemperierter Religiosität. Er ist von großem Atem und weitherzig, tolerant, sozial und human, fast väterlich. Keine politische Partei, keine Gewerkschaft ist von ihm verboten, das Streikrecht nicht aufgehoben worden. Diese unbestreitbaren Qualitäten und Verhaltensweisen des Präsidenten werden auch von der französischen Linken gesehen, so daß er in der Lage ist, sich in vielen Fragen mit auf sie zu stützen. Wenn eine politische Gruppe in Bayern glaubt, sich für ihre eigenen Zwecke auf de Gaulle berufen zu können, so dürfte er in einer solchen Inanspruchnahme einen Irrtum, wenn nicht einen Mißbrauch und eine Beleidigung erblicken. De Gaulle ist kein nervöser, ungeduldiger Choleriker, kein hitziger Routinier, sondern ein kühler, originaler Denker von bedeutender Intelligenz und sicherem Instinkt mit visionären Zügen. Realistisch plant er in großen Rahmenvorstellungen, ohne sich von vornherein auf Einzelheiten festzulegen. Hat er einmal eine Einsicht gewonnen, dann sucht er sie entschlossen und beharrlich zu verwirklichen. In der Methode ist er elastisch und variationsbereit, auf verzichtbaren Einzelheiten besteht er nicht eigensinnig. Er hat den nüchternen Sinn für Grenzen und Möglichkeiten, obschon er des Pathos der gloire nicht entbehrt. Immer die Türe offen haltend, ist er darauf bedacht, einen schroffen Bruch zu vermeiden, hat das Spiel fest in der Hand und spielt seine Atouts im günstigen Zeitpunkt mit unbeirrbarer Sicherheit aus. Weder geschwätziger Vielredner, noch prahlerischer Schwadroneur, ist er nicht leicht durchschaubar. Als weitblickender Staatsmann hat er sich mit brillanten Mitarbeitern umgeben. Seinen außenpolitischen Konstruktionen hat die in ihren Gruppen uneinige Opposition des Parlaments nichts Überzeugendes, Gleichwertiges entgegenzusetzen; sie ist im Begriff, außenpolitisch zu resignieren. Ganze fünfzig Abgeordnete hörten in der letzten außenpolitischen Debatte dem Schlußwort des Außenministers zu. Natürlich, was wollten sie auch schon gegen die Anerkennung Chinas, die Neutralisierungen in Südostasien, die Stellung zu den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, zur NATO und zum Europaproblem sagen? Die Exekutive ist im vollen Besitz ihrer Handlungsfreiheit.

De Gaulle ist eine der großen politischen und menschlichen Erscheinungen der Gegenwart und kein bequemer Partner oder Kontrahent. Die Amerikaner haben das oft erfahren. Immer wieder mußten sie gute Miene zum bösen Spiel machen, einen Affront als Mißverständnis abschwächen und zurückweichen, waren sie gezwungen, eine gaullistische Konzeption nachträglich als sinnvoll oder sogar richtig zu würdigen und anzunehmen oder sich zumindest mit ihr abzufinden. Und Bonn ist vollauf damit beschäftigt, den ständigen Ärger hinunterzuschlucken.

Selbständigkeit und Realismus der gaullistischen Außenpolitik

Während die westdeutsche Bundesrepublik immer noch an dem Phantom exklusiver Westorientierung und der Fiktion der sogenannten Hallsteindoktrin festhält, hat der gaullistische Realismus angesichts der innerhalb zweier Jahrzehnte eingetretenen Veränderungen der Weltlage alsbald damit begonnen, sich ohne Hast, aber unaufhaltsam von der Konkursmasse der amerikanisch geführten westlichen Nachkriegspolitik zu lösen. De Gaulle liebt Frankreich als Vaterland und grande nation, und er liebt Europa, diesen einst so glanzvollen, hochvermögenden und zuversichtlichen euroasiatischen Subkontinent, dessen geistiges Ingenium und technische, wirtschaftliche und organisatorische Kraftströme Jahrhunderte hindurch den ganzen Erdkreis erfüllten und belebten. In den Vereinigten Staaten sieht er den durch zwei europäische Selbstzerfleischungen hochgekommenen Parvenü, der auf Westdeutschland setzte und dort den Restauratismus ermöglichte und förderte. Nicht ohne Schadenfreude dürfte er beobachten, wie dieser mit dem Drang nach Osten getränkte Restauratismus jetzt seinen amerikanischen Erzeuger und Nährvater immer wieder irritiert, ihn in Verlegenheit und eines Tages vielleicht sogar in Gefahr bringt. Die massive anglo-amerikanische Anwesenheit in Europa empfindet de Gaulle als störend und entwürdigend. Für den Ernstfall traut er Washington nicht über den Weg.

Die politischen und strategischen Vorkehrungen und Einrichtungen, die auf den Trümmern des west-östlichen Kriegsbündnisses und in Auswirkung des Koreakrieges getroffen und geschaffen worden sind und die wirkliche Lage verzerrt und überlagert haben, die NATO, WEU, CENTO, SEATO, hält er, nicht zuletzt infolge der Revision der sowjetischen Politik und der bedeutsamen Entwicklungen im Ostblock, für überholt, veraltet und papieren und sieht in ihnen nur Erschwerung und Hindernis der Befriedung der Welt, allerdings auch der Verwirklichung seiner eigenen weltmachtpolitischen Pläne. So tut er sein möglichstes, um ihre Liquidation zu beschleunigen. Geträumte und begonnene, aber über Teillösungen (Montanunion, Euratom) oder rudimentäre Ansätze nicht hinausgekommene Projekte wie die supranationale Integration Kleineuropas verzögert und stoppt er. Den Streit um diese Integration bezeichnet sein Außenminister als nur noch lächerlich. Wie weit liegen die Zeiten jenes lyrisch-romantischen Kleineuropäers Robert Schuman und jener EVG zurück! Im Zuge seiner Politik betreibt de Gaulle die wirtschaftliche und kulturelle Rückkehr Frankreichs in die verlorenen (Afrika, Südostasien) oder etwas abseits geratenen Kolonialgebiete und Einflußsphären bis vor die Tore der Vereinigten Staaten (Westindien, Lateinamerika). Auch an die Wiedergewinnung besonderer Beziehungen zu europäischen Ländern, in denen früher französische Einflüsse und Interessen wirksam waren (Tschechoslowakei, Polen, Jugoslawien, Rumänien), denkt er wahrscheinlich. Mit Spanien hat er zum Verdruß Washingtons aussichtsreiche Verhandlungen über eine grundsätzliche, keineswegs nur auf nordafrikanische Fragen und Interessen beschränkte politische, wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit aufgenommen, die von einer französisch-spanischen Aussöhnung und Freundschaft getragen werden soll. Er ist ein Katalysator, Verzögerer, Stopper und Beschleuniger zugleich. Im Hintergrund wirkt offenbar auch ein nicht verdrängter Komplex: die Erinnerung an das, was Frankreich in der Vergangenheit durch die Angelsachsen und die Deutschen widerfahren ist, und die Entschlossenheit, die Wiederholung solcher Unbill von seinem Vaterlande fernzuhalten. Das ist verständlich. Auch Ressentiments können schöpferische und konstruktive Elemente einer realistischen Politik sein.

Frankreichs Weltmachtanspruch

Nach Abschluß seiner Entkolonialisierung ist Frankreich wieder auf der Weltbühne erschienen. Mit der starken Verjüngung und dem Kinderreichtum seiner Bevölkerung, dem Besitz einer entwickelten Technik und Industrie, der Verfügung über Erdöl und Erdgas und dem Zuwachs an menschlichen Energien aus dem Soldaten-, Pionier- und Zivilisationsgeist der heimgekehrten Kolonisten und Divisionen glaubt es sich zur erfolgreichen Rückkehr in die Weltpolitik imstande. Durch die offenbar nicht ohne Rückdeckung in Moskau vollzogene diplomatische Anerkennung Chinas und die Forderung der Neutralisierung südostasiatischer Staaten hat die französische Politik das internationale Gleichgewicht verschoben, den Westen verstört und die Grundlage für ideologische Anti-Gruppierungen erschüttert. Gleichzeitig hat sie dadurch einen Druck auf Amerika ausgeübt, das sich seit Korea mit seiner betont feindseligen Haltung gegenüber China trotz der jahrelangen Geheimverhandlungen auf Botschafterebene in Warschau die Hände gebunden hat. Es droht ein völliger Zusammenbruch der bisherigen amerikanischen Diplomatie und Strategie in Asien. Zu allem Überfluß erscheint der große Charles auch noch in den Hinterhöfen der Vereinigten Staaten, in Mexiko, im Karibischen Raum, nicht weit von Kuba entfernt, und in Lateinamerika. Er beruft sich auf die geschichtliche Leistung der Französischen Revolution und beschwört die gemeinsame Latinität. Seine Auftritte sind eindrucksvoll. Bald wird er sie verstärkt wieder aufnehmen. Ihnen gegenüber verfügen die dort so unbeliebten und auch ein wenig schwerfälligen Yankees über nichts, womit sie den bewegenden Zurufen und Werbungen des französischen Staatsmannes Abbruch tun könnten.

Die Erfüllung des Großmachtanspruchs wurde Frankreich noch unter Eisenhower verweigert. Nun hat es sie durch die Konzentration seiner Kräfte, den Aufbau einer Atommacht und die tödliche Schwächung der NATO erzwungen. Amerikanische Mittelstreckenraketen und Atomsprengköpfe werden auf französischem Boden nicht mehr geduldet, amerikanische Jagdbomber mußten fort. Die Mittelmeer- und die Atlantikflotte Frankreichs wurden aus der NATO zurückgezogen, seine Marineoffiziere schieden aus den NATO-Stäben aus. Über die beabsichtigte Anerkennung Chinas wurde der NATO-Rat nicht unterrichtet, geschweige denn konsultiert. Die 5-, 10- und 60-Kilotonnen-Bomben sind in der Fertigung, die Trägermaschinen Mirage IV in der Montage. In diesem Frühsommer wird Frankreich die erste Staffel einer force de frappe von zwar begrenztem militärischem, aber hohem politischem Wert besitzen. Darum, um Politik und Prestige, geht es dem General, der in der Abschreckungswaffe das unerläßliche Attribut einer Großmacht in einer von zwei Riesen beherrschten Welt sieht. Er wünscht von den Vereinigten Staaten bei der Planung der Atomstrategie und bei den Verhandlungen mit der Sowjetunion über europäische Fragen als gleichberechtigter Partner behandelt zu werden.

Französische Deutschland- und Europapolitik

De Gaulle sieht den Tag herankommen, an dem der letzte US-Soldat Europa verläßt. Diesen Augenblick soll Frankreich nicht unvorbereitet erleben. Eine Großmacht Europa soll einem überbordenden Amerikanismus und Sowjetismus ein Paroli bieten und ein weiterhin erstarktes oder gar wiedervereinigtes Deutschland in Schranken halten. Es soll nicht ein staatsrechtlich integriertes, sondern ein nur völkerrechtlich uniertes Europa der sechs westeuropäischen Regierungen ("Vaterländer") ohne England sein, das seine wirtschaftliche Basis in der nach außen schutzzöllnerisch abgeschirmten, in sich freihändlerisch geöffneten EWG hat. Die Führung, also auch die Verfügung über eine Atommacht, soll bei Frank-

**»Das leidenschaftlichste Buch,
das gegen den Krieg geschrieben wurde«**

Leonhard Frank
Der Mensch ist gut

Einmalige Sonderausgabe. Mit einem Nachwort von Wolfgang Weyrauch. 180 Seiten. Leinen DM 12.80

»Ich begnüge mich zu sagen, daß hier das leidenschaftlichste Buch gegen den Krieg geschrieben worden ist, das die Weltliteratur aufweist«, schrieb Kurt Pinthus zu dieser Novellensammlung, die mitten im ersten Weltkrieg in der neutralen Schweiz erschien und für die der Dichter später den Kleist-Preis erhielt.
Das Bekenntnis zum Frieden und zur Menschlichkeit, das Leonhard Frank einer aus den Fugen geratenen Welt entgegenrief, hat den geschichtlichen Lauf dieser Jahre beeinflußt. Das Buch gelangte trotz Verbot nach Deutschland, wurde illegal verbreitet und erreichte in den zwanziger Jahren Auflagen von astronomischer Höhe. 1933 wiederum verboten, erscheint es nun zum ersten Mal nach dem Krieg in der ungekürzten und unveränderten Fassung der Originalausgabe.

Erzählende Werke
6 Bände in Kassette

Enthält: Die Räuberbande - Der Mensch ist gut - Das Ochsenfurter Männerquartett - Bruder und Schwester - Links wo das Herz ist - Deutsche Novelle. Insgesamt 1370 Seiten. Leinen DM 80.–

Nymphenburger Verlagshandlung München

Anzeige „Blätter für deutsche und internationale Politik" 6/64

Leonhard Frank

In Einzelausgaben liegen weiter vor:

Die Räuberbande

Roman. 308 Seiten. Leinen DM 15.80

»Diesem Dichter gerät so ziemlich alles, was er mit seiner gegliederten Prosa anpackt: die Öde einer Fabrik, die Komik einer Gerichtsverhandlung, die Prozession und die grausame Schulstunde; all dies steht in wirbligem Glanz da, umfangen von dem eigentümlichen Milieu der engbrüstigen, gotischen Stadt Würzburg.« Max Brod

Das Ochsenfurter Männerquartett

Roman. 240 Seiten. Leinen DM 13.80

»Da ist der Teppich des Lebens zwischen Geburt und Tod, zwischen Hunger und Sattsein ausgespannt; da steht auch eine der schönsten und ehrlichsten Liebesgeschichten unserer Zeit zu lesen.« Christian Ferber

Bruder und Schwester

Roman. 212 Seiten. Leinen DM 12.80

»Dichtung durchmißt alle Spären seelischer und schicksalhafter Möglichkeiten, und da kommt es nur auf das Wie an. Dies ist hier so geschehen, daß Zweifel verstummen, ästhetische Bewunderung obsiegt.« G. Stecher

Links wo das Herz ist

Autobiographischer Roman.
Sonderausgabe. 264 Seiten. Leinen DM 9.80

»Zweifellos gehört dieser bezaubernde und rührende Roman zu den schönsten Büchern der deutschen Nachkriegsliteratur.« M. Reich-Ranicki

Karl und Anna

Erzählung. 64 Seiten. Gebunden DM 3.80

»Die tiefste und schönste Kriegsnovelle, die unsere Dichtung hervorgebracht hat.« Felix Hollaender

Deutsche Novelle

172 Seiten. Leinen DM 10.80

»Man muß diese Erzählung Seite um Seite und Zeile um Zeile lesen, man muß im Lesen innehalten, um die große Kunst der Darstellung zu fassen. Man soll mit dem Begriff Meisterwerk sparsam umgehen. Hier scheint er am Platze zu sein.« Otto Heuschele

---

Nymphenburger Verlagshandlung München

Anzeige „Blätter für deutsche und internationale Politik" 6/64

reich liegen. Daher ist die französische Politik gegen den Zugang Westdeutschlands zur Atomwaffe auch nur in der Form seiner Beteiligung an einer multilateralen Polaris-Überwasserfrachtflotte. De Gaulle weiß natürlich, daß ein nichtsowjetisches Europa über die Sechs hinaus niemals unter französischer Hegemonie zustandekommen und bestehen könnte, und daß auf die Dauer, wenn nicht die beiden Giganten es verhinderten, andere Länder kaum davon abgehalten werden können, ebenfalls Atombomben herzustellen, nachdem nun einmal der Atomgeist aus der Flasche ist. Ebenso ist er sich wohl im klaren, daß ein wiedervereinigtes Deutschland innerhalb einer westeuropäischen Kombination die führende Macht würde. Daher ist er für die Oder-Neiße-Grenze und trotz anderslautender Versicherungen gegen eine Wiedervereinigung auch in der Gestalt eines zunächst nur staatenbündischen Zusammenschlusses, einer Konföderation. Nur den deutschen Westen kann und will er an sich drücken. In der Berlin-Frage ist er gegen direkte Gespräche zwischen Bonn und Moskau. Da Frankreich eine unangreifbare Schlüsselstellung innehat, besitzt es die volle Entschlußfreiheit zwischen Ost und West. Ein übermächtiges Deutschland würde Paris unweigerlich an der Seite Moskaus sehen. Vorerst gibt es freilich noch einige Fragwürdigkeiten in der französischen Planung. Der Verlauf der Verhandlungen in Brüssel beweist, wie stark die Spannungen und Gegensätze in der EWG sind. Es brauchen nur der Getreidepreis und die Weigerung Frankreichs, auf das Vetorecht zu verzichten, erwähnt zu werden. Sodann ist nicht abzusehen, wie eine Synthese zwischen der EWG und der atlantischen Gemeinschaft und Zusammenarbeit (Kennedy-Runde) erreicht werden soll. Es ist beinahe die Quadratur des Zirkels. Der bisherige Verlauf der Maikonferenz des GATT in Genf, die weltweite Zollherabsetzungen beschließen soll, berechtigt zu keinem Optimismus. Bereits Anfang März hatte der französische Landwirtschaftsminister Pisani eine sehr harte Haltung seines Landes in dieser Frage angekündigt. Die Androhung wurde bis jetzt wahrgemacht. Manchmal möchte es scheinen, als sei die EWG geeignet und bestimmt, im Namen Europas eine weitere Spaltung Europas herbeizuführen.

Das französisch-deutsche Problem besteht also unvermindert fort. Auch der Konsultationsvertrag hat es nicht gelöst. Es fehlt das offene, vertrauensvolle Einvernehmen zwischen Gleichen. Erst nach erfolgter diplomatischer Anerkennung Chinas wurde Bonn von Paris unterrichtet. Auch der Bundeskanzler war bei seinem Besuch in Unkenntnis gelassen worden. Ebenso wenig ist Bonn vor der Zurückziehung der französischen Marineoffiziere aus der NATO konsultiert worden. Die gaullistische Politik handelt eben souverän. Die deutsche Bundesrepublik gerät in die peinliche Lage und Rolle eines nachgeordneten Partners. Auch der Fall Argoud hat das deutlich gemacht. Der verflossene Bundeskanzler hat durch den Konsultationspakt die Voraussetzung für ständige westdeutsche Selbstschüsse geschaffen. Es ist keine freudvolle Zeit für die Karolinger in Bonn.

Französische Ressentiments gegen die Angelsachsen und ihre Gründe

Das gaullistische Frankreich will sich und sein Atom. Seine geschichtlichen Erfahrungen lassen sein Ziel, sich gegen künftige Gefahren, Wechselfälle und Niederlagen zu sichern, aber auch sein Ressentiment und seine Gegenrechnung gegenüber den Angelsachsen legitim erscheinen. Immer wieder wollten diese es schlagen und aus seinen Ansprüchen, Stellungen und Besitzungen verdrängen und sich an seine Stelle setzen. Der britische Eduard III., der die französische Krone beanspruchte, überzog es 1338 mit Krieg, der mehr als hundert Jahre dauern sollte. Als ein Enkel Ludwigs XIV., der Bourbone Philipp V., den verwaisten spanischen Thron bestieg, zog England im Bunde mit Österreich und

Holland gegen Frankreich zu Felde. In diesem Spanischen Erbfolgekrieg von 1701 bis 1714 gelang es ihm dank der Siege des Prinzen Eugen von Savoyen und des Herzogs Marlborough, die französische Vormachtstellung in Europa zu brechen. Colbert, Minister Ludwig XIV., hat im 17. Jahrhundert das erste französische Kolonialreich, nämlich Kanada, das Gebiet des Mississippi (Louisiana) und Westindien gewonnen. Fleißig und unternehmend haben die Franzosen von 1681 an das ganze Stromgebiet besiedelt. Begehrlich blickte England auf die Neuerwerbungen, von denen es die besten Stücke an sich zu bringen gedachte. Die Gelegenheit dazu ergab sich im Dritten Schlesischen (Siebenjährigen) Krieg. Während Frankreich im Verein mit Rußland, Österreich und Kursachsen gegen den Schlesienräuber, den preußischen Friedrich II., beschäftigt war, blieb England, das den König mit Hilfsgeldern unterstützte, unter dem älteren Pitt im See- und Kolonialkrieg siegreich. Im Frieden von Fontainebleau 1762 und von Paris 1763 mußte Frankreich sein ganzes nordamerikanisches Kolonialreich hergeben.

Seit 1793 kämpfte England gegen die Französische Revolution. Noch am 21. Juli 1798, unmittelbar vor der Schlacht bei den Pyramiden, hatte Napoleon seine von epidemischen Lebererkrankungen mitgenommenen Soldaten mit den Worten angefeuert: „Vierzig Jahrhunderte sehen auf euch herab!" Aber elf Tage später besiegte und zerstörte Nelson die Flotte des Kaisers bei Alexandria-Abukir, und sieben Jahre später, 1805, bezwang er, mit seinem Leben bezahlend, bei Trafalgar an der Südküste Spaniens noch einmal die französische Seemacht. Der Rückzug der englischen Truppen 1940 von Dünkirchen nach der Insel soll in diesem Zusammenhang nicht angeführt werden, da die britischen Argumente Gewicht haben. Indes, Frankreich blieb das Opfer auch weiterhin im Zweiten Weltkrieg. Mit Recht führen die Franzosen Klage darüber, daß sie nicht zu den Konferenzen von Teheran (1943) und Jalta (1945) hinzugezogen wurden, obwohl de Gaulle von London aus den Widerstand gegen die deutsche Besatzung und die Vichy-Regierung organisiert, ein nationales Befreiungskomitee in Algier gebildet und mit französischen Truppen an der Befreiung seines Landes teilgenommen hatte. Höhepunkte des französischen Gegensatzes zu den Angelsachsen brachten die mit den Kriegen in Indochina und Algerien verbundenen Ereignisse. Hierüber sind im Dezemberheft 1957, Seite 446/447, der „Blätter" („Natodämmerung und Frankreichs geschichtliche Aufgabe") eingehendere Ausführungen gemacht worden, auf die verwiesen werden darf. Unter Eisenhower war das Verständnis für die Sache Frankreichs gering, unter Kennedy wurde es etwas besser. Die Ablehnung des Vorschlags, ein Dreierdirektorium (USA, England, Frankreich) innerhalb der NATO zu bilden, hat de Gaulle sehr übel genommen. Frankreich will nicht mehr von der Gnade und dem Wohlwollen anderer abhängen. Es ist entschlossen, seinen Weg zu gehen und sich auf die eigene Kraft zu verlassen. Der General-Präsident vergißt keine angelsächsische Beleidigung und Zurücksetzung. Jetzt, da der zwanzigste Jahrestag der alliierten Landung in der Normandie wiederkehrt, erinnert er sich an die hartnäckige Weigerung Roosevelts und Churchills, die seinerzeit von ihm in Algier gebildete provisorische Regierung als rechtmäßige Regierung Frankreichs anzuerkennen, und lehnt es unter dem Hinweis auf das Protokoll ab, an der Seite nur Eisenhowers und Montgomerys des triumphalen Tages zu gedenken. Nicht einmal seinen Ministerpräsidenten schickt er. Die Ablehnung ist keineswegs, wie der amerikanische Kolumnist Joseph Alsop bissig meint, eine „rabiate Übertreibung von Protokollfragen", sondern, unter einem handgreiflichen Vorwand, sehr ernst gemeint. Sie ist menschlich verständlich und politisch berechtigt und zweckmäßig.

Zusammenfassung und Ausblick

Die internationale Stellung des Landes ist durch de Gaulle wesentlich verstärkt und gefestigt und sein Prestige bedeutend erhöht worden. Im Innern herrscht ein liberales politisches und soziales Klima, doch ist der Gefahr eines Mißbrauchs dieser Liberalität vorgebeugt. Unter der gaullistischen Verfassung kann die Regierung in Zeiten wichtiger internationaler Entscheidungen nicht mehr, wie so oft in der Vergangenheit, gestürzt oder ihrer Bewegungsfreiheit beraubt werden. Manche sprechen von den zwei Augen, auf die alles gestellt sei. Nun, sie sind noch offen, diese Augen. Wenn sie sich einmal schließen, dürften andere von gleichem Blick sie ersetzen. Wirksame Vorkehrungen für diesen Fall werden wohl kaum versäumt werden. De Gaulle hat eine tiefe Furche gezogen, die nicht ohne weiteres verlassen werden kann. Frankreich verfügt über genügend fähige Köpfe, die die bewährten Grundgedanken der gaullistischen Politik weiterführen wollen und können. Eine objektive Beurteilung wird zugeben, daß unter den gegenwärtigen und für absehbare Zeit zu erwartenden Verhältnissen für Frankreich die Voraussetzungen einer günstigen und gesicherten Zukunft gegeben sind. Der neuerdings von der französischen CSU, dem Mouvement Républicain Populaire (MRP), plakatierte Vorschlag, eine überparteiliche antigaullistische Sammlungsbewegung als „Kraft der Mitte" zu bilden, deren Motor und Achse natürlich sie selbst liebend gerne sein möchte, ist nur ein Wunschbild. Diese Leute von der Denkweise eines Robert Schuman, Bidault, Maurice Schuman, Pflimlin und radikalerer Parteimitglieder dürften wissen, daß der MRP zu schwach ist, um sein „Komitee der Demokratie" zu einem Kern geballter politischer Agglomerationen zu steigern. Auf wen außer kleinen Gruppen der Mitte, verschiedenen politischen Klubs, Kreisen französischer Europa-Organisationen, christlichen Gewerkschaftlern und vielleicht einigen Sozialisten glaubt denn der MRP rechnen zu können? Etwa auf die Kommunisten, die nach der gaullistischen „Union für die Neue Republik (UNR)" die zweitstärkste Partei in Frankreich sind, oder die Sozialisten? Der Ruf der französischen CSU, die übrigens bis 1962 selbst mit am gaullistischen Regierungstisch saß, wird verhallen. Die französische Öffentlichkeit hat die politische Herkunft, Zielsetzung und Methode dieser Leute kennen gelernt. Sie wird ihnen kaum eine Chance geben. Das Projekt ist akademische Theorie, Reißbrettkonstruktion, ist Arbeit vom Grünen Tisch, es ist eine Phantasmagorie. Zudem wird das neue Wahlgesetzt allen derartigen Träumereien den Boden entziehen. Weit eher, als mit einer Konzentration der Mitte rechnen zu können, müssen die Planer des MRP eine Zerreibung der Mitte befürchten.

Die Völkerfamilie kann eines beruhigten, zufriedenen und geachteten Frankreichs, das der menschlichen Wohlfahrt und Kultur dient, nicht entraten. Mit diesem Blick auf die bedeutende geschichtliche Erscheinung des Generals und Präsidenten Charles de Gaulles sei diese Studie geschlossen.

Jürgen Menningen

Auschwitz und die deutsche Industrie

Eine Dokumentation

„Ich befehligte Auschwitz bis zum 1. Dezember 1943 und schätze, daß mindestens 2 500 000 Opfer dort durch Vergasung und Verbrennung hingerichtet und ausgerottet wurden; mindestens eine weitere halbe Million starben durch Hunger und Krankheit, was eine Gesamtzahl von ungefähr 3 000 000 Toten ausmacht. Diese Zahl stellt ungefähr 70 oder 80 Prozent aller Personen dar, die als Gefangene nach Auschwitz geschickt wurden; die übrigen wurden ausgesucht und für Sklavenarbeit in den Industrien des Konzentrationslagers verwendet."

Rudolf Höß vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg am 5. 4. 1946.

„Arbeit macht frei" — diese Aufschrift steht auch heute noch wie Ironie über dem Eingangstor zum Lager Auschwitz. 4 Millionen Menschen sind in diesem Konzentrationslager umgekommen — vergast, erschossen, ermordet, infolge Krankheit, Hunger oder Erschöpfung gestorben. Mit dem Konzentrationslager Auschwitz entstand nicht nur die zum Schreckenssymbol des Dritten Reiches gewordene Todesfabrik, sondern auch ein Sklavenarbeitslager größten Ausmaßes.

Erstes Interesse der Industrie an Auschwitz

Am 25. 4. 1940 auf Befehl des Reichsführers SS Heinrich Himmler errichtet, fand das Konzentrationslager wenig später schon das Interesse der deutschen Industrie. Im Januar 1941 ist Dr. Otto Ambros[1]) in Auschwitz. Als Vorstandsmitglied der IG-Farben führt er mit der Lagerverwaltung erste Besprechungen über die Möglichkeiten zur Errichtung der von den IG-Farben geplanten Buna-Werke. Bei der Wahl der Umgebung von Auschwitz für die geplanten Industrieanlagen spielte der Gesichtspunkt, billige Arbeitskräfte aus dem Konzentrationslager zu bekommen, für die Leitung der IG-Farben eine wesentliche Rolle[2]). Am 1. März 1941 besichtigt Himmler in Begleitung führender Wirtschaftsleute der IG-Farben das Konzentrationslager Auschwitz[3]). Höß erhält Anweisung, die „Kapazität" des Lagers auf 30 000 Häftlinge zu erhöhen und bei dem Ort Birkenau ein Lager für 100 000 Kriegsgefangene zu errichten, jenes Lager, das zum umfangreichsten aller je errichteten nationalsozialistischen Konzentrationslager werden sollte (Höchstbelegstärke 1943: 140 000 Häftlinge). In unmittelbarer Nähe von Birkenau wurden auch die Vergasungsanstalten und Krematorien errichtet. Höß wird gleichzeitig beauftragt, 10 000 Häftlinge zum Bau der Buna-Werke zu überstellen.

Dr. Ambros konnte sich in einem Brief vom 12. April 1941 an die Zentralverwaltung der IG-Farben in Frankfurt/Main zufrieden über die Zusammenarbeit mit der SS äußern:

„Inzwischen fand auch am 7. 4. die konstituierende Gründungssitzung in Kattowitz statt, die im großen und ganzen befriedigend verlief. Gewisse Widerstände von kleinen Amtsschimmeln konnten schnell beseitigt werden. Dr. Eckell hat sich dabei sehr bewährt; und außerdem wirkt sich unsere neue Freundschaft mit der SS sehr segensreich aus. Anläßlich eines Abendessens, das uns die Leitung des Konzentrationslagers gab, haben wir weiterhin alle Maßnahmen festgelegt, welche die Einschaltung des wirklich hervorragenden Betriebes des KZ-Lagers zugunsten der Buna-Werke betreffen." [4])

In der Ortschaft Monowitz in unmittelbarer Nähe von Auschwitz entstanden die Buna-Werke, in denen Benzin und Gummi hergestellt werden sollte. Um den Arbeitseinsatz der Häftlinge zu vereinfachen, errichtete die IG-Farbenindustrie 1942 für die Häftlingsarbeiter in nächster Nähe der Buna-Werke das Arbeitslager Monowitz. Karl Krauch, Aufsichtsratsvorsitzender der IG-Farben, sagte dazu im IG-Farbenprozeß in Nürnberg:

> „Ende 1941 wurde dem Vorstand der IG-Farben von dem Bunawerk Auschwitz (durch Ambros und Bütefisch [5]) aus Zweckmäßigkeitsgründen die Errichtung des KZ Monowitz auf dem IG-Gelände Auschwitz vorgeschlagen. Der Kostenvoranschlag für die Errichtung des Lagers Monowitz wurde dem Technischen Ausschuß und von diesem dem Vorstand übergeben und von letzterem gebilligt. Das IG-Bunawerk Auschwitz war nicht nur für die Unterbringung, sondern auch für die Verpflegung und Beaufsichtigung der Konzentrationslagerhäftlinge verantwortlich." [6]

Nachdem die IG-Farben noch die Bergwerke Fürstengrube und Janinagrube aufgekauft hatten, entstanden dort Nebenlager, in denen die Häftlinge die Kohle förderten, die zur synthetischen Herstellung von Benzin nach Monowitz gebracht wurde. In den Jahren 1943 und 1944 entstanden etwa 39 Nebenlager dieser Art. Sie befanden sich vor allem in der Umgebung von Gruben, Fabriken und anderen Industrieanlagen an verschiedenen Punkten des oberschlesischen Industriereviers. Für die Errichtung der Industriewerke und Lager lieferte das Konzentrationslager Auschwitz Tausende von Häftlingen zur Sklavenarbeit.

Moderner Sklavenhandel

Die Verteilung der Konzentrationslager mit ihren Nebenlagern entsprach auch geographisch der Lokalisierung der deutschen Industrieprojekte in den reichsdeutschen und in den besetzen Gebieten. Die Lager wurden so angelegt, daß die Arbeitskraft der Häftlinge und Kriegsgefangenen im Rahmen des sogenannten „Arbeitseinsatzprogrammes der ausländischen Arbeiter" ausgenutzt werden konnte. Aus diesem Grunde wandten sich Direktionen von Industriewerken, die die Zuweisung von Häftlingen erreichen wollten, an das Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt der SS (WVHA) in Berlin. Chef des WVHA, dem die Verwaltung aller Konzentrationslager unterstand, war SS-Obergruppenführer Oswald Pohl. Seine Behörde leitete u. a. das Geschäftsunternehmen, das mit Hilfe von Parteigeldern, Zwangsarbeitern und Strafgefangenen in der SS gehörenden Fabriken Waren herstellte.

Sehr oft aber regelten die Firmen den Häftlingseinsatz direkt mit der Lager-Kommandantur. Vorrang bei der Zuteilung von Häftlingen hatte der IG-Farbenkonzern. Eine besondere Empfehlung von Himmler hatte diese Vergünstigung erwirkt.

Pohl, in Nürnberg zum Tode verurteilt, drängte ständig auf längere Arbeitszeit, erhöhte Produktion und schärfere Überwachung. Auf seinen Vorschlag kam später von Himmler die Anweisung zum Rüstungseinsatz der arbeitsfähigen Häftlinge. Höß schreibt in seinen Aufzeichnungen:

> „Je härter der Krieg wurde, desto rücksichtsloser forderte der RFSS (Himmler) den Häftlingseinsatz. Die Hauptmasse der Häftlinge waren aber die des Ostens und später die Juden. Sie wurden hauptsächlich für die Rüstung geopfert." [7]

Bei der SS-Lagerverwaltung in Auschwitz hatte eine eigene Abteilung die Aufgabe, die Häftlinge als Arbeitskraft möglichst „erschöpfend" auszunutzen. Dieser Sklavenhandel brachte vor allem der SS ansehnliche Einnahmen. Der IG-Konzern zahlte der SS-Lagerverwaltung für einen Facharbeiter 6 Mark Tages-

lohn und 4 Mark für einen Hilfsarbeiter. Die Selbstkosten der Unterhaltung eines Häftlings berechnete die Lagerverwaltung mit 30 Pfennig pro Tag. Aus erhalten gebliebenen Zahlungsanforderungen für 7 Monate Arbeit männlicher Häftlinge und 9 Monate Arbeit weiblicher Häftlinge geht hervor, daß die SS-Lagerverwaltung für diese Arbeit über 12 Millionen Mark erhielt. Die größten Summen wurden in diesem Falle von dem Konzern IG-Farben gezahlt [8]).

Die Selektionen

Schon auf der Rampe in Auschwitz-Birkenau, wo täglich Judentransporte aus allen Teilen Europas eintrafen, nahm die SS die Auswahl vor. Höß schreibt:

> „Die Art und Weise, wie wir unsere Opfer auswählten, war folgendermaßen: Zwei SS-Ärzte waren in Auschwitz tätig, um die einlaufenden Gefangenentransporte zu untersuchen. Die Gefangenen mußten bei einem der Ärzte vorbeigehen, der bei ihrem Vorbeimarsch durch Zeichen die Entscheidung fällte. Diejenigen, die zur Arbeit taugten, wurden ins Lager geschickt. Andere wurden sofort in die Vernichtungsanlagen geschickt. Kinder im zarten Alter wurden unterschiedslos vernichtet, da auf Grund ihrer Jugend sie unfähig waren, zu arbeiten." [9])

Im Auschwitz-Prozeß in Frankfurt/Main werden die Angeklagten Hans Stark, Klaus Dylewski, Pery Broad, Johann Schobert, Bruno Schlage, die ehemaligen SS-Ärzte Dr. Willi Frank, Dr. Franz Lucas und Dr. Willi Schatz beschuldigt, in zahlreichen Fällen an diesen Selektionen beteiligt gewesen zu sein und mit einer Handbewegung entschieden zu haben, wer sofort in die Gaskammern geschickt wurde.

Der SS-Arzt Johann Kremer, der selbst an diesen Selektionen beteiligt war, notiert in seinen Erinnerungen:

> „Zum ersten Male draußen um 3 Uhr bei einer Sonderaktion zugegen. Im Vergleich hierzu erscheint mir das Dante'sche Inferno fast wie eine Komödie. Umsonst wird Auschwitz nicht das Lager der Vernichtung genannt." [10])

Da die Häftlinge nach den tagelangen Transporten meist völlig erschöpft, oft auch schon tot in Auschwitz ankamen, war der Prozentsatz der Arbeitsfähigen nur gering. Der ehemalige polnische Untersuchungsrichter J. Sehn gibt an, daß durchschnittlich nur 10 % der seit 1942 in Auschwitz ankommenden Juden zur Arbeit eingesetzt, die anderen vergast worden seien [11]). Aus einem Schreiben des Arbeitseinsatzführers des Konzentrationslagers, SS-Obersturmbannführer Schwarz, vom 20. 2. 1943 an das WVHA geht hervor, daß von insgesamt 5022 Juden, die im Februar 1943 in drei Transporten von Theresienstadt nach Auschwitz kamen, 4092 vernichtet wurden, während 930 (18,5 %) zum Arbeitseinsatz kamen [12]). Selbst als später auf Drängen der Rüstungsindustrie immer mehr Häftlinge für die Rüstungsarbeit überstellt wurden, blieb der Prozentsatz der Arbeitsfähigen im Verhältnis zu den für die Vernichtung durch die Gaskammern Bestimmten immer noch gering. Aus einer Liste, die der Häftlingsarzt Dr. Wolken in der Quarantänestation in Auschwitz-Birkenau über eine größere Anzahl von Judentransporten des Jahres 1944 mit insgesamt 31 941 Juden anfertigte, geht hervor, daß von diesen Juden insgesamt 7532 (23 %) als arbeitsfähig überstellt wurden, während die übrigen vergast worden sind [13]).

„Aktion Reinhardt" — der Mord wird zum Geschäft

Nach Höß war die „Aktion Reinhardt" die Deckbezeichnung für die „Erfassung, Sortierung und Verwertung aller Dinge, die durch die Judentransporte und deren Vernichtung anfielen" [14]). Schon bei der Ankunft wurde das Gepäck der

Gefangenen durch ein besonderes Transportkommando nach der Sortierstelle „Kanada I" gebracht. Höß schreibt:

> „Schon 1942 war Kanada I lange schon nicht mehr in der Lage, die Sortierung laufend zu erledigen. Trotz immer wieder neu erstellter Schuppen und Baracken, Tag- und Nachtarbeit der sortierenden Häftlinge, andauernder Verstärkung dieser Kommandos, türmte sich das noch unsortierte Gepäck, obwohl täglich mehrere Waggons, oft bis zu 20, mit sortiertem Material verladen wurden . . ." [15]

Die Bekleidung und Schuhe wurden nach versteckten Wertsachen durchsucht; ein großer Teil der Bekleidung wurde nach Angaben von Höß der NSV für Umsiedler, später auch für Bombengeschädigte abgeliefert. Große Bestände erhielten auch die großen Rüstungsbetriebe für ihre Fremdarbeiter, andere Textilbestände wurden der textilverarbeitenden Industrie zur Verfügung gestellt.

Wertsachen wurden durch eine Sonderabteilung der Lagerverwaltung erfaßt und mit Lastwagen nach Berlin zum WVHA gebracht. Neben Brillenrahmen, Uhren, Zigarettenetuis, Perlen und Juwelen, Gebissen mit Goldbrücken lieferte das WVHA auch Papiergeld, Devisen und Wertpapier in die Reichsbank, wo nach Aussagen des stellvertretenden Reichsbankpräsidenten Puhl auf Anweisung des Reichsbankpräsidenten und Reichswirtschaftsministers Funk die Golddiskontobank einen laufenden Fonds errichtete, der schließlich 10—12 Millionen Mark betrug und der dem WVHA der SS zur Verfügung stand für die Finanzierung der Herstellung von Materialien in SS-geleiteten Fabriken.

Höß will von Eichmann erfahren haben, daß „die Pretiosen und Devisen in der Schweiz verhandelt" wurden, „ja man beherrschte damit den gesamten Schweizer Pretiosen-Markt" [16].

Nach Angaben von Höß soll ein großer Teil der den Häftlingen abgenommenen Uhren in einer großen Uhrmacherwerkstatt mit Hunderten von Häftlingen in Sachsenhausen sortiert bzw. repariert und später der Wehrmacht zur Verfügung gestellt worden sein. Unbrauchbares Schuhmaterial sei zu Ledermehl verarbeitet worden.

Bei seiner Vernehmung im Frankfurter Auschwitz-Prozeß bestätigte der Angeklagte Mulka, daß die in das Lager eingelieferten Häftlinge geschoren wurden und von den abgeschnittenen Haaren in einem Haarverwertungsbetrieb in Friedland U-Boot-Taue hergestellt worden seien.

So wurde der Mord zum Geschäft, ja selbst aus den Leichen zog man noch die Goldzähne und verwandte ihre Asche als Dünger.

Sklavenarbeit in den Rüstungsbetrieben

Ursprünglich waren nach einem Befehl Himmlers vom Sommer 1941 [17] alle durch die Dienststelle Eichmann nach Auschwitz transportierten Juden ausnahmslos zu vernichten. Später wurde dieser Befehl dahingehend abgeändert, daß alle arbeitsfähigen Juden, Männer und Frauen, in den Rüstungsbetrieben einzusetzen seien. Interessengegensätze in der SS, nämlich die vom Reichssicherheitshauptamt der SS betriebene sofortige Vernichtung der Juden (Dienststelle Eichmann) und die Forderung des WVHA der SS (Pohl), möglichst viele Arbeitskräfte für die Rüstung zur Verfügung zu stellen, konnten nie endgültig beseitigt werden.

Die als arbeitsfähig aussortierten Häftlinge wurden zu einer modernen Sklavenarmee zusammengefaßt. Sie mußten bis zum physischen Zusammenbruch in den anliegenden Rüstungsbetrieben arbeiten; viele Häftlinge wußten, daß sie so zum Tode durch Arbeit verurteilt waren.

Auf Grund der Frontlage wurde ab 1943 von den Rüstungsbetrieben immer

dringender verlangt, daß eine möglichst große Zahl von Arbeitskräften für die Kriegsindustrie eingesetzt werde. Immer mehr Industrieunternehmen ließen sich wie Parasiten in der Umgebung von Auschwitz nieder, um die billige Arbeitskraft der Häftlinge ausnützen zu können. An Nachschub von Häftlingen bestand ja kein Mangel, hatte doch die Zulieferungsorganisation einen Umfang, „mit dem verglichen die heutige Touropa ein bescheidenes Unternehmen ist" (Erich Kuby).

Firmen wie Krupp, die in nächster Nähe des Konzentrationslagers einen Rüstungsbetrieb erbaute, die Hermann-Göring-Werke und Siemens profitierten in ähnlicher Weise von dem Konzentrationslager Auschwitz wie die Buna-Werke, in denen 1944 mehr als 10 000 Häftlinge arbeiteten.

Über die Arbeit in den Buna-Werken berichtet ein Häftling, Berthold E.:

> „Der Weg vom Lager zur Arbeit war 4—6 Kilometer lang. Außerdem mußte man morgens und abends ein bis zwei Stunden beim Appell stehen. Unter diesen Umständen konnte man es also drei bis vier Monate aushalten. Nach Ablauf dieser Zeit starben viele Leute aus Erschöpfung oder Ermüdung. Ich selbst mußte diese schwere Arbeit nicht vollbringen, da ich als Arzt im Ambulatorium beschäftigt war, wo ich Kranke versorgte. Durch dieses Ambulatorium gingen täglich 500 bis 600 Kranke . . . Während der Arbeit wurde oft sehr stark geschlagen. Vom Arbeitsplatz brachte man täglich etwa zehn Tote oder Halbtote, die bald starben . . ." [18])

Ein anderer Häftling, Kai Feinberg, berichtete im Nürnberger Prozeß:

> „Die Bedingungen waren unerträglich .. . Am ersten Arbeitstag, Vorabend vor Weihnachten, 24. Dezember 1942, mußten wir ohne Essen bis 3.00 Uhr morgens des 25. Dezember durcharbeiten. Unser Dienst bestand im Ausladen von Waggons, Eisenstangen und Zementsäcken und schweren Öfen . . ." [19])

Bezeichnend ist die Tendenz, mit der Rechtsanwalt F. Silcher im Schlußplädoyer der Verteidigung der IG-Farbenindustrie vor dem Nürnberger Militärgerichtshof dazu Stellung nahm:

> „. . . wenn Sie sich nun diese von hohem Ethos getragene vorbildliche Einstellung der I.G. gegenüber ihrer Belegschaft vergegenwärtigen und ebenso die in diesem Verfahren klar in Erscheinung getretene Freiheit von jedem engen und überheblichen Nationalismus, die die I.G. auszeichnete, müssen Sie sich da nicht sagen, daß es jeder Lebenserfahrung und jeder psychologischen Wahrscheinlichkeit widersprechen würde, wenn die I.G. nun auf einmal gegenüber den bei ihr tätigen Fremdarbeitern und KZ-Häftlingen die Haltung eines rücksichtlosen, kalten Ausbeuters eingenommen hätte? Außerdem sollte man den Männern der I. G. nicht die Dummheit zutrauen, daß sie ihre Arbeitskräfte, auf denen schließlich die Produktion beruhte, schlecht behandelt und unzureichend ernährt hätte usw. Es ist doch klar, daß eine befriedigende Arbeitsleistung nur von gutwilligen, ausreichend ernährten und anständig behandelten Menschen erwartet werden kann. Liegt nicht der schlagendste Beweis überhaupt in der Tatsache, daß in den I.G.-Werken und der in dem einen Fall Auschwitz auch nicht unbedeutenden Anzahl von KZ-Häftlingen praktisch keine Sabotagefälle vorgekommen sind?" [20])

Hier sprechen Zahlen besser: Im Zeitraum von 3 Jahren starben in den Arbeitslagern der IG-Farbenindustrie etwa 30 000 Häftlinge [21]).

Ing. Faust von der IG-Farbenindustrie, verantwortlich für die technische Durchführung des Aufbaus der Buna-Werke, notiert im Wochenbericht für die Zeit vom 8.—21. 2. 1943, daß sich die SS verpflichtet habe, „alle schwachen Häftlinge abzuschieben" [22]). „Abschieben" bedeutet aber nach dem Wortschatz der SS

nichts anderes als: diese Häftlinge in die Gaskammern, da die Firma nur für die voll arbeitenden Häftlinge zahlt.

Hunger und Uberanstrengung hatten zur Folge, daß viele Häftlinge in den Krankenbaracken verendeten oder bei den ständigen „Nachselektionen" noch für die Gaskammern bestimmt wurden.

Nach dem Kriege konnte eine Reihe früherer KZ-Häftlinge durch Vergleiche mit ihren früheren Zwangsarbeitgebern IG-Farben, AEG, Siemens und Krupp finanzielle Abfindungen erreichen. Von sämtlichen noch nicht entschädigten KZ-Häftlingen haben sich bis jetzt allein 18 999 Juden bei der „Compensation Treuhand GmbH" gemeldet. Aus einer Zusammenstellung dieser Organisation, die zur Abwicklung bereits geschlossener Vergleiche gegründet wurde, geht hervor, in welchen Dienststellen und Firmen KZ-Häftlinge während des Krieges zur Zwangsarbeit abgestellt worden waren und überlebten. Unter den aufgezählten Firmen finden sich Messerschmitt (1269 Häftlinge), Junkers-Werke (1200), Heinkel-Werke (1175), Hermann-Göring-Werke (1060), Moll & Holzmann (1000) u. a.

Industrialisierter Massenmord

Eine Tochtergesellschaft der IG-Farben, die Firma „DEGESCH" (Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung mbH, Frankfurt/Main) produzierte das Gas Zyklon B, das zur Massenvernichtung in den Gaskammern von Auschwitz zur Verwendung kam. Nach Dessau, wo das Zyklon B durch die Firma „Tesch und Stabenow" vertrieben wurde, fuhren die Lastwagen des Lagers Auschwitz, wie mehr als fünfzig erhaltene Fahrbefehle bestätigen. Der im Frankfurter Auschwitz-Prozeß mitangeklagte Robert Mulka soll u. a. als Leiter der Fahrbereitschaft und als Adjutant von Höß für die Errichtung und Sicherung der Vergasungsanlagen und für die Herbeischaffung des Zyklon B verantwortlich gewesen sein.

Selbst an dem Verkauf dieses Gases erzielte der Konzern während der Jahre 1941—1944 einen Gewinn von fast 300 000 RM. Allein in Auschwitz wurden in diesem Zeitraum rund 20 000 kg Zyklon B verbraucht. (Nach Angaben von Höß brauchte man 5—7 kg Zyklon B, um 1500 Menschen zu töten.)

Beim Bau der Krematorien in Auschwitz und anderen Konzentrationslagern bewährte sich die Firma J. A. Topf & Söhne, Maschinenfabrik und Feuerungstechnische Bauunternehmung, Erfurt, die in Zusammenarbeit mit der SS später noch Versuche durchführte, um die Kapazität der Verbrennungsöfen zu verbessern. Am 28. Juni 1943 hatte der Leiter der Zentralbauleitung der Waffen-SS in Auschwitz, SS-Sturmbannführer Bischoff, nach Berlin gemeldet, daß das letzte der (vier) Krematorien fertiggestellt und „dem Betrieb übergeben" worden sei und daß die Verbrennungskapazität pro Tag 4756 Leichen betrage. Da die Verbrennungskapazität später nicht mehr zu steigern war (Höß: „Die Verbrennungskapazität zu steigern, war feuerungstechnisch nicht möglich. Versuche führten zu schweren Schäden . . ."), verbrannte man einen Teil der Leichen schließlich in offenen Gruben.

Die praktischen Erfahrungen aus dieser Zeit ermutigten wohl die gleiche Firma Topf & Söhne, nach dem Kriege von Wiesbaden aus beim Deutschen Patentamt in München eine Erfindung über „Verfahren und Vorrichtung zur Verbrennung von Leichen, Kadavern und Teilen davon" anzumelden; das Patent wurde ihr am 5. Januar 1953 unter der Nr. 861 731 Klasse 24 d Gruppe 1 erteilt.

Immer mehr Häftlinge für die Rüstungsindustrie

Höß schreibt:

> „Der Verlauf des Krieges erzwingt den Einsatz aller überhaupt verfügbaren Arbeitskräfte für die Rüstung. Eine noch beachtliche Reserve ist in den Konzentra-

tionslagern mit nicht kriegswichtigen Arbeiten beschäftigt. Himmler verspricht dem Führer die Übernahme ‚siegentscheidender Rüstung' durch die SS und die Durchführung durch die Häftlinge. Ab diesem Zeitpunkt gilt für ihn nur noch die Parole: rücksichtslosester Arbeitseinsatz aller noch verfügbaren Häftlinge für die Rüstung . . ., und für das Reichssicherheitshauptamt: neue sicherheitspolizeiliche Aktionen, um mehr Häftlinge herbeizuschaffen, für Eichmann: seine Judenaktionen zu intensivieren . . ." [23])

Auf Grund von erhalten gebliebenen, allerdings nur fragmentarischen Angaben wurde festgestellt, daß von Häftlingen im Januar 1943 60 837 und im November des gleichen Jahres 537 000 Tageschichten für die Rüstung geleistet worden sind [24]). Immer größer wird die Zahl der in der Rüstungsindustrie beschäftigten Häftlinge, nicht zuletzt auch in den Buna-Werken des IG-Konzerns, wo man im Jahre 1943 davon überzeugt war, daß dem Werk Auschwitz noch eine größere Bedeutung zukommen müsse. In einem Brief von Dr. Otto Ambros an den Direktor Dr. v. Schnitzler vom 8. Juli 1943 heißt es:

„Es handelt sich bei Auschwitz ja nicht nur um eine der vielen I.G.-Gründungen, wie wir sie in den letzten Jahren geschaffen haben, sondern ich fürchte nach den Ereignissen der letzten Wochen, daß Auschwitz berufen ist, sich ganz entscheidend für unsere Firma und damit auch für die Rüstung auszuwirken . . ." [25])

Personalprobleme im IG-Werk Auschwitz

Es herrschte zwar kein Mangel an Arbeitskräften, wohl aber an deutschem kaufmännischem Personal für das immer größer werdende IG-Werk Auschwitz. 1943 wurde eine Hilfsaktion gestartet, um aus den verschiedenen IG-Betrieben im Reich technische Kräfte für Auschwitz freizubekommen. Über den Erfolg dieser Aktion berichtet Dr. Otto Ambros in dem bereits zitierten Brief an den Leiter des kaufmännischen Ausschusses, Dr. v. Schnitzler:

„Ich komme zurück auf meine Ausführungen in der letzten Tea-Sitzung wegen der Hilfsaktion Auschwitz. Inzwischen haben die technischen Betriebe in kameradschaftlichster Weise Hunderte von besten Kräften nach Auschwitz abgestellt und mir damit außerordentlich geholfen. Auf Veranlassung von Herrn Prof. Krauch werden in den nächsten Tagen Landesschützen dem Werk überwiesen, so daß auch der Schutz der deutschen Belegschaft gegeben ist."

Gegen Ende des Briefes richtet Ambros einen erneuten Appell an Schnitzler:

„Ich richte nun die Bitte an Sie als Leiter des kaufmännischen Ausschusses, diesen Appell an Ihre kaufmännischen Kollegen zu geben und mir für Auschwitz mindestens 50 deutsche Kräfte freimachen. Jeder Tag bringt uns entscheidenden Nutzen!"

Grund zu diesem Appell war eine Mitteilung des kaufmännischen Leiters von Auschwitz, Dr. Savelsberg, an Dr. Otto Ambros:

„Die katastrophalen Personalverhältnisse in Auschwitz machen es erforderlich, mit allen Mitteln Vorsorge zu treffen, daß die in der kaufmännischen Abteilung zu leistenden Arbeiten nicht durch anzahl- und arbeitsmäßig mangelhafte Kräfte eine zu große Verzögerung erleiden . . ." [26])

Bis Ende 1943 hat Auschwitz „81 kaufmännische Gefolgschaftsmitglieder, meist männliche, zur Übernahme während der Kriegszeit zugeteilt erhalten" [27]).

Medizinische Experimente an Häftlingen im Dienst der Industrie

Im Dienst der Industrie standen auch Ärzte, die an Häftlingen grausame und unmenschliche Experimente durchführten, ihnen Malaria, Typhus, Krebs injizierten, ihnen Phosphorverbrennungen beibrachten und ihre Gliedmaßen verstüm-

melten, um für sich vorteilhafte Verträge mit den Firmen abzuschließen, wie z. B. mit der IG-Farbenindustrie (Ding-Schuler und Vetter), mit den Schering-Werken (Dr. Gebel) und mit der Firma Bayer.

Aus der erhalten gebliebenen Korrespondenz der Firma Bayer, Leverkusen, mit dem Kommandanten des Konzentrationslagers Auschwitz geht beispielsweise hervor, daß von seiten der Industrie „bezüglich des Vorhabens von Experimenten mit einem neuen Schlafmittel" Kontakt mit der Lagerleitung aufgenommen und eine Anzahl von Frauen für Versuchszwecke angefordert wurde. In dem Briefwechsel wird um den Preis gefeilscht („170 Mark pro Kopf"), um die Anzahl der Frauen, um ihren Gesundheitszustand. Natürlich kommt man zu einer Einigung:

> „Bereiten Sie 150 Frauen in bestmöglichstem Gesundheitszustand vor, und sobald Sie uns mitteilen, daß Sie soweit sind, werden wir diese übernehmen . . ." „Erhielten den Auftrag für 150 Frauen. Trotz ihres abgezehrten Zustandes wurden sie als zufriedenstellend befunden. Wir werden Sie bezüglich der Experimente auf dem laufenden halten . . ." „Die Versuche wurden gemacht. Alle Personen starben. Wir werden uns bezüglich einer neuen Sendung bald mit Ihnen in Verbindung setzen" [28]).

Die Diskussion um die Beteiligung der deutschen Industrie im Dritten Reich steht noch aus; diese Diskussion scheint unbequem, nicht allein schon deshalb, weil man befürchtet, daß sie zum Teil auch ein fragwürdiges Licht auf die heutige westdeutsche Industrie werfen würde.

Bekannt ist, daß Kreise der deutschen Industrie in den Jahren 1918 bis 1933 planmäßig die deutsche Remilitarisierung betrieben und den Nationalsozialisten durch unmittelbare finanzielle Unterstützung halfen, die Macht zu ergreifen.

Die Wirtschaftspolitik des Dritten Reiches zeigt, daß die Ziele der nationalsozialistischen Politik den Interessen der deutschen Industrie nicht konträr waren. In den Jahren bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde die Industrie wesentlich an der Verwirklichung dieser Ziele beteiligt. Nicht ohne Grund konnte 1941 ein Wirtschaftspublizist über die Zusammenarbeit zwischen Staat und Industrie, zwischen „Lenker" und „Gelenkten" schreiben:

> „Auf die aktivistische Einstellung der Industriellen kommt es in dem neuen Staat um so mehr an, als das deutsche System der Wirtschaftslenkung sich nicht auf die Aufgabe von Direktiven von oben nach unten beschränkt, sondern seiner Natur nach der ständigen bereitwilligen korrigierenden Mitarbeit der Gelenkten bedarf. Diese Mitarbeit ist geradezu eine der wichtigsten Voraussetzungen, auf denen die Funktionsfähigkeit unserer Wirtschaftslenkung beruht." [29])

Aus Kreisen der Industrie ist auch in der Zeit von 1933—1945 so gut wie kein entscheidender Widerstand wirksam geworden.

Mit Ausbruch des Krieges entwickelte sich die deutsche Industrie zu einem „Instrument fortgesetzter Intensivierung des Krieges" [30]). Für die Politik Hitlers ist die deutsche Industrie mitverantwortlich gewesen.

Im Beispiel Auschwitz wurden bei der Vernehmung der IG-Direktoren im Nürnberger IG-Prozeß zunächst auch die wirtschaftlichen Interessen der Industrie bei der Gründung der Konzentrationslager nicht bestritten. Die Erklärungen der IG-Direktoren sollten nicht unbeachtet bleiben, auch wenn man heute die vor der Anklagebehörge gemachten Bekundungen dadurch abzuwerten versucht, daß sich die beschuldigten IG-Direktoren in einer „Phase der völligen Hilflosigkeit" befunden hätten, da diese Aussagen nur vor der Anklagebehörde gemacht und später vor Gericht von den Angeklagten abgestritten worden seien.

Anmerkungen

[1]) Dr. Otto Ambros ist heute Mitglied in Aufsichtsräten der Scholven-Chemie AG, Gelsenkirchen, und der Feldmühle Papier- und Zellstoffwerke Düsseldorf.
[2]) Vgl. das Urteil des amerikan. Militärgerichts VI im IG-Farben-Prozeß vom 29. 7. 1948.
[3]) Rudolf Höß, Kommandant in Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen. Hrsg. v. Martin Broszat. München 1963, S. 179.
[4]) Nürnberger Dokumente NI-11 118.
[5]) Dr.-Ing. Heinrich Bütefisch, heute stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Ruhrchemie AG, wurde 1948 vom Militärtribunal in Nürnberg zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt, weil er für die Ausbeutung der in den IG-Arbeitslagern beschäftigten KZ-Häftlingen mitverantwortlich war. Im März 1964 wurde ihm vom Bundespräsidenten Heinrich Lübke das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Auf Grund zahlreicher Proteste in der Öffentlichkeit wurde er kürzlich um Rückgabe der Auszeichnung ersucht.
[6]) Aussage des ehem. Aufsichtsratsvorsitzenden der IG-Farben, Karl Krauch, im IG-Farbenprozeß; Nürnberger Dokumente NI-4033.
[7]) Rudolf Höß a.a.O., S. 139.
[8]) Kazimierz Smolen, Auschwitz 1940—1945. Archiv des Staatlichen Museums in Oswiecim (Auschwitz) 1961, S. 50.
[9]) Eidesstattliche Erklärung von Rudolf Höß in Nürnberg am 5. 4. 1946.
[10]) Kazimierz Smolen, a.a.O., S. 19.
[11]) In: Jahn Sehn, Konzentrationslager Oswiecim-Brezinka (Auschwitz-Birkenau), Warschau 1957.
[12]) Enthalten in: Akten des Krakauer Volksgerichtsprozesses gegen 40 Angehörige des SS-Stabes von Auschwitz; Fotokopie im Institut für Zeitgeschichte, München, Arch. Sign. Fa 86.
[13]) Enthalten in: Akten des polnischen Volksgerichtsprozesses gegen Höß; Fotokopie im Institut für Zeitgeschichte, München, Arch. Sign. Fa 86.
[14]) Rudolf Höß, a.a.O., S. 167.
[15]) Rudolf Höß, a.a.O., S. 168.
[16]) Rudolf Höß, a.a.O., S. 168 f.
[17]) Rudolf Höß, a.a.O., S. 124 und S. 157; vgl. auch seine Aussage vor dem Internationalen Militärgericht in Nürnberg am 15. 4. 1946.
[18]) Kazimierz Smolen, a.a.O., S. 49.
[19]) Aussage des ehem. Häftlings stud. math. Kai Feinberg, Oslo, im Nürnberger Prozeß. In: SS im Einsatz, Berlin 1957, S. 464.
[20]) Grundlegendes Material der Verteidigung über die IG-Farbenindustrie Aktiengesellschaft, Bd. 2, überreicht von Rechtsanwalt Friedrich Silcher im Auftrage der Verteidigung, Nürnberg 1948.
[21]) Kazimierz Smolen, a.a.O., S. 50.
[22]) Kazimierz Smolen, a.a.O., S. 49.
[23]) Rudolf Höß, a.a.O., S. 174 f.
[24]) Kazimierz Smolen, a.a.O., S. 47.
[25]) Aus einer in Vorbereitung befindlichen Arbeit (Dokumentensammlung) des Verfassers über „Industrie und Drittes Reich").
[26]) Zitiert im Brief von Dr. Otto Ambros an Dr. v. Schnitzler vom 8. Juli 1943.
[27]) Aus einem Brief vom 29. Okt. 1943 von Dr. Georg Paech an Dr. Otto Ambros.
[28]) Nürnberger Dokumente NI-7184.
[29]) E. Welter, Der Weg der Deutschen Industrie, Frankfurt/Main 1941, S. 26.
[30]) K. Burkheiser, Finanzierung des totalen Krieges, Berlin (1941).

als ehemaliger KZ'ler vergeblich um Verständnis für seinen Leidensgenossen, den Häftlings-Pater, wirbt.

Auboiroux zum Bischof: „Mir ist klar, daß die Regierung Ihres Landes meinen Freund Mauritz haßt. Von den Regierenden greift er die an, die sich nach seiner Meinung schuldig gemacht haben, indem sie mit dem Gesindelregime Hitlers paktierten. Dies tat Ihr Herr Kultusminister von Anfang an und mit Begeisterung ..."

Der Bischof: „Seien Sie gewiß, Monsieur, daß Übereifer und unbeherrschte Kritik an Ämtern, Personen und Verhältnissen, welches beides der von Ihnen geschätzte Pater Mauritz sich unbefugterweise zum Geschäft gemacht hat, von einer Instanz meiner Kirche nie anders beantwortet werden wird, als es beantwortet worden ist ..."

Pater Roth wurde zum Schweigen gebracht, doch kann — wie man sieht — auch Schweigen beredt sein.

Rolf Seeliger

Bücher

Auschwitz

Auschwitz, Zeugnisse und Berichte. Mit vielen Originaldokumenten und bisher unveröffentlichten Aufnahmen. Herausgegeben von H. G. Adler, Hermann Langbein und Ella Lingens-Reiner. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 422 S., Ln. DM 25,—.

„Ich bin so ermattet, daß meine Feder nicht mehr schreiben kann. Mensch, lege Deine Kleider ab, bestreue Dein Haupt mit Asche, renne auf die Straße und tanze, von Wahnsinn gepackt ..."

Dieses Wort vor der Agonie in der Gaskammer aus André Schwarz-Barths unvergleichlichem „Der Letzte der Gerechten" steht fortgesetzt über der Lektüre dieses Bandes, den zu lesen nur als Aufgabe möglich scheint. Sorgfältig zusammengetragen, so übersichtlich wie es ging komponiert, zeugen Überlebende von Auschwitz für die Toten von Auschwitz.

Diese Stätte kennt keine Analogien, keine Parallelen, keine Vergleiche, jedenfalls da Treblinka im August 1943 von dem jüdischen Arbeitskommando zerstört und nicht wiederaufgebaut wurde. Wir zitieren Auschwitz' Unvergleichlichkeit nicht, um die Diagramme der Unmenschlichkeit aller Epochen aneinander zu messen (was das schlechte zeitgenössische Gewissen und seine Philosophie vom „negativen Trost" bekanntlich nur zu gern tut — „Wie gut, daß ‚die Anderen' auch Böses getan haben" ...), sondern weil jede andere Sicht einfach die Dimension verfehlt, mit der wir es historisch, politisch und soziologisch bei Auschwitz zu tun haben. Das technische Zeitalter zeigte sich bei der serienmäßigen Hinschlachtung von Menschen voll in Aktion. Die Chronik des mechanischen Vernichtungsapparates von Auschwitz ist zugleich die Darstellung seiner wachsenden Ausdehnung und seiner Vervollkommnung — bis sie dann alle da standen und in den polnischen Himmel rauchten: das alte Krematorium I des „Stammlagers" und die „neuen", II bis V in Birkenau, davon übrigens II und III mit der größten Tageskapazität von 1440 verbrannten Leichen ...

Auschwitz — ein Planet auf unserem Planeten, eine Herrschaft für sich, die das Verbrechen bewußt so hoch hinauf ins Astronomische, Spiralnebelhafte, Irrationale trieb, daß die Wahrheit draußen nur das Kopfschütteln der Ungläubigkeit provozieren sollte. „Deutsche kriegen doch so etwas nicht fertig!" — Sie kriegten es fertig.

Auschwitz ist Geschichte gewesen, ist wahr gewesen — im Namen Deutschlands. Es sind wahr gewesen die sternförmig aus dem ganzen besetzten Europa heranrollen-

den Eichmann-Transporte hin zu diesem Ort, darunter die französischen Züge aus Drancy, bei denen es für schwangere Frauen kein einheitliches Verfahren gab. Zeitweise wurden sie gleich, zeitweise erst nach der Niederkunft deportiert. Wahr gewesen ist, fürchterlicher Mittelpunkt des Bandes, Miklos Nyiszlis „Sonderkommando", jener betäubende Augenzeugenbericht von der Ankunft in Auschwitz über den Gastod bis zu dem Anblick, den die geöffneten Kammern boten:

„Die Leichen liegen nicht im Raum verstreut, sondern türmen sich hoch übereinander. Das ist leicht zu erklären. Das von draußen eingeworfene Zyklon entwickelt seine tödlichen Gase zunächst in Bodenhöhe. Die oberen Luftschichten erfaßt es erst nach und nach. Deshalb trampeln die Unglücklichen sich gegenseitig nieder, einer klettert über den andern. Je höher sie sind, desto später erreicht sie das Gas. Welch furchtbarer Kampf um zwei Minuten Lebensverlängerung."

Unzumutbare Lektüre? Wahr gewesen ist, mein Gott, der Tod dieses kleinen Mädchens, das Orli Wald-Reichert Christel nennt, das blind war und das auch seine Blindheit nicht vor dem Gas retten konnte.

Unzumutbare Lektüre? Wahr gewesen ist — wie sollen wir jemals wieder schlafen, froh, unbefangen sein können, wie? — wahr gewesen ist die Geschichte eines einzig überlebenden Mädchens inmitten von 3000 Gasleichen im Krematorium I — mit Fleischbrühe wiederaufgepäppelt, mußte sie ein zweites Mal sterben.

Welche Einzelheiten sollen noch genannt werden — und warum? Wer lesen will, der lese — der Planet Auschwitz hat, entgegen dem Willen seiner Schöpfer und Täter, ungezählte Spuren hinterlassen, Fotos, Dokumente, „Zeugnisse und Berichte". So wissen wir von dem Aufstand des Sonderkommandos am 7. Oktober 1944, bei dem das Krematorium IV in Brand gesteckt wurde, und der doch zusammenbrechen mußte vor der Übermacht der SS. Auschwitz duldete keinen lokalen Sieg der Gepeinigten über die Peiniger, wie Treblinka oder Sabibur. Wir wissen von der größten zusammenhängenden Exekution der Menschheitsgeschichte überhaupt, dem „Bravourstück" Adolf Eichmanns, dem Gastod von nahezu einer halben Million ungarischer Juden in den Monaten Mai bis Juli 1944. Wir kennen die exakte Chronologie von Auschwitz, angefangen bei jenem 18. April 1940, an dem Rudolf Höß im Auftrag Himmlers die Stätte prüfte, bis zu jenem 27. Januar 1945, an dem sowjetische Fronttruppen 5000 nur noch menschenähnliche Gestalten in den Baracken vorfanden.

Dazwischen: Mord, Mord, Mord. An Einzelnen und in Massen; durch Gas, Feuer oder Kugel; durch Erwürgen, Erhängen, Erschießen, Erschlagen. Wie soll es den Getroffenen, den Betroffenen, den Überlebenden, wie soll es uns allen überhaupt noch gelingen, beim Anblick einer harmlos blutenden Wunde nicht an Auschwitz zu denken? Bei ungefährlichem Hustenreiz nicht an das Gas, bei körperlichem Schmerz nicht an Bogers „Schaukel", die „Schwarze Mauer", den Bunker oder Prof. Claubergs Sterilisationsblock zu denken? Wie sollen wir leben mit diesem Namen — A u s c h w i t z ?

H. G. Adler, Hermann Langbein und Ella Lingens-Reiner konfrontieren uns mit einer Erscheinung, die sich sofort als unsühnbar ausweist. In Frankfurt am Main hat das Gesetz sich 22 Männer bemächtigt, die zu den Tätern von Auschwitz zählten. Aber wie immer dieser Prozeß, und seine vielen Nebenverfahren, auch ausgehen mag, er beantwortet keine einzige der ungeheuerlichen Fragen, die uns das Dokumentarwerk „Auschwitz" stellt: die Disproportionen der Geschichte sind makaber — hier ein Himalaya an Leichen, dort, kaum sichtbar, ein Maulwurfshügel gefaßter Täter ...

Auschwitz läßt uns keinen Trost, keinen Ausweg und auch keine anachronistische Flucht etwa in die religiöse Interpretation des jüdischen Völkermords. Um so weniger, als die Gegenwart sich zwielichtig genug gibt — in zwanzig Jahren hätte sich viel ereignen können. Aber die Empörung gegen die Darstellung der Sexualsphäre im modernen Film ist zu laut, gemessen an dem ethischen Disengagement gegenüber der Politik, gemessen an diesem ganzen Un-Verhältnis zu ihr überhaupt, worin die Wurzel allen Übels uns entgegenwächst.

Nein, die Lektüre von „Auschwitz — Zeugnisse und Berichte" duldet keine glättende, beschönigende, versöhnende Schlußformeln. Der Chronist legt den Band aus der Hand in der Ahnung, daß jedes potentielle Auschwitz wieder genügend Handlanger, Mörder, Krematorienfabrikanten, Stacheldrahthersteller, Bogers finden würde.

W ü r d e, gewiß — aber der Konjunktiv ist keineswegs gesichert.

Ralph Giordano

Neuerscheinungen

Kulturkritik und Soziologie

Eugen Lemberg, Nationalismus. Rowohlt Verlag, Reinbek, Teil I: Psychologie und Geschichte, 333 S., kart. 3,80 DM; Teil II: Soziologie und politische Pädagogik, 170 S., kart. 2,40 DM (Rowohlts Deutsche Enzyklopädie, Bd. 197/198 und 199).

August Nitzschke, Der Feind. Erlebnis, Theorie und Begegnung. Formen politischen Handelns im 20. Jahrhundert. Kohlhammer Verlag, Stuttgart, 268 S., Ln. 19,80 DM.

Bertrand Russell, Skepsis. Aus dem Englischen von Ruth Gillischewski. Athenäum Verlag, Frankfurt, 212 S., Paperback 12,80 DM.

Simone de Beauvoir, Soll man de Sade verbrennen? Drei Essays zur Moral des Existentialismus. Aus dem Französischen von Alfred Zellen. Szczesny Verlag, München, 300 S., Ln. 19,80 DM.

Der Film. Manifeste, Gespräche, Dokumente. Herausgegeben von Theodor Kotulla. Bd. II: 1945 bis heute. Piper Verlag, München, 432 S., 60 Abb., Paperback 14,80 DM.

Gert H. Theunissen, Das Schweigen und sein Publikum. Eine Dokumentation. Verlag M. DuMont Schauberg, Köln, 188 S. mit 50 Fotos, Paperback 5,90 DM (Reihe „DuMont Aktuell"). — Die Zusammenstellung hält die wichtigsten Argumente um den heiß diskutierten Film des schwedischen Regisseurs Ingmar Bergman fest.

Geschichte und Zeitgeschichte

Geschichte der deutschen Länder (Territorien-Ploetz). Verlag A. G. Ploetz, Würzburg, Bd. I: Die Territorien bis zum Ende des alten Reiches. 832 S., Ln. 54,80 DM.

Edmond Taylor, Der Untergang der Dynastien. Habsburg, Hohenzollern, Osmanen, Romanows. Deutsch von Hans Flesch-Bruningen. Desch Verlag, München, 480 S., Ln. 28,50 DM.

Friedrich G. Kleinwaechter, Von Schönbrunn bis St. Germain. Die Entstehung der Republik Österreich. Styria Verlag, Graz/Wien/Köln, 344 S., Ln. 19,80 DM.

Heinz Günther Sasse, 100 Jahre Botschaft in London. Aus der Geschichte einer Botschaft. Buchhandlung Hermann Behrendt, Bonn, 95 S. mit 10 Abb., kart. 7,70 DM.

Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933. Zweite Auflage. Nymphenburger Verlagshandlung, München, 416 S., Ln. 45,— DM.

Eike v. Repkow (Robert M. W. Kempner), Justizdämmerung. Auftakt zum Dritten Reich. Fotomechanischer Nachdruck der im Jahre 1932 im Volksfunk-Verlag, Berlin, erschienenen Originalausgabe. Im Selbstverlag des Verfassers, Frankfurt, 120 S., kart. 8,40 DM. — Unter dem Pseudonym Eike v. Repkow ließ im März 1932 der damalige Justitiar der Polizeiabteilung im Preußischen Innenministerium, Dr. Robert Kempner, eine Warnung vor dem heraufziehenden Dritten Reich erscheinen. Kempner wollte gleichzeitig der Behauptung entgegentreten, „die Justiz sei in den Zeiten der Monarchie unabhängiger gewesen als während der Weimarer Republik." Zur Wiederauflage seiner „Kassandra-Schrift" heißt es im Vorwort des Verfassers: „Sie (die Schrift) beweist aber weiter, und dadurch ist sie besonders aktuell, daß Richter oder Andere, die führend an Mordprogrammen teilnahmen, wahrheitswidrig ihr Wissen darüber leugnen, daß die ‚Justiz' des Dritten Reiches von vornherein auf die Ermordung der politischen, rassischen und religiösen Gegner ausging."

Werner Klose, Generation im Gleichschritt. Ein Dokumentarbericht. Gerhard Stalling Verlag, Oldenburg, 296 S., 24 Fotos, Ln. 19,80 DM. — Bericht über die Geschichte der „Hitlerjugend".

Wolfgang Scheffler, Juden-Verfolgung im Dritten Reich. Erweiterte Neuauflage, Colloquium Verlag, Berlin, 96 S., br. 4,80 DM (Zur Politik und Zeitgeschichte, Heft 4/5).

John Gimbel, Eine deutsche Stadt unter amerikanischer Besatzung. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 312 S., Ln. 19,80 DM. — Ort der Untersuchung ist die Universitätsstadt Marburg.

Aktuelle Themen

Hans Thirring, Mehr Sicherheit ohne Waffen. Denkschrift an das österreichische

Volk und seine gewählten Vertreter. Verlag für Jugend und Volk, Wien, 32 S. und ein Nachtrag betreffend Atomtestverbot, br. 2,50 DM. — Die Wandlung des politischen Klimas in den letzten zehn Jahren bietet nach Ansicht Prof. Thirrings „für einzelne, durch ihre geographische und politische Lage besonders begünstigte neutrale Länder, die in der Geschichte vielleicht noch nie dagewesene Gelegenheit . . ., aus einem Dienst, den sie der ganzen Welt erweisen, gleichzeitig selbst auch erheblichen Gewinn zu erzielen". Von dieser These ausgehend, entwickelt der in Wien lebende Gelehrte und Nationalrat einen Plan zur totalen Abrüstung Österreichs.

Friedrich Pollock, Automation. Materialien zur Beurteilung der ökonomischen und sozialen Fragen. Zweite, vollst. überarbeitete Neuausgabe. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 380 S., 8 Tafeln. Paperback 14,80 DM.

Oskar Lange, Entwicklungstendenzen der modernen Wirtschaft und Gesellschaft. Eine sozialistische Analyse. Europa Verlag, Wien/Köln/Zürich, 192 S., Paperback 12,80 DM.

Willi Thiele, Pressefreiheit — Theorie und Wirklichkeit. Colloquium Verlag, Berlin, 96 S., Ln. 18,— DM (Abhandlungen und Materialien zur Publizistik Bd. 4).

Werden wir richtig informiert? Massenmedien und Publikum. Ehrenwirth Verlag, München, 96 S., Paperback 5,80 DM (Reihe „Thema" Bd. 4).

Information oder herrschen die Souffleure? 17 Untersuchungen. Herausgegeben von Paul Hübner, Rowohlt Verlag, Reinbek, 138 S., kart. 2,20 DM (Rororo/Aktuell/Bd. 682).

Dokumente zum Zeitgeschehen

Grundsätze einer neuen deutschen Außenpolitik

Es wird von Tag zu Tag deutlicher, daß die in der „Ära Adenauer" konzipierte Außenpolitik der Bundesregierung nicht mehr imstande ist, den Grundproblemen der deutschen nationalen Existenz gerecht zu werden, geschweige diese Probleme zu lösen. Ungeachtet einzelner pragmatischer Ansätze zu einer größeren Beweglichkeit in der Ostpolitik stehen bestimmte Tabus und Doktrinen einer sachlichen Beurteilung unserer Lage und allen Versuchen, sie im positiven Sinne zu wandeln, entgegen. Eine schleichende außenpolitische Ratlosigkeit in Bonn wie in der deutschen Öffentlichkeit ist die Folge. Um so notwendiger erscheint eine Besinnung auf die Ziele und Möglichkeiten einer deutschen Außenpolitik in der heutigen Lage.

Es muß von der Einsicht ausgegangen werden, daß eine weltpolitische Entspannung die unerläßliche Voraussetzung sowohl der Sicherheit wie auch der Freiheit der Bundesrepublik und der Wiedervereinigung Deutschlands ist. Ein ausreichendes Maß an Sicherheit kann es gerade für Deutschland im Hinblick auf seine geographische Lage nur geben, wenn die Bemühungen der Großmächte um eine Milderung des Kriegsrisikos die im vergangenen Herbst zu dem Moskauer Abkommen über die Einstellung von Kernwaffenversuchen geführt haben und seither auf verschiedenen Ebenen fortgesetzt werden, Erfolg haben. Darum verdienen diese Bemühungen — gerade im Interesse Deutschlands — nicht allein unsere Zustimmung, sondern unsere aktive Mitwirkung und Förderung.

Ein weltpolitischer Alleingang der Bundesregierung ist weder möglich noch anzustreben. Deutsche Entspannungsinitativen müssen mit den Bündnispartnern abgesprochen

Günther Kastenmeyer

Gespräche in Moskau

Von einer Reise deutscher Jungdemokraten in die UdSSR 1964

Auch im Jahre 1964 ist eine Reise in die Sowjetunion für einen Bürger der Bundesrepublik Deutschland noch ein besonderes Erlebnis: nicht nur, weil dieses Land für uns Deutsche immer mit besonderen Vorstellungen behaftet war, sondern vor allem eben auch, weil gerade als Folge des Zweiten Weltkrieges sich das Schicksal unseres Vaterlandes in der russischen Metropole entscheiden kann.

So ist es auch nicht verwunderlich, daß nach meinen Erfahrungen kaum eine andere Auslandsreise auf so konzentriertes Interesse in unserem Land stößt. Es soll daher versucht werden, einige Eindrücke von dieser Reise wiederzugeben, wenn auch mit allen Vorbehalten: zwölf Tage dauerte unser Aufenthalt in Leningrad und Moskau, und nur diese zwei Städte haben wir besucht. Niemand, der für so kurze Zeit dieses Land besucht hat und nur den kleinen, wenn auch nicht unbedeutenden Ausschnitt seiner einstigen und heutigen Metropole kennengelernt hat, soll glauben, damit ein besonderer Sachkenner für Fragen der Sowjetunion zu sein.

Wir, die dreiköpfige „delegazija" der Deutschen Jungdemokraten, waren nach eineinhalbjähriger Korrespondenz mit dem Komitee der sowjetischen Jugendverbände einer Einladung gefolgt, die wir nach langen Diskussionen in unserem Verband selbst angeregt hatten. Auch eingedenk der Tatsache, daß angesichts der weltpolitischen Konstellation die Möglichkeiten einer politischen Jugendorganisation in Deutschland, zu einer echten Politik der Wiedervereinigung beizutragen, recht beschränkt sind, entschlossen wir uns 1962, wenigstens den Versuch zu unternehmen, uns an Ort und Stelle selbst zu informieren über die sowjetischen Vorstellungen und gleichzeitig unsere eigenen Gedanken dort vorzutragen.

Dieser Versuch, das sei hier am Anfang klar und eindeutig festgestellt, war gerechtfertigt. Nicht, daß die sowjetische Deutschlandpolitik nun etwa eine wenn auch nur nuancierte Änderung erfahren hätte (es wäre auch töricht gewesen, hätten wir so etwas jemals erwartet), aber trotzdem gibt es eben nicht mehr zu übersehende Folgen: erstmals ist eine politische Jugendorganisation aus der Bundesrepublik in die UdSSR gefahren, ohne daß es zu einem negativen Echo bei uns gekommen ist — im Gegenteil. Damit ergibt sich nicht nur für die beiden anderen großen politischen Jugendorganisationen die Chance, das von den Deutschen Jungdemokraten begonnene Gespräch aufzunehmen, sondern die politischen Parteien selbst können erkennen, welche Bedeutung dem deutsch-sowjetischen Gespräch in unserer öffentlichen Meinung beigemessen wird (und danach handeln!).

Außerdem — und das erscheint uns nicht minder wichtig — haben erstmals Vertreter der politisch organisierten Jugend aus der Bundesrepublik sich dem offenen Gespräch und der Diskussion mit den Repräsentanten der sowjetischen Jugend gestellt. Gewiß, Konrad Adenauer war 1955 als deutscher Bundeskanzler nach Moskau gefahren, Carlo Schmid und Fritz Erler hatten als führende Vertreter der SPD die Sowjetunion besucht, und Thomas Dehler war als Vizepräsident des Deutschen Bundestages einer Einladung in die UdSSR gefolgt: bis heute jedoch vermißt man den Versuch der politischen Jugend Deutschlands, auf breiter Basis mit der sowjetischen Jugend ins Gespräch zu kommen. Unübersehbar sind die Schlüsse, die man hieraus in der Sowjetunion zieht. Entweder, so ist dort

der Eindruck, vermeiden wir das Gespräch, weil uns an einer solchen Auseinandersetzung nichts liegt, und damit müßten wir die Wiedervereinigung abgeschrieben haben, oder wir scheuen diese Diskussion schlechthin, und das wäre das Eingeständnis unserer sachlichen Unterlegenheit. Eine Folgerung so schlimm wie die andere.

Zentralthema: Deutsche Wiedervereinigung

Kein Gespräch während unseres zwölftägigen Aufenthaltes wurde von uns geführt, ohne die Frage der deutschen Wiedervereinigung in den Mittelpunkt zu stellen. Das ist keine Selbstverständlichkeit, jedenfalls nicht angesichts der Diskussionsmethode unserer Gesprächspartner. Wie wir immer wieder feststellen mußten, versucht man in der Sowjetunion heute, das deutsch-sowjetische Gespräch unter Ausklammerung der Wiedervereinigungsfrage auf die Möglichkeit einer allgemeinen Verständigung, ja Freundschaft zu konzentrieren. Natürlich wäre es töricht, nicht auf dieses Vorbringen der Gesprächspartner einzugehen, auch wenn man um den teilweise unterschiedlichen Wert der Vokabeln „Friede", „Freundschaft" und „Verständigung" weiß. Die Antwort aber kann eben nur dahin gehen, daß Voraussetzung einer solchen Verständigung die Lösung der deutschen Frage sein muß. Das den Russen klar zu machen, ist nicht so schwer, wie es in den offiziellen politischen Auseinandersetzungen mitunter scheint. Der starke Patriotismus, wie man ihn überall in der Sowjetunion findet, ist uns hier ein guter Verbündeter. Man würde uns im Gegenteil nicht verstehen, wollten wir uns mit der angebotenen Zweistaatentheorie abfinden und damit die Spaltung unseres Vaterlandes als „Realität" hinnehmen. Gerade die sowjetische Politik ist nicht darauf abgestellt, sich in der Welt mit „Realitäten" abzufinden; welchen Anlaß hätten wir also, in der deutschen Frage eine solche Haltung einzunehmen?

Selbstverständlich kommt in diesem Stadium der Gespräche sofort der Hinweis auf „die beiden deutschen Staaten", deren Sache es heute allein sei, die deutsche Teilung zu überwinden. Aber auch hier genügen wenige Sätze, um den sowjetischen Gesprächspartnern die Abwegigkeit dieser Offerte klar zu machen: die Stellung der Bundesrepublik in der NATO wie die der DDR im Warschauer Pakt, die Bedeutung der Bundesrepublik für die EWG und für die Wirtschaft der westlichen Welt schlechthin wie die der DDR für das Comecon und ganz allgemein das kommunistische Lager, ja der Verteilung der politischen Gewichte in Mitteleuropa angesichts der bestehenden unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen in den beiden Teilen Deutschlands, erlauben eine Wiedervereinigung Deutschlands ohne vorhergehende Vereinbarungen über den militärischen, wirtschaftlichen und politischen Status zwischen Ost und West nicht.

Dem Einwand, die Souveränität der Bundesrepublik wie der DDR verbiete es, über die Köpfe der Deutschen hinweg Vereinbarungen zur Beseitigung der Spaltung Deutschlands zu treffen, vermochten wir ebenso eindeutig zu begegnen. Selbst ein Experte in der Deutschlandfrage, wie der politische Leiter der Deutschlandabteilung im „Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen", eine Art braintrust für das sowjetische Außenministerium, Dr. Melnikow, konnte nicht die Tatsache hinwegdiskutieren, daß nach dem Deutschlandvertrag zwischen den drei Westmächten und der Bundesrepublik wie nach dem Souveränitätsvertrag zwischen der Sowjetunion und der DDR die „Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen" in der Kompetenz der ehemaligen Siegermächte verblieben sind. Da weiterhin auch nach sowjetischer Auffassung die grundlegenden Bestimmungen des Potsdamer Abkommens immer noch geltendes Recht sind (so Dr. Melnikow auf die von uns präzis gestellte Frage, deren Beantwor-

tung ihm allerdings offensichtlich nicht sehr angenehm war, so daß wir sie mehrfach wiederholen mußten), steht einer Neuauflage etwa der Genfer Konferenz von 1959 jedenfalls von der rechtlichen Seite her kein Hindernis im Wege. So konnten wir aus dem Gespräch mit Dr. Melnikow immerhin den Eindruck mitnehmen, daß in den Kreisen des sowjetischen Außenministeriums die Möglichkeiten einer neuen Deutschlandkonferenz der vier Großmächte unter beratender Hinzuziehung von Vertretern aus beiden Teilen Deutschlands anders beurteilt werden, als es nach der offiziellen Propaganda den Anschein hat.

Das sowjetische Deutschlandbild

Nachdenklich muß es den Besucher aus der Bundesrepublik stimmen, wenn er sich in der UdSSR mit dem von der Bundesrepublik beanspruchten Alleinvertretungsrecht für ganz Deutschland konfrontiert sieht. Ich denke hier nicht an die juristische oder politische Begründung, sondern an die Durchsetzung in der Praxis. Während man in der Bundesrepublik nämlich (meiner Überzeugung nach zu Recht) die Alleinvertretung in Anspruch nimmt, stellt man in der UdSSR, wie wahrscheinlich im gesamten Ostblock, tatsächlich die Alleinvertretung der DDR fest. Dieser Eindruck drängt sich sehr schnell und recht nachhaltig auf, wenn man überall, beim Ballettabend im Bolschoi-Theater, bei der Fahrt in der Metro, beim Bummel über den Gorki-Prospekt und wo sonst auch immer, hinter sich, neben sich und vor sich sächsische Laute vernimmt. Nichts gegen unsere Landsleute aus Sachsen, wenn ihr Dialekt auch in Deutschland von manchen nicht geschätzt wird. Das Bedenkliche an dieser Feststellung ist aber, daß unsere politischr Abstinenz in den Ostblockstaaten es der dortigen Propaganda gestattet, unwidersprochen ein völlig verzerrtes Bild von den Verhältnissen in der Bundesrepublik zu zeichnen, das dann von den Funktionären aus Mitteldeutschland noch entsprechend eingefärbt wird. Welchen Eindruck soll auch ein sowjetischer Durchschnittsbürger haben, der tagtäglich mit einer Propaganda berieselt wird, deren Hauptinhalt es ist, die führenden Kreise der Bundesrepublik als alte Nazis, Militaristen und Revanchisten hinzustellen, wenn er erleben muß, daß das bekräftigt wird von den pausenlos aus der Zone kommenden Vertretern des dortigen Regimes, die für ihn immerhin Deutsche schlechthin sind, und daß gleichzeitig die Bundesrepublik darauf verzichtet, durch ihre Repräsentanten dem entgegenzuwirken? Muß er nicht zu dem Schluß kommen, wir hätten den Thesen der sowjetischen Propaganda nichts entgegenzusetzen?

Dabei ist es eine so dankbare Aufgabe, den sowjetischen Bürgern etwas mitzuteilen vom Leben in unserem Staat: nicht im Sinne eines Wanderpredigers, der das deutsche Wirtschaftswunder als das Ereignis des 20. Jahrhunderts predigend in alle Welt exportieren möchte, sondern einfach im Sinne eines überzeugten Demokraten, dem es darum geht, dem Ideal der kommunistischen Gesellschaft das Ideal einer freiheitlich-demokratischen Lebensform entgegenzustellen. Nicht als ob wir uns des Wirtschaftswunders schämen müßten, aber erstens können wir in allen Gesprächen feststellen, daß dieser Aspekt des Wiederaufbaues in der Sowjetunion verhältnismäßig gut bekannt ist, und zweitens wirkt es ausgesprochen schlecht, wenn der Eindruck entsteht, wir sähen unsere Überlegenheit einzig und allein im besseren Lebensstandard. Denn, das kann kein Besucher der Sowjetunion heute mehr übersehen, auf wirtschaftlichem Gebiet hat sich dort das 20. Jahrhundert mit seinem technischen Fortschritt inzwischen auch auf breiter Ebene, also für die Produktion von Massenkonsumgütern, durchgesetzt.

Worauf es uns also ankommen mußte, und was wir in den Gesprächen immer wieder anschnitten, war der Gegensatz zwischen pluralistischer Gesellschaft in der westlichen Welt und kommunistischer Einheitsgesellschaft im „sozialistischen

Lager". Die Künstler, mit denen wir in Leningrad sprachen, die Studenten von der Lomonossow-Universität in Moskau, die Arbeiter in den Fabriken und die Vertreter der Jugendorganisationen, sie alle waren gleichermaßen begierig zu erfahren, wie es um die Frage des Klassenkampfes in einer freien Gesellschaft bestellt ist, wo die Unterschiede liegen zwischen der frühkapitalistischen Zeit des 19. Jahrhunderts und dem Volkskapitalismus unserer Tage, wie das Verhältnis zwischen dem Staat und den einzelnen Gruppen der Gesellschaft sich bei uns gestaltet.

Unverständlich muß es jedem sein, der einmal an einer solchen Diskussion teilgenommen hat, daß die westliche Welt die sich ihr hier bietende Chance nicht besser nützt. Ich weiß um unseren Komplex, mit Kommunisten könnten wir nicht diskutieren, weil sie dialektisch und rhetorisch besser geschult sind und wir ihnen deshalb unterliegen müssen. Welcher Kleinmut! Unsere Gespräche haben immer wieder gezeigt, daß die bessere Sache sich auch besser vertreten läßt, ungeachtet aller rednerischen Begabung und dialektischen Schulung. Allerdings: sollten wir nicht überzeugt sein, auch die bessere Sache zu vertreten, so hätten wir Grund, diese Diskussionen zu scheuen. Wir Deutschen Jungdemokraten waren und sind dieser Ansicht nicht!

Hinzu kommt, daß die öffentliche Meinung auch in der Sowjetunion immer mehr an Bedeutung gewinnt. Als Beispiel dafür sei nur angeführt, daß bei der „Komsomolskaja Prawda", einer Tageszeitung mit einer Auflage von ca. 4 Millionen Exemplaren, insbesondere für die sowjetische Jugend, seit einiger Zeit ein Institut eingerichtet ist zur Erforschung der öffentlichen Meinung. Nichts kann besser die Notwendigkeit demonstrieren, in der Politik Rücksicht nehmen zu müssen auf bestimmte Trends der öffentlichen Meinung, denn wozu sollte man sich sonst der Mühe unterziehen, sie mit erheblichem Personal- und Sachaufwand zu erforschen. Um so wichtiger wäre es, so möchte man jedenfalls meinen, daß unsere Politik zumindest versucht, das Deutschlandbild der Öffentlichkeit zu verbessern. Sonst wird es nämlich verständlich, daß offizielle sowjetische Verlautbarungen mit Rücksicht auf innenpolitische Gegebenheiten härter und unnachgiebiger ausfallen müssen, als dies führenden sowjetischen Staatsmännern mit Einschluß von Chrustschow unter Umständen genehm sein mag. Das legte uns jedenfalls einleuchtend ein nicht unmaßgeblicher Mitarbeiter des sowjetischen Außenministeriums, dessen Namen ich aus sicher verständlichen Gründen hier nicht nennen möchte, dar. Unterstrichen wird diese These durch den Eindruck, den man von Chrustschows Politik der Beseitigung des Personenkults bekommt. Offensichtlich wird es hierdurch möglich, daß, wenn auch nur in Nuancen, sich unterscheidende politische Strömungen in den Führungskreisen Sowjetrußlands anzutreffen sind. Welche dieser Strömungen sich im Einzelfall durchzusetzen vermag, kann dann nicht zuletzt von der öffentlichen Meinung abhängen. Können wir es uns unter diesen Umständen wirklich leisten, so wenig Einfluß auf diese zu nehmen und das Feld ausschließlich Ulbrichts Abgesandten zu überlassen?

Es geht um unsere Sache

An Wunder zu glauben, ist sicher die schlechteste Art, Politik zu machen. Die deutsche Haltung gegenüber der Sowjetunion erinnert nur zu oft an eine solche Einstellung. Nicht viel besser ist es allerdings auch, initiativ zu werden, ohne Vorstellungen zu haben und Chancen zu sehen. Nachdem die Welt aber in Bewegung geraten ist, nachdem das Gespräch zwischen den Großmächten erste Chancen für eine Verständigung zeigt, zugegebenermaßen über Fragen, die nicht im Zentrum, sondern an der Peripherie des Streites liegen, ist es nun unsere

Sache, einerseits die deutsche Frage erneut zur Diskussion zu stellen und andererseits gleichzeitig alles zu tun, um hierfür günstige Voraussetzungen zu schaffen. Jeder Politiker weiß, welche Rolle das Klima in politischen Auseinandersetzungen spielen kann. Daß es eben um die Pflege dieses Klimas im deutsch-sowjetischen Verhältnis auch von unserer eSite aus nicht zum besten bestellt ist, ist eine schmerzliche Erfahrung unserer Reise in die Sowjetunion. Mit den Russen leben — für uns heißt das jedenfalls auch: mit den Russen sprechen.

Aus der Wirtschaft

Entscheidung über EWG-Getreidepreise abermals verschoben

Auf Grund der anhaltenden Verzögerungstaktik der Bundesregierung hat der EWG-Ministerrat auf seiner Sitzung in Brüssel am 2./3. Juni die schon wiederholt vertagte Entscheidung über die Vereinheitlichung der Getreidepreise in der EWG abermals, diesmal bis 15. Dezember, verschieben müssen. Der Vizepräsident der EWG-Kommission, Mansholt, äußerte scharfe Kritik am Verhalten der Bonner Delegation.

Maßnahmen zur Konjunkturdämpfung in der Bundesrepublik

Das Bundeskabinett hat am 13. Mai weitere Maßnahmen zur Dämpfung der Konjunktur in der Bundesrepublik beschlossen. Ab 1. Juli 1964 sollen die Zölle auf Importe aus den EWG-Staaten, die noch höher als 4% liegen, halbiert werden. Kleinzölle bis zu 4% sollen ganz wegfallen. Der Etat für 1965 soll auf 63,9 Milliarden DM beschränkt werden (1964: 60,3 Milliarden DM). Die Bundesregierung will außerdem für eine Reduzierung der EWG-Außenzölle um 25% eintreten. — Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen wird von kompetenter Seite ernsthaft bezweifelt.

1964: Rüstungsaufträge für 6 Milliarden DM

Wie einem Eigenbericht der „Saarbrücker Zeitung" vom 14. Mai aus Bonn zu entnehmen ist, hat das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung seit Bestehen der Bundesrepublik Aufträge in Höhe von 37 Milliarden DM vergeben. Allein 1964 werden Aufträge für 6 Milliarden DM erteilt. Mehr als 50% der Aufträge bleiben neuerdings im Inland.

Kritik an der Bonner Osthandels-Konzeption

Dr. Matthias Schmitt, Vorstandsmitglied der AEG, hat im „Handelsblatt" vom 15./16. Mai auf die Rückläufigkeit des deutschen Osthandels und ihre vorwiegend politischen Ursachen hingewiesen. In seinem bemerkenswerten Aufsatz heißt es u. a.:

„Die deutschen Unternehmen haben die gegebenen Möglichkeiten nicht voll nutzen können, weil der deutsche Osthandel trotz vieler gegenteiliger Behauptungen an eine kurze Leine gelegt ist. Als Folge davon wurde in den letzten Jahren viel Terrain verloren. Der Anteil des Ostexports an den Gesamtausfuhren der Bundesrepublik ist rückläufig von 5% im Jahre 1958 auf 4% in den Jahren 1961/62, auf 3,1% im Jahre 1963. Demgegenüber sind unsere westlichen Konkurrenten, wie z. B. England, Italien und Frankreich, seit geraumer Zeit besser am Zuge und stärker aktiv, um im Sinne einer langfristigen Marktstrategie neue Positionen zu gewinnen bzw. bereits gewonnene weiter auszubauen.
In einer weltweiten Konkurrenz mit durchgängiger Interdependenz aller Märkte ist derjenige von vornherein im Nachteil, der

nicht alle Karten im Spiel behält. Es ist ein mehr als kurzsichtiges Argument, zu sagen, daß die Karte gar nicht sticht, weil der Osthandel mit etwa 4% nur einen geringen Anteil des Außenhandelsvolumens der Bundesrepublik ausmache. Wir stehen aber erst am Anfang einer Marktentwicklung, deren Potenz niemand kennt oder gar übersehen kann. Noch kurzsichtiger wäre es, wenn, wie verschiedentlich gesagt worden ist, die Regierung das Volumen dieses Handels etwa auf dem derzeitigen Stand fixieren möchte. Ein solcher Status quo ist ein Widerspruch zum Ökonomischen schlechthin, weil sich alles wandelt, aber auch unrealistisch gegenüber einem Markte, der voller Dynamik ist, und er steht schließlich auch im Gegensatz zu den legitimen Interessen der deutschen Wirtschaft, denn der Osthandel ist ein essentieller Bestandteil unseres Außenhandels überhaupt.

Die deutsche Wirtschaft glaubt daher einen Anspruch zu haben, daß ihr im Geschäft mit dem Osten die gleichen Möglichkeiten gegeben werden, die allen maßgeblichen westlichen Konkurrenzländern bereits offenstehen. Das gilt vor allem hinsichtlich der Gewährung von Zahlungszielen und Garantien. Hier wird darum von der Wirtschaft seit langem eine grundsätzliche Änderung und elastische Handhabung gefordert, weil die bisherige dogmatische Einstellung durch die Tatsachen längst überholt ist, und weil selbst das bestehende Geschäft auf der bisherigen Basis nicht mehr aufrechterhalten, geschweige noch ausgeweitet werden kann. Aber noch mehr: Wer nicht schon gut im Geschäft ist, wenn die Amerikaner eines Tages groß einsteigen, der wird den Zug verpaßt haben. Es ist interessant festzustellen, daß seit Herbst vergangenen Jahres in den USA bezüglich des Osthandels eine deutliche Sinneswandlung, eine Auflockerung und ein Umdenken im Gange ist . . . Was die Ostmärkte angeht, die heftig umkämpft und in einer starken Bewegung sind, so müssen wir eine neue, zeitnahe handelspolitische Linie finden, welche die gegenwärtige Situation in eine dynamische Vorstellung von der zukünftigen Entwicklung einzuordnen versteht."

Erweiterung der amerikanisch-rumänischen Wirtschaftsbeziehungen

Vom 18. Mai bis 1. Juni hielt sich der stellvertretende rumänische Ministerpräsident Gaston-Marin zu Besprechungen über die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen seines Landes mit den USA in Washington auf. Es wurden u. a. die folgenden Vereinbarungen getroffen, die in der westlichen Welt wie in den übrigen Ostblockstaaten großes Aufsehen erregt haben: Kein individueller Lizenzzwang mehr für den Export amerikanischer nichtmilitärischer Güter nach Rumänien; Lizenzierung einer Reihe von Industrieprodukten, an deren Kauf Rumänien besonders interessiert ist; Erweiterung des Büros der rumänischen Handelsmission in New York und Errichtung eines amerikanischen Büros zur Handelsförderung in Bukarest; regelmäßige gegenseitige Konsultation über Handelsfragen; Verhandlungen werden aufgenommen über den Verkauf eines amerikanischen Atomkraftwerkes und kompletter Fabrikeinrichtungen für die chemische Industrie an Rumänien. Ferner wurde auch die Erhebung der beiderseitigen Gesandtschaften in den Rang von Botschaftern beschlossen.

Französische Diesellokomotiven für Kuba — auf DDR-Schiffen?

Die französische Firma Brissonneau & Lotz wird Ende dieses und Anfang nächsten Jahres 20 elektrische Diesellokomotiven im Werte von rund 4 Millionen Dollar an Kuba liefern. Der Abschluß dieses Kontraktes ist von der französischen Regierung durch die Gewährung einer dreijährigen Export-Kredit-Sicherung unterstützt worden. Die USA haben gegen die Vereinbarung protestiert. „Wegen der Drohung Washingtons, die mit der Beförderung der Lokomotiven betrauten Schiffe auf die ‚Schwarze Liste' zu setzen, scheint man sich hier keine besonderen Sorgen zu machen. Die britische Leyland-Firma hat eine Lösung des Problems in der Form gefunden, daß sie die für Kuba bestimmten Omnibusse auf ostdeutschen Schiffen verfrachtete. Ein ähnlicher Ausweg könnte nötigenfalls auch im Falle der französischen Lastkraftwagen und Lokomotiven gefunden werden." (Bericht der NNZ v. 10. V. 64 aus Paris.)

Die britische Landwirtschaftsausstellung in Moskau

Am 18. Mai wurde in Moskau von Landwirtschaftsminister Soames eine bis Ende

Mai dauernde britische Landwirtschaftsausstellung eröffnet. Mehr als hundert Produzenten landwirtschaftlicher Maschinen und Anlagen waren auf ihr vertreten.

Die sowjetische Wirtschaftshilfe für Entwicklungsländer

Die Sowjetunion wird Ägypten — wie zum Abschluß des dreiwöchigen Besuches Chrustschows bei Präsident Nasser bekanntgegeben wurde — einen weiteren langfristigen Kredit in Höhe von 252 Millionen Rubel (1,12 Milliarden DM) zur Verwirklichung des neuen ägyptischen Fünfjahres-Planes, insbesondere zum Aufbau einer Schwerindustrie, in den Jahren 1965 bis 1970 gewähren. U. a. soll ein Stahlwerk mit einer Jahreskapazität von einer Million Tonnen gebaut werden. — Algerien erhält von der Sowjetunion langfristige Kredite in Höhe von 151 Millionen Rubel (450 Millionen DM) für den Ankauf von Flugzeugen, Traktoren und eines Tankers sowie technische Hilfe für den Bau eines Hüttenwerkes mit einer Jahreskapazität von 300 000 bis 350 000 Tonnen. Die Sowjetunion hat außerdem Algerien ein Forschungsinstitut für Erdöl und Erdgas sowie eine Techniker-Schule für 2000 Studenten geschenkt. Dies wurde anläßlich der Abreise des algerischen Staatspräsidenten Ben Bella aus Moskau am 7. Mai mitgeteilt. — Nach einem Bericht der „Times" hat die Sowjetunion Indien Hilfe für die Errichtung des vierten staatlichen Stahlwerkes zugesagt, das in Bokaro mit einer Kapazität von zunächst 1,5, später 4 Millionen Tonnen errichtet wird. Es hatte ursprünglich im Rahmen der amerikanischen Wirtschaftshilfe an Indien gebaut werden sollen, doch hatte der amerikanische Kongreß die Bewilligung der dafür benötigten Gelder abgelehnt.

Weitere chinesische Weizenkäufe in Kanada

Nach einem Bericht der NNZ vom 16. Mai hat Kanada an die Volksrepublik China weitere 42 Millionen Bushel Weizen (1,13 Millionen Langtonnen) verkauft.

Fiat übernimmt Olivetti-Aktien

Am Pfingstmontag ist in Mailand ein Abkommen über die Übernahme eines Teiles der bisher im Besitz der Familie Olivetti befindlichen Mehrheit (rund 70%) der Aktien des führenden italienischen Büromaschinenkonzerns Olivetti in Ivrea durch eine Reihe italienischer Großunternehmen abgeschlossen worden. Von besonderer Bedeutung ist der Erwerb eines großen Aktienpaketes durch den Autokonzern Fiat, das mit Abstand größte italienische Unternehmen überhaupt. Die italienischen Sozialisten hatten kürzlich vor einem solchen weiteren Machtzuwachs Fiats dringend gewarnt und eine staatliche Intervention gefordert (vgl. Heft 4/64). Auch der große amerikanische Konzern „General Electric" hatte sich an einer Übernahme von Olivetti-Aktien interessiert gezeigt. Nunmehr sind 31% der von der Familie verkauften Aktien vom Istituto Mobiliare Italiano, 21% von der Mediobanca, 30% von Fiat, 14% von Pirelli und 4% von der Finanzgesellschaft Centrale erworben worden. A. v. B.

Fernseh-Spalte

Narrenfreiheit für Mainz?

In Heft 3/64 erlaubte ich mir, eine offene Anfrage an das Zweite Deutsche Fernsehen zu richten, nachdem zwei — mir wichtig erscheinende — Briefe nicht beantwortet worden waren. Es ging dabei um Chris Markers Dokumentarfilm „CUBA SI", den Mainz merkwürdigerweise unter dem Titel „DIE VERKAUFTE REVOLUTION" in die Bildröhren geschickt hatte. Die Frage, ob ein Journalist im Interesse des Fernsehpublikums und seiner Leser Verdachtsmomenten nachgehen sollte, die auf eine skandalöse Fälschung schließen lassen, dürfte in demokratisch regierten Ländern gar keine Frage sein. Die Mainzer Kollegen mögen verzeihen, daß ich ihre Ignoranz nach diesem Maßstab beurteile. Sie haben auch auf die oben erwähnte Anfrage nicht reagiert. Also haben sie es nicht nötig. Vergleicht man diese Mißachtung eines legitimen journalistischen Anspruchs mit den Praktiken der ARD-Länderrundfunkanstalten, so kann man Mainz nur anraten, von ihnen zu lernen. Die Gesetze des Anstandes und das Bewußtsein für berufliche Solidarität sind dort jedenfalls, auch bei unangenehmen Rückfragen, sakrosankt. In Mainz aber scheint man einen Unterschied zwischen Obertanen- und Untertanen-Journalisten zu machen. Dieses Verhalten entspricht haargenau den Programmaspekten. Während die Studios der ARD immer wieder — mit Fernsehspielen, politischen und soziologischen Untersuchungen und Kommentaren — im Rahmen des Möglichen ihre intellektuelle Redlichkeit bekunden, ist beispielsweise im Zweiten Deutschen Fernsehen eine Brecht- oder Kipphardt-Inszenierung ebenso unmöglich wie überhaupt eine entschiedene meinungsbildende Konzeption im demokratischen Sinne. Das Boulevard-Repertoire von „Bezaubernde Mama" bis „Liebeshändel in Chioggia" steht in proportionalem Mißverhältnis zur sonstigen Stoffwahl. Daß wenigstens gute Kinofilme gezeigt werden, ist dankenswert, aber kein sonderliches Verdienst. Und wenn wirklich mal ein diskutabler Stoff aufgegriffen wird, dann passiert „Die verkaufte Revolution".

Die Zeitschrift der Frankfurter Johann-Wolfgang-Goethe-Universität „Filmstudio" hat es endlich geschafft, diesen erschreckenden Fall zu klären. In ihrer Ausgabe vom 10. 5. 64 kommt Chris Marker selbst zu Wort. Er berichtet von einem Brief „aus der Feder des Herrn Kaiser", der für die deutsche Bearbeitung seines Streifens verantwortlich zeichnete. Das heißt, dem Ausland gegenüber wagt es Mainz also doch nicht, zu schweigen. „Eine Veränderung des Textes in sein Gegenteil hat nicht stattgefunden", schrieb Kaiser. Chris Marker dagegen bemerkte: „Das werden die Richter feststellen. Denn glücklicherweise war der Vertrag über den Verkauf von CUBA SI eindeutig (Artikel 2, § e: „Der Sinn des Films darf durch die Übersetzung des Dialogs nicht verfälscht werden."), und alle Unschuldsbeteuerungen könnten den eklatanten Verstoß gegen die eingegangenen Verpflichtungen nicht maskieren. Pierre Braunberger, der Produzent, und ich sind entschlossen, die Angelegenheit soweit wie nötig zu verfolgen, bis man uns in aller Form schwarz auf weiß erklärt, ob diese Affensitten beim Deutschen Fernsehen Regel sind." Kein einziger Fernsehjournalist, meint Marker noch, ob in Frankreich oder Kuba, würde eine derartige Bearbeitung überhaupt annehmen. Und dann leistet er Kaiser Abbitte, weil er ihn „für einen Strolch und Fälscher hielt". Aber das würde nicht stimmen, denn Kaisers Erstaunen sei ehrlich gewesen, weil ihm die praktizierte Methode „normal und geläufig erscheinen" mußte! Das allerdings macht Markers Abbitte dem Autor gegenüber verständlich. Angeklagt ist nicht mehr Kaiser, den Marker „ein Opfer" nennt, sondern das Zweite Deutsche Fernsehen! Wir sind gespannt, ob man sich nun in Mainz aus der Reserve locken lassen wird. Oder glaubt man, weil Mainz Karnevalstadt ist, die Narrenfreiheit als Dauerprivileg beanspruchen zu können?

Der vollständige Originaltext des Chris-Marker-Films „CUBA SI" ist in der zuverlässigen Übersetzung von Maike Rau in der erwähnten Zeitschrift „Filmstudio" Nr. 43 übrigens abgedruckt. E. Hoehl

Rudolf Rolfs

Was ich noch sagen wollte . . .

Ob Waschmittel, Ulbricht, Zigaretten, Bundeswehr: die Markenartikelslogans tragen in unserem Teil-Einheitsstaat ihr uniformes Korsett.

Die Gemischtwaren-Händlerin Emmi Tantinger hat ihre anderthalb Hände voller Patentdemokratie-Phrasen in fast gleicher Formulierung parat wie der Regierungsrat Johannes Strohmeyer. Ein Volk steht demütig scheuklappendrapiert auf dem Strich. Die Richtung ist, immer wieder verblüfft es, schnurgerade. So wie Ehrenkompanien Pfauenfederersatz Geltungs- und zuweilen sonst noch bedürftiger sind, ist unsere pseudozivile Volksmannschaft hinter dem in Millionen produzierten Zellulose-Schild der läppischen Bild-Zeitung angetreten als die, simple Parolen wiederkäuende, Statisterie unserer Demokratie, welche dringend jene braucht, deren Bewußtsein noch nicht durch die Rotationsmaschine gedreht wurde.

Wir brauchen jene, die in der Lage sind, aus der Rolle zu fallen!

Wie kann man aber einem Bürger zumuten aus der Rolle zu fallen, wenn schon einer, der weiter nichts als gegen die Atombombe ist, als Linksaußen eingeordnet wird?

Bei uns wird schon der für extrem gehalten, der beim volksgemeinschaftlichen ‚Ahh!'-Sagen ein ‚Bäh!' wagt. Der Weg zum ‚Pfui!' ist mit Diffamierung und Diskriminierung, mit Verständnislosigkeit und Verachtung vermint. Es ist schwer, über den eigenen Schatten der Vergangenheit zu springen. Es ist besonders schwer, aus Kriechlage zu springen.

In unserer Sprache heißt es ja auch nicht: man t r i t t aus der Reihe. Nein, es heißt: man t a n z t aus der Reihe. Und bei dem, der ‚tanzt', während andere sturen, muß etwas nicht ‚ganz in Ordnung' sein!

Was bei uns nicht stimmt, ist jedoch, daß alles immer zu sehr ‚stimmt'. Im: ‚Es ist, wie es immer ist' steckt der Keim zum: ‚Also wird es wie es war!' Die Verziehung beginnt bei uns im Elternhaus, Schule und Kaserne geben sich diesbezüglich ebenfalls Recht: Es wird als positive Eigenschaft gewertet, nicht aufzufallen!

Triumphbogen für das Mittelmaß!

Der Kotau vor dem ‚offiziellen Menschen' ist gymnastische Pflichtübung zum Erschleimen des verstaubten Eichenkranzes deutschen Bürgersinnes.

Nicht während des Gleichschrittes, sondern im Gleichschritt zu denken, wird in unserem Staate honoriert. Und wenn eine bekannte Persönlichkeit aufs Kommando: ‚Rechts um!' entgegengesetzt reagiert, so wird man es zur Harlekinade verniedlichen. Sollte die Person, welche so unkonventionell handelt, weniger bekannt sein, so ist der Kommissar nicht weit, der Polizeikommissar. Nichts ist wichtiger als die Menschen aus der Herde herauszuangeln. Dem Trott einen Tritt. Herdenmenschen sind keine Gemeinschaftsmenschen. Herdenmenschen sind Verbraucherrekruten und Stimmvieh.

Sie kaufen das lauteste Waschmittel und wählen das größte Plakat, sie summen die häufigste Melodie und denken per Zeitungsüberschrift.

Man gibt, kaum noch schmollend, Milliarden für die ‚Verteidigung' aus. Wir sollten uns endlich darum kümmern, daß wir außer unseren wohlgenährten Bäuchen und fett-triefenden Phrasen noch etwas haben, das sich zu ‚verteidigen' lohnt.

Wann werden wir Satten endlich hungrig auf morgen?

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften

Ein Engel wurde abgesägt

Wenn sich im Jahre 1965 die Befreiung der Häftlinge aus dem Konzentrationslager Dachau zum 20. Male jährt, werden — wenn nicht alle Zeichen trügen — die „Ehemaligen" das Lager nicht mehr wie bisher in einem verwahrlosten Zustand antreffen: Das provisorische Museum soll aus dem Krematorium verlegt, vergrößert und neu geordnet werden. Die Pläne für eine Synagoge liegen bereits vor, während an den Entwürfen für eine evangelische Kirche gearbeitet wird. Und die katholische Todesangst-Christi-Kapelle, um die sich noch Häftlings-Pater Leonhard Roth im Rahmen seiner Forderungen nach Umgestaltung des Dachauer Wohnlagers in eine würdige Gedenkstätte leidenschaftlich bemüht hatte, ist bereits vor Jahren eingeweiht worden. Der Pater, der aus seinem Wirkungsbereich verbannt und in Verzweiflung und freiwilligen Tod getrieben wurde, weil er es heute wie gestern gewagt hatte, Verbrechen — Verbrechen zu nennen, konnte es nicht mehr erleben. Am 22. Juni 1960 schied er in der Einsamkeit des Bergwaldes bei Braz im Vorarlberg aus dem Leben. Am 28. Mai dieses Jahres wäre er 60 Jahre alt geworden.

Im österreichischen Dorfe Braz brennt die Totenlampe am Grab des Paters, der von der einheimischen Bevölkerung wie ein Heiliger verehrt wird — den unzähligen Freunden und KZ-Leidensgenossen aber ist er als opferbereiter mutiger Mensch in Erinnerung geblieben. Nach allen Qualen des Häftlingsdaseins war Pater Roth nach der Befreiung des Dachauer KZ durch die Amerikaner als einziger Geistlicher bereit, die 7000 Typhuskranken im Lager zu betreuen. Nach der Umwandlung des KZ in ein Internierungs-Camp für SS-Truppen wurde er vom damaligen Kardinal Faulhaber zum Lagergeistlichen berufen und wirkte nach der Auflösung dieses Camps im Jahre 1948 als Seelsorger im Dachauer Barackendorf, aus dem man unterdessen ein Wohnlager für Zivilisten gemacht hatte.

Pater Leonhard Roth nahm sich kein Blatt vor den Mund. Er versäumte keine Gelegenheit, um in der Öffentlichkeit seine mahnende Stimme zu erheben, vor neonazistischen Umtrieben, SS-Treffen und antisemitischen Auswüchsen in der Bundesrepublik zu warnen, seine KZ-Kameraden gegen diffamierende Angriffe unbelehrbarer Nazis zu verteidigen und immer wieder die Verwahrlosung des Lagerbezirks in Dachau als politischen Skandal zu brandmarken. Sein Schicksal — er wurde auf Anordnung des Münchner Erzbischöflichen Ordinariats aus Dachau verbannt, ohne sich von den Gläubigen seiner Gemeinde verabschieden zu dürfen — ist zum tragischen Modellfall eines zeitkritischen Wahrheitssuchers in einer sich mit lügnerischer Vergeßlichkeit restaurierenden Zeit geworden. Und da Modellfälle zu künstlerischer Gestaltung herausfordern, haben sich unterdessen zwei Autoren gefunden, die dem Prediger in der „Wüste" ein literarisches Denkmal setzten. Erfreulich, daß wenigstens im literarischen Bereich die Wirkungsmöglichkeit, die man dem Pater nahm, hoffnungsvoll zurückgekehrt ist.

In Leo Weismantels Tragödie „Das Interview" kommt in großen Gesprächen das Hochhuth'sche Thema des Versagens der katholischen Kirche im Dritten Reich zum Ausdruck. Der Prälat, der sich unter dem Druck der braunen Barbarei mit der süfisanten Parole „Wir müssen nicht wissen wollen!" über die Runden rettet, tritt nach dem Krieg mit ähnlichen Parolen dem Häftlings-Pater (im Stück heißt er Sebastian Frank) entgegen: „Wir müssen vergessen und Ruhe schaffen im Land!"

Pater Sebastian Frank: „Wenn der Welt, der ganzen Menschheit, allem Leben dieser Erde Gefahr droht und ich sehe dies, so muß ich Alarm schlagen!"

Der Prälat: „Wir müssen ihn also in einer Zwangsjacke irgendwohin schaffen, wo wir ihn in Gewalt haben und niemand mehr seine Stimme hören wird!"

Nicht weniger deutlich ist das vor einigen Wochen von Radio Bremen gesendete Hörspiel „Ein guter Engel wird abgesägt" von Wolfgang Beutin, das dokumentarische Ereignisse um das KZ Dachau und Peter Roth (der hier Pater Mauritz heißt) zu einem eindringlichen Dialogstück zusammenzieht. Im Mittelpunkt steht ein Gespräch zwischen dem Bischof und dem französischen Bürgermeister Auboiroux, der

als ehemaliger KZ'ler vergeblich um Verständnis für seinen Leidensgenossen, den Häftlings-Pater, wirbt.

Auboiroux zum Bischof: „Mir ist klar, daß die Regierung Ihres Landes meinen Freund Mauritz haßt. Von den Regierenden greift er die an, die sich nach seiner Meinung schuldig gemacht haben, indem sie mit dem Gesindelregime Hitlers paktierten. Dies tat Ihr Herr Kultusminister von Anfang an und mit Begeisterung ..."

Der Bischof: „Seien Sie gewiß, Monsieur, daß Übereifer und unbeherrschte Kritik an Ämtern, Personen und Verhältnissen, welches beides der von Ihnen geschätzte Pater Mauritz sich unbefugterweise zum Geschäft gemacht hat, von einer Instanz meiner Kirche nie anders beantwortet werden wird, als es beantwortet worden ist ..."

Pater Roth wurde zum Schweigen gebracht, doch kann — wie man sieht — auch Schweigen beredt sein.

Rolf Seeliger

Bücher

Auschwitz

Auschwitz, Zeugnisse und Berichte. Mit vielen Originaldokumenten und bisher unveröffentlichten Aufnahmen. Herausgegeben von H. G. Adler, Hermann Langbein und Ella Lingens-Reiner. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 422 S., Ln. DM 25,—.

„Ich bin so ermattet, daß meine Feder nicht mehr schreiben kann. Mensch, lege Deine Kleider ab, bestreue Dein Haupt mit Asche, renne auf die Straße und tanze, von Wahnsinn gepackt ..."

Dieses Wort vor der Agonie in der Gaskammer aus André Schwarz-Barths unvergleichlichem „Der Letzte der Gerechten" steht fortgesetzt über der Lektüre dieses Bandes, den zu lesen nur als Aufgabe möglich scheint. Sorgfältig zusammengetragen, so übersichtlich wie es ging komponiert, zeugen Überlebende von Auschwitz für die Toten von Auschwitz.

Diese Stätte kennt keine Analogien, keine Parallelen, keine Vergleiche, jedenfalls da Treblinka im August 1943 von dem jüdischen Arbeitskommando zerstört und nicht wiederaufgebaut wurde. Wir zitieren Auschwitz' Unvergleichlichkeit nicht, um die Diagramme der Unmenschlichkeit aller Epochen aneinander zu messen (was das schlechte zeitgenössische Gewissen und seine Philosophie vom „negativen Trost" bekanntlich nur zu gern tut — „Wie gut, daß ‚die Anderen' auch Böses getan haben" ...), sondern weil jede andere Sicht einfach die Dimension verfehlt, mit der wir es historisch, politisch und soziologisch bei Auschwitz zu tun haben. Das technische Zeitalter zeigte sich bei der serienmäßigen Hinschlachtung von Menschen voll in Aktion. Die Chronik des mechanischen Vernichtungsapparates von Auschwitz ist zugleich die Darstellung seiner wachsenden Ausdehnung und seiner Vervollkommnung — bis sie dann alle da standen und in den polnischen Himmel rauchten: das alte Krematorium I des „Stammlagers" und die „neuen", II bis V in Birkenau, davon übrigens II und III mit der größten Tageskapazität von 1440 verbrannten Leichen ...

Auschwitz — ein Planet auf unserem Planeten, eine Herrschaft für sich, die das Verbrechen bewußt so hoch hinauf ins Astronomische, Spiralnebelhafte, Irrationale trieb, daß die Wahrheit draußen nur das Kopfschütteln der Ungläubigkeit provozieren sollte. „Deutsche kriegen doch so etwas nicht fertig!" — Sie kriegten es fertig.

Auschwitz ist Geschichte gewesen, ist wahr gewesen — im Namen Deutschlands. Es sind wahr gewesen die sternförmig aus dem ganzen besetzten Europa heranrollen-

Volk und seine gewählten Vertreter. Verlag für Jugend und Volk, Wien, 32 S. und ein Nachtrag betreffend Atomtestverbot, br. 2,50 DM. — Die Wandlung des politischen Klimas in den letzten zehn Jahren bietet nach Ansicht Prof. Thirrings „für einzelne, durch ihre geographische und politische Lage besonders begünstigte neutrale Länder, die in der Geschichte vielleicht noch nie dagewesene Gelegenheit . . ., aus einem Dienst, den sie der ganzen Welt erweisen, gleichzeitig selbst auch erheblichen Gewinn zu erzielen". Von dieser These ausgehend, entwickelt der in Wien lebende Gelehrte und Nationalrat einen Plan zur totalen Abrüstung Österreichs.

Friedrich Pollock, Automation. Materialien zur Beurteilung der ökonomischen und sozialen Fragen. Zweite, vollst. überarbeitete Neuausgabe. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 380 S., 8 Tafeln. Paperback 14,80 DM.

Oskar Lange, Entwicklungstendenzen der modernen Wirtschaft und Gesellschaft. Eine sozialistische Analyse. Europa Verlag, Wien/Köln/Zürich, 192 S., Paperback 12,80 DM.

Willi Thiele, Pressefreiheit — Theorie und Wirklichkeit. Colloquium Verlag, Berlin, 96 S., Ln. 18,— DM (Abhandlungen und Materialien zur Publizistik Bd. 4).

Werden wir richtig informiert? Massenmedien und Publikum. Ehrenwirth Verlag, München, 96 S., Paperback 5,80 DM (Reihe „Thema" Bd. 4).

Information oder herrschen die Souffleure? 17 Untersuchungen. Herausgegeben von Paul Hübner, Rowohlt Verlag, Reinbek, 138 S., kart. 2,20 DM (Rororo/Aktuell/Bd. 682).

Dokumente zum Zeitgeschehen

Grundsätze einer neuen deutschen Außenpolitik

Es wird von Tag zu Tag deutlicher, daß die in der „Ära Adenauer" konzipierte Außenpolitik der Bundesregierung nicht mehr imstande ist, den Grundproblemen der deutschen nationalen Existenz gerecht zu werden, geschweige diese Probleme zu lösen. Ungeachtet einzelner pragmatischer Ansätze zu einer größeren Beweglichkeit in der Ostpolitik stehen bestimmte Tabus und Doktrinen einer sachlichen Beurteilung unserer Lage und allen Versuchen, sie im positiven Sinne zu wandeln, entgegen. Eine schleichende außenpolitische Ratlosigkeit in Bonn wie in der deutschen Öffentlichkeit ist die Folge. Um so notwendiger erscheint eine Besinnung auf die Ziele und Möglichkeiten einer deutschen Außenpolitik in der heutigen Lage.

Es muß von der Einsicht ausgegangen werden, daß eine weltpolitische Entspannung die unerläßliche Voraussetzung sowohl der Sicherheit wie auch der Freiheit der Bundesrepublik und der Wiedervereinigung Deutschlands ist. Ein ausreichendes Maß an Sicherheit kann es gerade für Deutschland im Hinblick auf seine geographische Lage nur geben, wenn die Bemühungen der Großmächte um eine Milderung des Kriegsrisikos die im vergangenen Herbst zu dem Moskauer Abkommen über die Einstellung von Kernwaffenversuchen geführt haben und seither auf verschiedenen Ebenen fortgesetzt werden, Erfolg haben. Darum verdienen diese Bemühungen — gerade im Interesse Deutschlands — nicht allein unsere Zustimmung, sondern unsere aktive Mitwirkung und Förderung.

Ein weltpolitischer Alleingang der Bundesregierung ist weder möglich noch anzustreben. Deutsche Entspannungsinitativen müssen mit den Bündnispartnern abgesprochen

werden. Es kann auch nicht der Ehrgeiz der Deutschen sein, im Sinne einer antiquierten „Realpolitik" das „Zünglein an der Waage" zu spielen. Der Versuch einer solchen spekulativen Außenpolitik wäre zum Scheitern verurteilt und würde Deutschland teuer zu stehen kommen. Eine aktive deutsche Entspannungspolitik darf aber auch nicht von der Illusion bestimmt sein, die beiden Teile Deutschlands ließen sich in ein Niemandsland der Weltpolitik verwandeln.

Das bedeutet praktisch, daß eine Einigung über den politischen und militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschland (europäisches Sicherheitssystem) einem Ausscheiden der beiden deutschen Teilstaaten aus ihren jetzigen militärpolitischen Bindungen (NATO und Warschauer Pakt) vorausgehen muß. Es fehlt weder auf westlicher noch auf östlicher Seite an Vorschlägen in dieser Richtung; aber die Bundesregierung hat bis heute keinem dieser Vorschläge Beachtung geschenkt.

Stattdessen hält sie an der Dulles-Adenauerschen Konzeption politischer Stärke fest und läßt sich immer noch von der Vorstellung leiten, Sicherheit und Wiedervereinigung Deutschlands seien durch Aufrüstung und forcierte Militärpolitik zu erreichen. Dem entspricht auch das Verlangen der Bundesregierung nach Mitverfügung über Atomwaffen mittels einer multinationalen NATO-Atomstreitmacht. Eine solche gemischte Atomstreitmacht ist aber — wie auch westliche Sachverständige zugeben — nicht nur militärisch sinnlos, sie würde auch die Bundesrepublik zusätzlich politisch belasten. Mit ihrer Forderung nach Mitverfügung über die amerikanischen Atomkampfmittel exponiert sich die Bundesrepublik ohne Gewinn für ihre Sicherheit und erschwert die Verhandlungen der Großmächte über eine internationale Entspannung.

Ohne Entspannung keine Wiedervereinigung!

Daher ist es unlogisch, eine deutsche Beteiligung an den Entspannungsverhandlungen zwischen Ost und West von der vorherigen Erfüllung deutscher Wiedervereinigungsforderungen abhängig zu machen. Das Bestehen auf der Reihenfolge: Erst Wiedervereinigung, dann Entspannung oder auch die Forderung nach „gleichzeitigen" Fortschritten auf beiden Gebieten verhindert die Wiedervereinigung wie die Entspannung und kann nur zur politischen und moralischen Isolierung der Bundesrepublik innerhalb der auf einem weltpolitischen Ausgleich bedachten westlichen Allianz führen. Auch wird die Bundesregierung in West und Ost sowie in der neutralen Welt nur dann mit aufrichtigem Verständnis für ihre Wiedervereinigungsforderungen rechnen können, wenn sie zuvor ihren Friedens-, Entspannungs- und Abrüstungswillen durch konkrete Vorschläge erkennen läßt und damit dem Verdacht begegnet, die Wiedervereinigung Deutschlands sei nur der erste Schritt zu einer Neuauflage großdeutscher Machtpolitik.

Wenn eine internationale Entspannung auch in erster Linie Sache der Weltmächte ist, so verlangt sie doch schon jetzt auch deutsche Initiativen. Die Bundesrepublik kann nicht erwarten, daß ihre Verbündeten in der Wiedervereinigungsfrage über platonische Versicherungen und bloße Deklamationen hinausgehen, solange sie selbst in der Frage der Entspannung auf eigene Bemühungen verzichtet und fremde Bemühungen bremst und blockiert.

Angesichts der weltpolitischen Kräfteverhältnisse wird einer staatspolitischen Wiedervereinigung Deutschlands eine Wiederannäherung der beiden Teile des Landes vorausgehen müssen. Daß sie mühevoll und schwierig sein wird, steht angesichts der Verschiedenheit der gesellschaftlich-staatlichen Ordnungen und Interessen außer Frage. Ganz offensichtlich gibt es aber keinen anderen Weg mehr als diesen, um eine weitere Entfremdung und Vertiefung der Spaltung zwischen Ost und West zu verhindern. Das Berliner Passierscheinabkommen von Weihnachten 1963 hat bewiesen, daß dieser Weg gangbar ist. Wenn die Bundesregierung fürchtet, Verhandlungen zwischen dem Berliner Senat und den Ost-Berliner Behörden könnten der „Dreistaatentheorie" Vorschub leisten, kann sie dem am besten dadurch vorbeugen, daß sie selbst aktiv und konstruktiv in die Verhandlungen über eine Verbesserung der Kontakte zwischen Bonn und Ost-Berlin eingreift.

Mit einer Fortsetzung der bisherigen Politik der offiziellen Nichtzurkenntnisnahme der DDR verzichtet die Bundesregierung auf die einzige heute noch verbliebene Möglichkeit einer Wiederannäherung zwischen den Menschen in beiden Teilen Deutschlands, einschließlich der beiden Teile Berlins. Existenz und tatsächliche Machtausübung der von

der Sowjetunion gestützten Regierung in Ost-Berlin lassen sich heute nicht mehr ignorieren. Verhandlungen mit dieser Regierung über die Wiederaufnahme und die Erweiterung von Kontakten zwischen beiden Teilen Deutschlands bedeuten keine „Anerkennung" des von ihr vertretenen Gesellschaftssystems. Zudem zielen sie ja auf eine Beseitigung der beiden jetzigen deutschen „Provisorien" durch eine Wiedervereinigung.

Eine Fortsetzung der bisherigen entspannungsfeindlichen Außenpolitik rückt aber nicht nur die Wiedervereinigung in immer weitere Ferne, sie bedroht auch unausweichlich unsere innere demokratische Ordnung. Gerade für diese ohnehin noch nicht allzu gefestigte Ordnung ist der gegenwärtige internationale Spannungszustand eine tödliche Gefahr. Hinzu kommt, daß die Bundesrepublik — wie alle anderen Völker und Länder — das größte Interesse daran haben muß, die immer gewaltigeren und zugleich immer sinnloseren Rüstungslasten zu verringern.

Zahlreiche innere Strukturprobleme der Bundesrepublik, wie etwa das Bildungs-, Gesundheits- und Verkehrsproblem könnten ohne Frage erheblich schneller gelöst werden, wenn ein Teil der bisher der Aufrüstung dienenden menschlichen Energien und materiellen Mittel anderen Zwecken zugeführt würde. Das gleiche gilt für eine wirksame vorausschauende Entwicklungshilfe. Mit einem Bruchteil der Mittel, die heute in Ost und West für Rüstungen ausgegeben werden, könnte man die brennendsten Entwicklungsprobleme lösen und dadurch der Gefahr eines Konflikts zwischen „Armen" und „Reichen", „Hungrigen" und „Satten", „Unterentwickelten" und „Oberentwickelten" vorbeugen.

In allen politischen Lagern der Bundesrepublik gibt es heute Kräfte, die sich der von Illusionismus und Immobilismus geprägten Unzulänglichkeit der bisherigen Bonner Außenpolitik bewußt sind. Was fehlt ist der Mut zum Neubeginn. Die Bundesrepublik bedarf längst einer neuen konstruktiven außenpolitischen Gesamtkonzeption. Zeit ist nicht mehr zu verlieren. Angesichts der Bedeutung der vor uns liegenden Entscheidungen ist es notwendig, daß diese neue deutsche Außenpolitik eine so breite Basis in der Öffentlichkeit findet, daß keine Partei und keine Regierung sie ignorieren kann.

Anfang Mai 1964.

Unterzeichner:

Prof. D. Ernst Bizer, Bonn
Dr. Achim von Borries, Köln
Prof. Dr. Helmut Gollwitzer, Berlin
Dr. Oswald Kohut, MdB
Prof. D. Walter Kreck, Bonn
Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt
Gösta von Uexküll, Hamburg
Prof. Dr. Wilhelm Weischedel, Berlin

DGB gegen Gesetzentwurf über das Zivilschutzkorps und über den Zivilschutzdienst

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes nahm in einem Brief an die Fraktionen des Deutschen Bundestages zu dem Regierungsentwurf eines Gesetzes über das Zivilschutzkorps und über den Zivilschutzdienst Stellung und erklärte mit Nachdruck, daß er nicht bereit sei, einem Gesetz, das die Grundrechte der Arbeitnehmer einschränkt, seine Zustimmung zu geben. Der Gesetzentwurf sieht neben der Heranziehung Wehrpflichtiger auch den Einsatz anderer Personen für Dienstleistungen im zivilen Bevölkerungsschutz vor. Damit aber werden, so stellt der DGB in seiner Stellungnahme dazu fest, „bedauerlicherweise gesetzgeberische Maßnahmen der Verteidigung mit solchen der Notstandsplanung verbunden".

Der DGB erinnert weiterhin an seine frühere Stellungnahme vom 6. November 1960, worin bereits der Entwurf eines Notdienstgesetzes abgelehnt wurde, das Vorschriften gleichen Inhalts enthielt. Er ist der Meinung, daß der vorliegende Gesetzentwurf und der aus dem Jahre 1960 mit dem Artikel 12 Absatz 2 des Grundgesetzes nicht zu vereinbaren sind.

Der DGB ist vielmehr der Ansicht, daß die im vorliegenden Gesetzentwurf enthaltenen Zwangsmaßnahmen das gewünschte Vertrauensverhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber durch Einschaltung des Arbeitsamtes als Erfassungs- und Zwangszuweisungs-

behörde stören, wenn nicht sogar beseitigen. Damit aber würde die Durchführung einer kontinuierlichen und wirkungsvollen Arbeitsmarktpolitik ernstlich gefährdet werden.
DGB-Nachrichten-Dienst v. 12. V. 64

„Welt der Arbeit": „Soll Höcherls Notstandspaket jetzt über die Hintertreppe zu uns kommen?"

Der einfache Bürger findet sich heute in dem Dschungel von Notdienst-Paragraphen nicht mehr zurecht. Das um so weniger, da inzwischen für „Not" das Wort „Zivil" getreten ist. Es hört sich „ziviler" an, weniger aufregend. Bonns Notstandspaket wird vornehmer verpackt . . .

Würde die Absicht der Bundesregierung vom Bundestag gebilligt werden, indem er nacheinander das Zivildienstgesetz und das Gesetz über das Zivilschutzkorps und über den Zivilschutzdienst verabschiedet, dann hieße dieses für den Staatsbürger, daß er bei der Ableistung von Diensten im zivilen Bevölkerungsschutz erheblichen Zwangsmaßnahmen unterworfen sein würde. Man kann nicht übersehen, daß durch die Verweisung auf das Zivildienstgesetz alle jene Zwangsvorschriften anzuwenden wären, die den zivilen Bevölkerungsschutz seines zivilen Charakters berauben würden. Das bedeutet:

Persönliche Vorstellung des Zivildienstpflichtigen bei der Heranziehungsbehörde, verbunden mit der Pflicht, sich ärztlich untersuchen zu lassen;

zwangsweise Vorführung des Dienstpflichtigen, wenn dieser einer Aufforderung zur Vorstellung nicht nachkommt;

Bereithaltung für den Zivildienst nach erfolgter Einteilung mit der Folge, der Heranziehungsbehörde jeden Wohnungswechsel binnen zweier Wochen mitteilen zu müssen;

Pflicht des Dienstpflichtigen, auf Anordnung in einer Gemeinschaftsunterkunft zu wohnen, an einer Gemeinschaftsverpflegung teilzunehmen, Dienst- oder Arbeitskleidung zu tragen;

Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen bis zu 200 Stunden oder 28 Tagen.

Welt der Arbeit v. 15. V. 1964

„Nichts für oder gegen den Nationalsozialismus"

Chile, die zweite Station der Südamerika-Reise des Bundespräsidenten, fiebert Heinrich Lübke entgegen. Allerdings nicht nur mit freundlichen Empfindungen. Die Kommunisten von Santiago de Chile kündigten gestern an: „Die Nationalsozialisten planen ein Attentat auf den deutschen Bundespräsidenten, um es dann den Kommunisten in die Schuhe schieben zu können." Chiles Nationalsozialisten dementierten: „Lübke ist ein ehrenwerter Mann, der nichts gegen oder für den Nationalsozialismus gesagt hat."
Mittag v. 25. IV. 1964

Brasilien, Lübke und die „westliche Brüderlichkeit"

Ein Sprecher der bundesdeutschen Botschaft erklärte einer Presseagentur: „Dieser Besuch, der unter der Regierung Goulart nur eine Routineformalität gewesen wäre, bekommt jetzt, da Brasilien zur westlichen Brüderlichkeit zurückgefunden und mit dem Kommunismus gebrochen hat, einen ganz tiefen und hoffnungsvollen Sinn . . ."

Die neuen brasilianischen Verantwortlichen, die eine Politik des aggressiven Antikommunismus und der Verstärkung der westlichen Bündnisse durchführen wollen, fühlen sich also in einer ausgezeichneten Lage, um mit dem Präsidenten einer Nation zu verhandeln, die für sie eine der wichtigsten Investitionsquellen darstellt.
Le Monde v. 9. V. 64

Der gestürzte brasilianische Präsident Goulart über die Gründe seiner Entmachtung

Seine Maßnahmen zur sozialen Reform seien als Ursache seiner gewaltsamen Entfernung aus dem Amt eines Präsidenten der Vereinigten Staaten von Brasilien anzusehen, erklärte João Goulart dem Handelsblatt-Korrespondenten im Verlauf eines länge-

ren Interviews. Goulart betonte, kein anderes politisches Ziel zu haben, als durch Milderung des unsäglichen Elends der Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen unzureichenden Ernährung eine Katastrophe zu verhindern. Goulart fühlt sich zur Aktivität auch jetzt noch, im Exil, legitimiert, zumal er nicht wie andere ins Ausland gegangene Präsidenten lateinamerikanischer Staaten Millionen unrechtmäßig erworbener öffentlicher Mittel ins Ausland transportierte . . .

Wie der gestürzte brasilianische Präsident ausführte, liegt der geistige Ursprung seiner Sozialmaßnahmen in der Enzyklika Papst Johannes' XXIII. „Mater et Magistra". Darin wurde erstmals eine Gesamtdarstellung der von Rom ausgehenden Reformvorschläge gegeben, die auch das „sehr schwierige Problem des Eigentums" anpackt und seine Lösung mehr funktionell-dynamisch als juristisch-statisch sehen will. Die exektutive Fortsetzung erblickt Goulart in der Charta von Punta del Este, mit welcher die „Allianz für den Fortschritt" ins Leben gerufen wurde. Und in Wirklichkeit, so erklärt er, sind seine Maßnahmen nichts anderes als die Erfüllung der Vorschläge, die von dem früheren amerikanischen Präsidenten Kennedy als Voraussetzung für eine fruchtbare Zusammenarbeit innerhalb der „Allianz" genannt worden sind . . .

Es muß aber etwas Grundlegendes für die Agrarreform geschehen, da es unter den fast 80 Millionen Einwohnern Brasiliens nur rund drei Millionen Landbesitzer gibt; ein im Vergleich zu anderen Ländern ungemein niedriger Prozentsatz, wie der Präsident mit einiger Berechtigung feststellt. Und es sei keine Übertreibung, zu behaupten, daß von den 40 Millionen Analphabeten Brasiliens fast alle Hunger litten. Im Norden des Landes mit seiner besonders kritischen Situation konnte er einen Hungeraufstand durch Verlegung und Gründung von neuen Industriebetrieben, darunter einer Fabrik für synthetischen Kautschuk, durch zahlreiche öffentliche Bauten und andere Maßnahmen verhindern, wobei den Industriegründungen langfristige Steuerbefreiungen bewilligt wurden. Die landwirtschaftliche Bevölkerung kann, wie Goulart hervorhebt, nur mit Hilfe einer Agrarreform seßhaft gemacht werden . . .

Goulart ist davon überzeugt, daß der Hunger weit gefährlicher als Castro ist. Und alle Maßnahmen, die von den Gegnern als kommunistenfreundlich bekämpft wurden, hatten lediglich das eine Ziel, dem Hunger in Brasilien zu steuern . . .

In seinem Abschiedswort bedauerte Joao Goulart außerordentlich, daß nun auch in Brasilien eine Militärdiktatur, verbunden mit einer Geheimpolizei, am Ruder sei, die seine politischen Freunde ebenso wie linksgerichtete Politiker ohne richterliche Anordnung unter dem unwahren Vorwand verhafteten, sie seien Kommunisten . . .

Handelsblatt v. 17./18. IV. 64

Brasilien — „reine Militärdiktatur"

Den Militärs ist bewußt, daß sie in den Unternehmern einen Verbündeten von unschätzbarem Wert haben — und daß man in diesen Kreisen nicht gerade nach Wahlen und einer zivilen Regierung lechzt. Bei allem Respekt vor dem rhetorischen Demokratisierungswillen der neuen Regierung sei festgestellt, daß unter der Herrschaft der Militärs der Gedanke an Boden gewinnt, Wahlen könnten Brasilien in den nächsten Jahren nur schaden — oder daß man sie zumindest so vorbereiten wird, daß niemand an die Macht kommt, der der gegenwärtigen Regierung nicht gefällt.

Anders läßt sich auch nicht erklären, warum in Brasilien so viel verhaftet wird. Man spricht von über 3000 politischen Gefangenen, die in mehreren Schiffen vor Rio, auf einer Insel und in gewöhnlichen Haftanstalten untergebracht sind. Echte Kommunisten, angebliche Kommunisten, korrupte Beamte, angeblich korrupte Beamte; andere warten in ausländischen Botschaften auf den Passierschein, der freies Geleit bis zum nächsten Flughafen garantiert. Einigen der prominentesten Intellektuellen Brasiliens wurden die politischen Rechte für die Dauer von zehn Jahren aberkannt, und Abgeordnete wurden dutzendweise aus den Parlamenten verbannt. Man braucht nicht unbedingt von den Musterdemokratien Skandinaviens zu träumen, um das brasilianische Spiel eine reine Militärdiktatur zu nennen.

Süddeutsche Zeitung v. 2. VI. 64

„Überempfindliche Haltung" Bonns in der DDR-Frage

Der amerikanische Verteidigungsstratege James King hat in einem Referat des europäisch-amerikanischen Kolloquiums am Wochenende in Washington festgestellt, daß die Bundesrepublik in der Adenauer-Ära versucht habe, die USA in ihren sämtlichen Beziehungen zur Sowjetunion auf die eigene „überempfindliche Haltung in der Frage der Rechtmäßigkeit des sowjetzonalen Regimes" festzulegen. Unter Bundeskanzler Erhard sei die Haltung etwas verständnisvoller geworden, aber die alten Ansichten seien noch immer stark. Als besten Weg, das deutsche Problem anzugehen, empfahl King eine „stillschweigende Anerkennung des de-facto-Status" der Sowjetzone, so „erschreckend" das auch für viele heute zu sein scheine. Nach Kings Ansicht wird der Nachfolger Ulbrichts in der Sowjetzone mit aller Wahrscheinlichkeit nicht mehr der Typ des hartgesottenen Stalinisten sein.

Badisches Tagblatt v. 4. V. 64

Auschwitz-Prozeß, Zech-Nenntwich und Hoggan in amerikanischer Sicht

In einem Bericht des Amerika-Korrespondenten der Zürcher TAT über die amerikanischen Reaktionen auf den Auschwitz-Prozeß heißt es u. a.:

Es wird anerkannt, das die westdeutsche Regierung nach jahrelanger Sammlung von Beweisen ehrlich bemüht ist, die Verbrechen der Vergangenheit restlos aufzuklären. Das große Interesse der deutschen Jugend an diesen Prozessen wird hervorgehoben., die Korrespondenten melden übereinstimend, daß viele junge Menschen endlich wissen wollen, was ihnen ihre Eltern so oft zu verschweigen suchen. Gleichzeitig wird aber die Gleichgültigkeit weiter Schichten bedauert. Es scheint dem Amerikaner, als ob viele Deutsche, die durch die Hitlerzeit gegangen sind, nicht zurückblicken wollen, und es als höchste Weisheit betrachten, wenn diese Vergangenheit so weit wie möglich vertuscht wird . . .

Doch die nützliche Wirkung der Prozesse wird mit einem Schlage durch die Flucht des verurteilten Naziverbrechers Zech-Nenntwich nach Kairo erschüttert. Die Amerikaner nehmen mit Achselzucken das Bestehen unwichtiger, wenn auch manchmal lauter Ex-Naziorganisationen zur Kenntnis, schließlich gibt es auch in der USA eine faschistisch aufgemachte Birch Society. Doch ernste Sorge löst das zweifellose Vorhandensein eines mächtigen Naziuntergrundes aus, der seine Fänge bis in hohe Regierungsstellen, in die Armee und in den Strafvollzug strecken kann.

Die Flucht des Naziverbrechers aus dem wohlgehüteten Gefängnis in Braunschweig scheint nach amerikanischer Ansicht zu beweisen, daß die Untergrundbewegung über unbeschränkte Gelder und internationalen Einfluß verfügt. Man fürchtet zuweilen, daß die westdeutschen Behörden diesem Untergrund gegenüber recht machtlos sind.

Mit Befremden wird auch der laute Rummel um das Buch des in Amerika selber weitaus unbekannten amerikanischen Professor Dr. Hoggan „Der erzwungene Krieg" betrachtet, das bisher nur in deutscher Sprache erschienen ist. In dieser Ehrung einer plumpen Geschichtsverfälschung sieht Amerika wiederum einen Beweis, daß vielen Bundesbürgern eine Vertuschung der Vergangenheit lieber ist als die nackte grausame Wahrheit, die in den jetzigen Prozessen zu Tage kommt.

Die Tat v. 12. V. 64

Die „Washington Post" zu Seebohm

Es ist phantastisch, aber ein Minister in Bundeskanzler Erhards Regierung hat ‚die Rückgabe der geraubten sudetendeutschen Heimatgebiete an das sudetendeutsche Volk gefordert', und zwar in Übereinstimmung mit dem Münchener Pakt von 1938. Der Minister, es ist Hans Christoph Seebohm, hat anscheinend ein Ereignis vergessen, das weithin als Zweiter Weltkrieg bekannt geworden ist. Die Bundesregierung schließt den Zuwachs von München nicht in das Gebiet ein, das sie als Deutschland definiert, sondern sie gründet ihre Forderungen auf die Grenzen von 1937. Darum sprach Seebohm auch nicht für die Regierung. Er brachte sie jedoch in beträchtliche Verlegenheit, in dem er der alten absterbenden Furcht über Deutschland einen kurzen falschen Lebenshauch gab.

Washington Post v. 22. V. 64

„Die Tat": Lübkes „Traditionsbewußtsein" — eine Erstarrung

Während Seebohm die Rückgabe der sudetendeutschen Gebiete forderte, insistierte Lübke auffallenderweise auf dem Stand der deutschen Grenzen vom 31. Dezember 1937 und redete in öffentlicher Geheimsprache von der nicht im Völkerrecht stehenden Oder-Neiße-Grenze. In den Auffassungen Lübkes steckt offenbar etwas deutscher Revisionismus. Bonn ist soeben von Washington so klar wie nie gefragt worden, wie denn die Ostgrenzen in einem Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland aussehen sollten. Jedes erneute Hervorheben und Bekräftigen von deutschen „Rechtsansprüchen" auf die alte Grenze und die alte Heimat wirkt sich für Deutschland in Washington wie in Moskau, von Warschau zu schweigen, nachteilig aus . . .

Das Wesen Lübkes wurzelt in westfälischem Boden, seine Lebensanschauung im wilhelminischen, also in lange vergangener Zeit. Durchaus wilhelminisch sind ja auch Troß und Umtrieb auf den Auslandsreisen Lübkes . . .

Seine Weltanschauung ist, wie gesagt, vornehmlich „Traditionsbewußtsein". Seine Beziehung zum Soldatisten ist stark; sie hat etwas rückwärts Gewandtes. Der jetzige Bundespräsident ist 1914 als Neunzehnjähriger eilends zum Rekrutierungsbüro gefahren, weil er befürchtete, zum Krieg zu spät zu kommen.

Der Geist von Langemarck, wo der königlich-preußische Offizier Lübke Dienst tat, schwebt über allen Lübke-Äußerungen, die mit der Bundeswehr zu tun haben. Und diese Lübke-Äußerungen und -Anweisungen, die den Traditionalisten der Bundeswehr viel Goldstickerei auf der Uniform bewilligen, weisen in die Richtung „Schule der Nation" . . .

Es wird wohl so sein, daß das „Traditionsbewußtsein" bei Präsident Lübke schon eher eine Erstarrung ist, und zwar ist das mit Bezug auf sein Kriegserleben wie auf sein Ostdenken gemeint. Washington ließ schon an der NATO-Konferenz im Haag keine Zweifel daran, daß die Vereinigten Staaten ihre Entspannungsbemühungen auch ohne Zustimmung von Bonn fortsetzen werden, und daß dieses Bonn nur dann eine rege Unterstützung seiner Wiedervereinigungspolitik durch Amerika erwarten könne, wenn es sich an dieser ganzen Entspannungspolitik beteilige.

Die Tat, Zürich, v. 28. V. 64

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Dr. jur. Hermann Etzel, Bamberg; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Bonn; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Joh. L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 2,50, zuzüglich DM —,20 Porto.

Postscheck: Köln 6514. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckhaus Franz W. Wesel, Baden-Baden. Printed in Germany.

Bemerkungen

Dr. jur. Hermann Etzel, Bamberg, Handwerkskammerdirektor a. D., geb. 1882, ist einer der Mitbegründer dieser Zeitschrift. 1934 als Direktor der Handwerkskammer für Oberbayern von den Nationalsozialisten zwangspensioniert; 1946 Mitglied des Beratenden Landesausschusses Bayern, 1949 bis zu seinem Parteiaustritt 1952 stellvertretender Landesvorsitzender der Bayernpartei, 1949 bis 1953 MdB. Begründer des Großen Orchesters der Bamberger Symphoniker (1945) und Mitbegründer des „Deutschen Klub 1954". Buchveröffentlichungen u. a.: „Ausgewählte politische Aufsätze", 2 Bde., 1955/56; „Welt im Umbruch", 1956; „Es ist Halbzeit", 1958.

Günther Kastenmeyer hat in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Deutschen Jungdemokraten vor kurzem eine erste Reise in die Sowjetunion unternommen. Der Bericht von dieser Reise im Innern dieses Heftes ist auf unsere Bitte hin für die „Blätter" verfaßt worden.

D. Ernst Wilm, Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, ist dieser Tage für ein weiteres Jahr zum Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirchen der Union (EKU) wiedergewählt worden.

Vorgesehen sind u. a.:

Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer:
Was an der Strafrechtsreform reformbedürftig ist

Dr. jur. Hermann Etzel:
Una sancta ecclesia?

Prof. Dr. G. W. F. Hallgarten:
1914 – 1939 – 1964

Dr. Hermann Rauschning:
Über Ziele und Mittel einer Friedensstrategie

In den letzten Heften u. a.:

Prof. Dr. jur. Werner Maihofer:
Staatsschutz im Rechtsstaat (1 u. 2/64)

William Warbey, M. P.:
Vietnam: Krieg ohne Ende? (4/64)

Prof. Dr. jur. Helmut Ridder:
Offener Brief an Gustav Heinemann (5/64)

Jochen Willke:
Moskau im Frühling 1964 (5/64)

58 Pfr. Schlunk
1890 Dudenrode

Es schrieben bisher u.a.:

Prof. Dr. Wolfg. Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Wolfgang Baranowsky
Vikar Albrecht Bausch
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, V/1 *)
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Lucie Beyer, MdB, III/5 *)
Carl Bioice, San Francisco
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Prof. Dr. Vittorio de Caprariis, Rom
Kanonikus John Collins
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Ulrich W. Döring
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Fritz Eberhard, V/1 *)
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Otto Eisenmann, MdB
Vera Elyashiv, Tel Aviv
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.
Dr. Hildegard Forres
Gertrud von le Fort
Prof. Dr. Ernst Fraenkel, Frankfurt
Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i. R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Joh. Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Friedrich Heer
Minister a. D. Dr. Arno Hennig, III/5 *)
Dr. Hans Henrich, III/12 *)
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Dr. Irene Hilgers-Hesse
Kurt Hirsch
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromadka
Regierungsrat Rudolf Ismayr
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones, London
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr Erich Kahler
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Eugen Kogler
Prof. J. Korowin
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Dr. Horst Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi, Rom
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Pfr. Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust, Montreal
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Maihofer
Dr. Bodo Manstein
Enrico Marussig, Rom
Dr. Lily E. Marx, Rom
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr.-Ing. e. h., Dr. phil. h. h. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Prof. Seymour Melman, New York
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB, III/2 *)
Herbert Mochalski
Hans Nätscher, V/1 *)
Peter Neilen, MdB, III/1 *)
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Niekiewicz, Warschau
Prof. Hermann Oberth
Prof. Dr. Laszlo Marton Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen, Kopenhagen
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Dr. Helge Pross
Prof. L. A. Puntila, Helsinki
Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Rudolf Rolfs
Oreste Rosenfeld, Paris †
Earl Bertrand Russell
E. S. Sachs
Paul Schallück
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
OB i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz †
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara, Tokio
William L. Shirer, New York
Julius Silverman, M. P.
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg †
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Bertil Svahnström
Stephen Swingler, M. P.
Dr. Ruth Tangemann
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Tomas Torsvik, Bergen (Norwegen)
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. Dr. Imre Vajda, Budapest
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg, New York
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Dr. med. Joseph Weill
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Jochen Willke („Voluntas")
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

*) Die römischen Jahrgangsziffern und arabischen Monatsnummern bezeichnen das Heft, in dem der betreffende Autor zuletzt einen Beitrag veröffentlicht hat.

Bemerkungen

Dr. jur. Hermann Etzel, Bamberg, Handwerkskammerdirektor a. D., geb. 1882, ist einer der Mitbegründer dieser Zeitschrift. 1934 als Direktor der Handwerkskammer für Oberbayern von den Nationalsozialisten zwangspensioniert; 1946 Mitglied des Beratenden Landesausschusses Bayern, 1949 bis zu seinem Parteiaustritt 1952 stellvertretender Landesvorsitzender der Bayernpartei, 1949 bis 1953 MdB. Begründer des Großen Orchesters der Bamberger Symphoniker (1945) und Mitbegründer des „Deutschen Klub 1954". Buchveröffentlichungen u. a.: „Ausgewählte politische Aufsätze", 2 Bde., 1955/56; „Welt im Umbruch", 1956; „Es ist Halbzeit", 1958.

Günther Kastenmeyer hat in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Deutschen Jungdemokraten vor kurzem eine erste Reise in die Sowjetunion unternommen. Der Bericht von dieser Reise im Innern dieses Heftes ist auf unsere Bitte hin für die „Blätter" verfaßt worden.

D. Ernst Wilm, Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, ist dieser Tage für ein weiteres Jahr zum Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirchen der Union (EKU) wiedergewählt worden.

Vorgesehen sind u. a.:

Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer:
Was an der Strafrechtsreform reformbedürftig ist

Dr. jur. Hermann Etzel:
Una sancta ecclesia?

Prof. Dr. G. W. F. Hallgarten:
1914 – 1939 – 1964

Dr. Hermann Rauschning:
Über Ziele und Mittel einer Friedensstrategie

In den letzten Heften u. a.:

Prof. Dr. jur. Werner Maihofer:
Staatsschutz im Rechtsstaat (1 u. 2/64)

William Warbey, M. P.:
Vietnam: Krieg ohne Ende? (4/64)

Prof. Dr. jur. Helmut Ridder:
Offener Brief an Gustav Heinemann (5/64)

Jochen Willke:
Moskau im Frühling 1964 (5/64)